

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

ummer 44

Berlin, den 3. Oktober 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Ignaz Holzweber, SS-Rottenführer, SD-Leitabschnitt Wien, im Juli 1942

Oskar Hoffmann, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Kriminalpolizeistelle Oppeln, im August 1942

Robert Rempke, SS-Oberscharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Innsbruck, im Juli 1942

Friedrich Schmidt, SS-Hauptscharführer, Kriminaloberassistent, Kriminalpolizeistelle Recklinghausen, im August 1942

Siegfried Jauck, SS-Bewerber, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1942

Leo Frieske, apl. Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Allenstein, im August 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Herbert Kober, SS-Sturmabführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1942

Hans Nagel, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Staatspolizeistelle Karlsruhe, im August 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 16. 9. 42 Beschaffung von weltanschaulichem, kolonialpolitischem, fachlichem u. unterhaltendem Schrifttum durch die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. u. die Dienststellen in den bes. Gebieten im R.J. 1942. S. 280. — RdErl. 17. 9. 42 Devisenbewirtschaftung. Umwechslung von Geldbeträgen. S. 280. — RdErl. 18. 9. 42 Ruhen der Beitragspflicht zur NSDAP. für die in den besetzten Gebieten oder militärischen Operationsgebieten eingesetzten Angeh. der Polizei u. des SD. S. 281. — RdErl. 18. 9. 42 Loseblatt-Sammlung „Die Beschäftigung von ausl. Arbeitskräften in Deutschland“. S. 281. — RdErl. 19. 9. 42 Devisen-

bewirtschaftung. Geldwechselstellen u. Reichskreditkassen. S. 281. — RdErl. 21. 9. 42 Einziehung volks- u. staatsfeindl. bzw. reichsfeindl. Vermögens. S. 281 — RdErl. 22. 9. 42 Lichtbilder von versetzten Beamten. S. 282. — RdErl. 23. 9. 42 Abordnungen zum auswärtigen Einsatz. S. 282. — RdErl. 24. 9. 42 Richtlinien zu der Anordnung des RMdI. vom 1. 8. 42. S. 283. — RdErl. 26. 9. 42 Eisenbewirtschaftung Eisen für Fertigwaren. S. 286. — RdErl. 28. 9. Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttum S. 287. — Berichtigung. S. 288.

Personalmitteilungen. S. 287.

Sicherheitspolizei und SD

Beschaffung von weltanschaulichem, kolonialpolitischem, fachlichem und unterhaltendem Schrifttum durch die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei und die Dienststellen in den besetzten Gebieten im Rechnungsjahr 1942.

RdErl. des RSHA. vom 16. 9. 1942
— I B Büch. Nr. 4588/42-522/5-1 —

(1) Die im Rechnungsjahr 1942 für die Bücherbeschaffung aus Tit. 34 Ut. 4, 10 und 16 bewilligten Mittel sind im Kassenanschlag nicht verteilt worden.

(2) Unter Bezugnahme auf Abs. (9) des RdErl. vom 26. 1. 1942 — I B 3 g Nr. 4588/42-522/5 — „Beschaffung von weltanschaulichem, kolonialpolitischem, fachlichem und unterhaltendem Schrifttum“ (Befehlsbl. S. 47) wird darauf hingewiesen, daß im Rechnungsjahr 1942 für die Bücherbeschaffung aus Tit. 34, Ut. 4, 10 und 16 ohne besondere Bereitstellung von Mitteln dieselben Beträge verbucht werden können, die nach Abs. (1) bis (3) des genannten RdErl. vom 26. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 47) für das Rechnungsjahr 1941 bewilligt worden waren.

(3) Die Bücherankäufe selbst haben auch weiterhin nach den als Anlage zum RdErl. vom 26. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 47) veröffentlichten „Schrifttumslisten für die Büchereien der Sich.Pol. u. des SD“ zu erfolgen. Die hierzu ergangenen Nachträge sind zu berücksichtigen.

(4) Hinsichtlich der Meldepflicht wird auf Abs. (11) des RdErl. vom 26. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 47) verwiesen. Für die Dienststellen in den besetzten Ost- und Südostgebieten entfällt die Meldepflicht bis auf weiteres. An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 280.

Devisenbewirtschaftung.

Umwechslung von Geldbeträgen.

RdErl. des RSHA. vom 17. 9. 1942

— II C 2 4/Dev.St. Nr. 5736/42-290 b-1 —

(1) Durch RdErl. vom 28. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 36) ist für den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln für Wehrmachtsangehörige und gleichgestellte Personen — hierzu zählen auch zum Einsatz kommandierte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD — die Verwendung des Musters V (Anlage) zum RdErl. vom 8. 1. 1942 vorgeschrieben.

(2) Auf Grund neuer Anordnungen der zuständigen bei der Umwechslung von Geldbeträgen

— vorerst nur in Landeswährungen — neben dem Muster V der als Anlage abgedruckte Berechtigungsschein (Muster) vorzulegen. Die Berechtigungsscheine sind mit einer fortlaufenden Kontrollnummer zu versehen und mit einem Durchschlag auszufertigen. Die Durchschläge sind gesondert zu sammeln.

(3) Die Berechtigungsscheine werden von den d. Landeswährung abgebenden Stellen bei der Umwechslung einbehalten und nach Ablauf des betreffenden Kalendermonats den Wehrmachtsdienststellen zugeleitet, denen die Mittelbewirtschaftung des Landes, dessen Währung abgegeben worden ist, obliegt.

(4) Für den Erwerb von Reichskreditkassenscheinen für Einsatzzwecke ist bis auf weiteres das Muster V ausreichend. Die Reichskreditkassenscheine abgebenden Stellen haben jedoch Anweisung, Anforderungen von Beträgen in Höhe von 500 000,— RM und darüber dem Reichsbankdirektorium zu melden.

(5) Der Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln und Reichskreditkassenscheinen für den zivilen Dienstreiseverkehr hat, wie bisher, lediglich auf Grund des Musters I — Anlage zu RdErl. v. 28. 1. 1942 — zu erfolgen. Anträge auf Zurverfügungstellung von fremden Geldsorten über 100 000,— RM und Reichskreditkassenscheinen in Beträgen von 500 000,— RM an werden von den Abgabestellen gleichfalls dem Reichsbankdirektorium mitgeteilt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 2

Anlage:

Der Reichsführer //
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern
— Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD —

Kontroll-Nr.

Berechtigungsschein
zum Umtausch von Zahlungsmitteln
Die Dienststelle

(Bezeichnung der Dienststelle)

. ist berechtigt!

(bzw. Angabe der Feldpost-Nr.)

len Betrag von
(abzugebende Währung)

ii
(Angabe der zu empfangenden Währung)

umzutauschen.

., den
(Ort) (Datum)

(Dienstseigel)

(Unterschrift und Dienststellung)

Anmerkung: Die Bescheinigung ist von dem Dienstvorgesetzten der Kassendienststelle, die Zahlungsmittel zu Umtausch anbietet, zu vollziehen

ruhen der Beitragspflicht zur NSDAP. für die in den besetzten Gebieten oder militärischen Operationsgebieten eingesetzten Angehörigen der Polizei und des SD.

RdErl. des RSHA. vom 18. 9. 1942

— II C 1 Nr. 616/41-239-1 —

Der nachstehende, im MBliV. auf Seite 1765 veröffentlichte RdErl. vom 19. 8. 1942 wird zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 281.

nlage:

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. v. 19. 8. 1942

O-VuR PBG 4363/41 VII u. S II C 1 Nr. 616/41-239-1 —

(1) Der Reichsschatzmeister der NSDAP. hat entschieden, daß Angehörige der Pol. und des SD, die parteigenossen sind und in den besetzten Gebieten der militärischen Operationsgebieten ihren Dienst versehen, während der Dauer des Krieges von der Entrichtung des Parteibeitrages befreit bleiben, soweit sie ihr altes Einkommen nicht weiterbeziehen, sondern lediglich auf Familienunterstützung, Wehrsold angewiesen

der Voraussetzungen nach Bescheinigung nachgewiesen, Dienststelle auf Antrag auszu-

jeden Angehörigen der Pol. noch sein, seinen Beitrag zur freiwillig weiterzuzahlen, wie ihm Ehrenpflicht nach seinen persönlichen Umständen möglich ist, insbesondere dann, wenn er sein Gehalt weiter bezieht.

(4) Die in Abs. 1 erwähnten Angehörigen der Pol. und des SD sind mit dem Inhalt dieses RdErl. bekanntzumachen.

Loseblatt-Sammlung „Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland“.

RdErl. des RSHA. vom 18. 9. 1942

— IV D Nr. 435/42 (ausl. Arb.) —

(1) Im Verlag der Deutschen Arbeitsfront ist im Juli d. J. in Zusammenarbeit zwischen dem Reichsarbeitsministerium bzw. dem Generalbevollmächtigten des Arbeitseinsatz und der Deutschen Arbeitsfront für Arbeitseinsatz — die obgenannte Loseblatt-Sammlung erschienen, die eine Zusammenstellung aller in Zusammenhang mit dem

Ausländereinsatz ergangenen gesetzlichen Vorschriften enthält. Die Sammlung wird laufend durch Nachträge ergänzt. Der Preis beträgt für ein Exemplar 18,— RM. Die Anschaffung dieses Werkes wird empfohlen.

(2) Bestellungen sind zu richten an den Verlag der Deutschen Arbeitsfront GmbH. Berlin C 2, Märkischer Platz 1.

(3) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD haben das Buch aus eigenen Kassenanschlagmitteln zu beschaffen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 281.

Devisenbewirtschaftung.

Geldwechselstellen und Reichskreditkassen.

RdErl. des RSHA. vom 19. 9. 1942

— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 5911/42-290 b-1 —

(1) Nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen ist die Reichskreditkasse in Athen mit Ablauf des 31. 8. 1942 und die Reichskreditkasse in Poltawa mit Wirkung vom 15. 9. 1942 aufgehoben.

(2) Das mit Erl. vom 5. 8. 1942 — II C 2⁴/Dev.St. Nr. 5508/42-290 b-1 — (Befehlsbl. S. 228) mitgeteilte Verzeichnis ist entsprechend zu ergänzen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 281.

Einziehung volks- und staatsfeindlichen bzw. reichsfeindlichen Vermögens.

RdErl. des RSHA. vom 21. 9. 1942

— II A 5 Nr. 545/42-212 —

Nach dem Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. 5. 1933 (RGBl. I S. 293), der VO. über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 1938 (RGBl. I S. 1620), der VO. über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens in den sudetendeutschen Gebieten vom 12. 5. 1939 (RGBl. I S. 911), der VO. über die Einziehung von Vermögen im Protektorat Böhmen und Mähren vom 4. 10. 1939 (RGBl. I S. 1998) und der VO. über die Einziehung volks- oder reichsfeindlichen Vermögens in den eingegliederten Ostgebieten vom 14. 8. 1942 (RGBl. I S. 514) werden Einziehungsverfügungen mit der Zustimmung oder öffentlichen Bekanntmachung rechtskräftig. Die öffentliche Bekanntmachung ist bis jetzt in der Regel durch Veröffentlichung im Reichsanzeiger oder ähnlichen Mitteilungsblättern erfolgt. Ich weise darauf hin, daß die öffentliche Bekanntmachung auch in Form eines öffentlichen Aushanges an geeigneter Stelle erfolgen kann. Dieses Verfahren wird stets dann zweckmäßig sein, wenn mit der öffentlichen Bekanntmachung nicht zugleich die Feststellung weiterer noch unbekannter Vermögensteile, etwa bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen usw., erreicht werden soll. Für das dabei einzuhaltende Verfahren wird eine sinngemäße Anwendung des § 204 Abs. 2 ZPO. empfohlen. Zeit und Ort des Aushangs ist auf der Ausfertigung zu beurkunden.

Zusatz für die Staatspolizei(leit)-stellen:

(1) Der vorstehende RdErl. wird gleichzeitig im MBliV. veröffentlicht.

(2) Von der Möglichkeit der öffentlichen Bekanntmachung durch öffentlichen Aushang wird in den Fällen Gebrauch zu machen sein, in denen Einziehungen auf Grund von Vermögensfeststellungen der Volks- und Staatsfeind bzw. Reichsfeindlich-

keit vorgenommen werden, die Einziehungsverfügungen jedoch den Betroffenen aus irgendeinem Grund nicht zugestellt werden können. Von dieser Form der öffentlichen Bekanntmachung ist nur bei Juden Gebrauch zu machen. Ich ersuche die Einziehungsbehörden — soweit dies nicht die Staatspolizei(leit)stellen selbst sind — entsprechend zu unterrichten.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 281.

Lichtbilder von versetzten Beamten

RdErl. des RSHA. vom 22. 9. 1942

— I A 1a Nr. 248/42-351-19 —

(1) In Ergänzung des RdErl. vom 2. 4. 1942 (Befehlsbl. S. 98) wird ersucht, die zu versendenden Glasnegative unbedingt bruchsfest zu verpacken.

(2) Bei Aufnahmen, die älter als drei Jahre sind, ist im allgemeinen von einer Versendung der Negative abzusehen. Noch vorhandene Lichtbilder dieser Art sind dagegen mit einem entsprechenden Vermerk an die neue Dienststelle abzugeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 282.

Abordnungen zum auswärtigen Einsatz.

RdErl. des RSHA. vom 23. 9. 1942

— I A 1d Nr. 8007/42 b —

Zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit gebe ich nachstehend den RdErl. über Abordnungen zum auswärtigen Einsatz vom 16. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 63) unter Berücksichtigung der Änderungen vom 17. 4. 1942 (Befehlsbl. S. 110) und vom 27. 7. 1942 (Befehlsbl. S. 212) und der notwendig gewordenen Ergänzungen in der ab sofort geltenden Fassung bekannt:

1. Einkleidung.

(1) Im Einsatz wird grundsätzlich die feldgraue H-Uniform getragen. Die Ausgabe erfolgt durch die Bekleidungskammern in Berlin, Königsberg und Wien. Unterwäsche und Strümpfe werden nicht geliefert. Die Uniform wird grundsätzlich nur gegen Vorlage des H-Ausweises oder des Uniformausweises abgegeben (s. Ziff. 3).

(2) Die abgeordneten Männer sind verpflichtet, sämtliche bereits in ihrem Besitz befindlichen reichseigenen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke (auch Stahlhelm, Gasmaske, Kochgeschirr, Wolldecken usw.) zur Einkleidung mitzubringen. Die nicht mehr voll brauchbaren Stücke sind hierbei umzutauschen, überzählige und nicht mehr benötigte Stücke abzugeben.

(3) Der Einkleidungsart wird im Abordnungserlaß bestimmt. Erfolgt die Abordnung durch FS., so ist eine Abschrift des Erlasses bei der Einkleidungsstelle vorzulegen.

(4) Sämtliche abgeordnete Angehörige der Sich.Pol. u. des SD haben vom Einkleidungsart unmittelbar den Marsch zur Einsatzdienststelle anzutreten. Das bisher stillschweigend geduldete Verfahren, zur Einkleidung eine besondere Dienstreise auszuführen, muß auch bei Benutzung einer Netzkarte im Hinblick auf die Überlastung des Verkehrsnetzes und des Ausfalles der Arbeitskraft unterbunden werden.

2. B. w. f. u. z.

Bef. Nr. 1122 Ziff. 2 (MBLIV.

1. 1941 — II D 4

und versetzte An-

gehörige der Sich.Pol. u. des SD ihre Waffen zu der neuen Beschäftigungsdienststelle mitzunehmen. Es ist nicht angängig, uniformierte Männer in Marsch zu setzen mit der Maßgabe, die Waffen bei den Einsatzdienststellen zu empfangen.

3. H- Ausweise.

Nicht- H- Angehörige, die für den Einsatz nach dem Angleichungserlaß als H-Führer eingekleidet werden können, erhalten den vorläufigen H-Ausweis im Reichssicherheitshauptamt — Ref. IA 5 — Berlin, Wilhelmstr. 102. Hierzu sind die notwendigen Antragsformulare beim zuständigen Inspekteur anzufragen und ausgefüllt mitzubringen oder einzureichen. Zu jedem Ausweis gehört ein Lichtbild. Angehörige der Sich.Pol. u. des SD, die als H-Männer oder H-Unterführer eingekleidet werden sollen, beantragen die Ausstellung des Uniformausweises vor Einkleidung beim zuständigen Inspekteur.

4. Impfung.

Angehörige der Sich.Pol. u. des SD, die nach dem besetzten Teil der Sowjetunion — einschl. der bereits eingegliederten Gebiete von Bialystok und Lemberg — abgeordnet werden, haben sich vor der Inmarschsetzung beim zuständigen Amtsarzt der Impfung gegen Typhus, Paratyphus und Cholera zu unterziehen. In Berlin wird die Impfung im Hygienischen Institut der Waffen- H , Berlin-Charlottenburg, Knebeckstr. 41/42, durchgeführt. Meldung in diesem Fall vorher in der Sanitätsstelle des RSHA., Prinz-Albrecht-Str. 8. Die Impfung ist vor der Inmarschsetzung durchzuführen und beansprucht im allgemeinen zwei Wochen. Die Impfbestätigung ist den abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD auszuhändigen und von ihnen bei der Einsatzdienststelle abzugeben.

5. Ärztliche Untersuchung.

(1) Sämtliche abgeordnete Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sind vor Inmarschsetzung vom zuständigen Amtsarzt auf Einsatzfähigkeit zu untersuchen. Ausgedehnte Zahnkrankheiten, chronische Darm- und Magenleiden u. ä. erfahren in der Regel durch die erschwerten Lebensbedingungen im Einsatz eine nicht unerhebliche Verschlimmerung.

(2) Soweit die Dienststellen Abordnungen schlagen oder zum Vorschlag ist die Einsatzfähigkeit im Bericht gilt auch für abgeordnete weibliche Angehörige.

(3) Um den Truppenärzten den Gesundheitszustand zu machen, geben, sich von dem Neuankömmling den untersuchenden Ärzten zu vern. Untersuchungsbefund im verschlossenen Umschlag durch den abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD an die Einsatzdienststelle zu übermitteln.

6. Benutzung von Wehrmachtsfahr-scheinen.

Die im Operationsgebiet und in den besetzten Gebieten sowie im Protektorat und Generalgouvernement eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD gelten gemäß Erl. des OKW. vom 31. 8. 1942 — 43 a/ WFST/Org (III)/2150/42 — hinsichtlich der Eisenbahnbenutzung als im Rahmen der Wehrmacht eingesetzt. — Auf sie finden die WEO. und der Wehrmachtstarif Anwendung.

7. Reiseweg und Marschbefehl.

(1) Jeder abgeordnete Angehörige der Sich.Pol. u. des SD hat sich nach dem kürzesten und schnellsten Reiseweg selbst zu erkundigen.

(2) Grundsätzlich ist jedem zum auswärtigen Einsatz abgeordneten Angehörigen der Sich.P.

ein Marschbefehl mitzugeben, aus dem // u. nizeidienstgrad, Geburtstag und -ort sowie die einsteinsweis-Nr. ersichtlich sind. Auf dem Marschbefehl ist zu vermerken, daß für die Zurverfügungstellung von Zahlungsmitteln Sonderausweis erteilt ist. Vom 28. 1. 1942, Abschn. B, Ziff. 4, Befehlsbl. S. 38) d der Inhaber im Besitze eines Wehrmachtfaßheines gemäß Erlaß OKW. vom 31. 8. 1942 — 43 a/t FST/Org (III)/2150/42 — (siehe Ziff. 6) ist. Aus dem Marschbefehl muß ersichtlich sein, bis zu welchem Zeitpunkt der Inhaber mit Lebensmittelkarten abgedeckt ist. Weiterhin sind darin sämtliche zivilen und militärischen Dienststellen zu bitten, den Inhaber gehindert passieren zu lassen und ihm notfalls Schutz und Hilfe zu gewähren. Die Marschbefehle sind mit Dienstsiegel zu versehen. Die Inhaber sind anzukündigen, diese bei der Beschäftigungsbehörde abzugeben.

(3) Wehrpässe sind nicht mitzunehmen.

(4) Weiblichen Angestellten der Sich.Pol. u. des SD wird neben Marschbefehl und Hausausweis die Entnahme eines amtlichen Lichtbildausweises (Paß, Identitätskarte) empfohlen.

(5) Ziffer 7 gilt auch bei Abordnungen und Verordnungen nach dem Generalgouvernement oder Protectorat.

Abmeldung beider Wehrmacht und der Polizei.

(1) Wehrpflichtige Angehörige der Sich.Pol. u. des SD, die zum auswärtigen Einsatz abgeordnet werden, haben sich beim zuständigen Wehrmeldeamt — Res.-Offiziere und Offiziere d. B. beim Wehrbezirkskommando — unter Vorlage des Wehrpasses abzumelden.

(2) Die polizeiliche Abmeldung muß erfolgen, wenn die Wohnung (möbliertes Zimmer) aufgegeben wird.

9. Abgabe von Lebensmittelkarten.

Die Lebensmittel- und sonstigen Karten sind bei der zuständigen Kartenstelle abzugeben. Es ist jedoch selbstverständlich, daß der abgeordnete Mann für ausreichende Marschverpflegung Sorge trägt. Hierbei sind die Verkehrsverhältnisse im Osten zu berücksichtigen. Nähere Auskünfte darüber erteilt der Bahnhofsoffizier.

10. Devisen und Reichskreditkassenscheine.

Die Beschaffung von Devisen und Reichskreditkassenscheinen ist durch den RdErl. vom 28. 1. 1942 — II C 2/Dev.St. Nr. 4149/42-290 b-1 — (Befehlsbl. S. 36) geregelt.

11. Reisekostenvorschuß.

Der Reisekostenvorschuß richtet sich nach dem Beschäftigungsort. Er ist so zu bemessen, daß u. a. die persönlichen Kosten für die Reisetage restlos gedeckt sind. Nur einen Reisekostenvorschuß bis Berlin zu zahlen und die Männer anzuweisen, sich hier weiteren Vorschuß zu beschaffen, führt zu einer unnötigen Belastung der Verwaltung.

12. Meldung von Urlaubern.

(1) Nach dem Erl. des Reichsmin. f. Ernährung u. Landwirtschaft vom 16. 12. 1941 — II/1-12570 — erhalten Angehörige von Schutzgliederungen außerhalb der Wehrmacht, sofern sie außerhalb des Reichsgebiets eingesetzt sind, im Falle ihres Urlaubs die Lebensmittelbedarfsnachweise von den für ihren Aufenthalt zuständigen Kartenstellen. Der von den Angehörigen dieser Formationen den Kartenstellen vorzulegende Urlaubsschein bedarf nach diesen Bestimmungen einer Bescheinigung der zuständigen Meldebehörde, die die Meldung des Urlaubers auf den

Urlaubsschein durch Unterschrift, Aufdruck des Dienststempels und Angabe des Datums zu bestätigen hat.

(2) Da ich die Beobachtung gemacht habe, daß beurlaubte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sich wieder zu ihren Einsatzdienststellen begeben haben, weil ihnen die inzwischen erfolgte Aufhebung der Abordnung von ihren Heimatdienststellen nicht mitgeteilt werden konnte und sie somit dem Dienst zum Teil wochenlang unnötigerweise entzogen worden sind, verfüge ich, daß sämtliche von den Einsatzdienststellen beurlaubte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sich unverzüglich bei ihren Heimatdienststellen zu melden haben, die die Meldung des Urlaubers auf dem Urlaubsschein nach vorstehenden Angaben bescheinigen. Angehörige des RSHA. melden sich im Ref. I A 1, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 9, Zimmer 7.

(3) Diese Anordnung gilt auch für im Einsatz befindliche und zu Lehrgängen pp. kommandierte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

13. Aufhebung der Abordnung.

Es mehren sich in unerträglichem Maße die Fälle, wo auf Urlaub befindliche Angehörige der Einsatzdienststellen, die in der Heimat Kenntnis von der Aufhebung ihrer Abordnung oder ihrer anderweitigen Verwendung erhalten, zur Abwicklung ihrer Dienstgeschäfte oder auch zur Abholung ihres ihnen angeblich sonst verlorengehenden persönlichen Eigentums nochmals zur Einsatzdienststelle reisen zu müssen glauben. Hierdurch werden die Männer zum Teil wochenlang dem Dienst entzogen, ein Nachteil, der im Hinblick auf die ungeheure Arbeitsüberlastung unbedingt verhindert werden muß. Jeder Angehörige der Einsatzdienststellen hat bei Antritt eines Urlaubs seine Dienstgeschäfte ordnungsmäßig zu übergeben. Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, die nicht zum Marschanzug gehören, sind von den Einsatzdienststellen gegen Quittung zu verwahren. Für das persönliche Eigentum ist jeder selbst verantwortlich.

14. Unterweisung der Männer.

(1) Die Dienststellen haben dafür Sorge zu tragen, daß dieser Erlaß sämtlichen in Frage kommenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD bekanntgegeben wird. Die Dienststellenleiter werden hiermit angewiesen, der Durchführung dieser Anordnung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

(2) Jede Abordnung erfordert so viel persönliche Vorbereitungen, daß jeder zum Einsatz kommende Mann reibungslose dienstliche Arbeit erwarten darf. An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 282.

Richtlinien zu der Anordnung des Reichsministers des Innern vom 1. 8. 1942 (RGBl. I S. 82).

RdErl. des RSHA. vom 24. 9. 1942
— I A 2 Nr. 230/42 —*)

Zu der Anordnung des RMdI. vom 1. 8. 1942 (RGBl. I S. 82) ergehen folgende Richtlinien:

A. Allgemeines.

(1) Grundsatz: Gleichmäßig gerechte, aber nicht kleinliche Anwendungen der gesetzlichen Bestimmungen; Vermeidung jeder unnötigen Beunruhigung durch zu häufige Ausnahmen.

*) Sonderabdrucke dieses RdErl. können RSHA. (I A 2) bezogen werden.

(2) Zweifelfälle, insbes. weltanschaulicher Art, und Abweichung vom Regelfall sind in jedem Fall zur Entscheidung des RSHA. (I A 2) zu bringen.

(3) Nach Möglichkeit zu vermeiden sind Ausnahmeanträge, die sich lediglich auf zufällig zur Kenntnis gekommene scheinbare Abweichungen von den personalrechtlichen Bestimmungen bei anderen Dienststellen der Sicherheitspolizei stützen. Nachprüfungen solcher Hinweise ergeben erfahrungsgemäß fast immer die Ablehnung eines Präzedenzfalls und verursachen daher nur unnötigen Zeitverlust.

(4) Die mit jeder Beförderung verbundene schriftliche Einweisung des Beamten in die neue Planstelle hat frühestens vom 1. des Monats ab zu erfolgen, in welchem die Ernennungsurkunde unterschrieben worden ist. Eine rückwirkende Beförderung oder Ernennung gibt es nicht. Von der Möglichkeit einer rückwirkenden Einweisung (höchstens 3 Monate und nie bei erstmaliger planmäßiger Anstellung) ist nur in ganz seltenen besonders begründeten Ausnahmefällen Gebrauch zu machen (s. auch Nr. 11 der Reichsbes. Vorschr. und Erl. v. 27. 5. 1936 — RBB. S. 47 —).

(5) Dienstlich notwendige Beförderungen brauchen wegen etwa fehlender Planstellen nicht zu scheitern. Sofern Beförderungsstellen nicht mehr verfügbar sind, müssen diese unter eingehender Begründung beim RSHA. (I A 2) angefordert werden, bzw. muß die Dienststelle im Interesse des Gefolgschaftsmitgliedes mit einer Versetzung einverstanden sein. § 9 der Reichsgrundsätze beachten! (I. Ziff. 5). Innerhalb eines Jahres also nicht mehr eine Beförderung.

(6) Bei Einstellung Kriegsversehrter kann von dem Erfordernis der $\frac{1}{2}$ -Fähigkeit bzw. einer vollen Polizeidiensttauglichkeit abgesehen werden.

(7) Überwechseln der Beamten von einem Dienstzweig in einen anderen kann nur mit vorheriger Zustimmung des RSHA. (I A 2) erfolgen.

(8) Über jede Personalveränderung (Einstellung, Einweisung, Beförderung, Entlassung) ist unabhängig von den monatlich vorzulegenden Veränderungsmeldungen dem RSHA. (I A 2) zu berichten. Diese Berichte müssen genaue Personalangaben enthalten (Dienstbezeichnung, Geburtsdaten usw., bei Angestellten auch Art der Tätigkeit und Vergütungsgruppe). Die unbedingte Beachtung dieses Punktes ist wegen der Notwendigkeit einer zuverlässigen Personalkontrolle unerläßlich.

(9) Die im Beamtenrecht vorgeschriebenen Vordrucke sind veröffentlicht mit Durchf. Vorschrift zum Deutschen Beamtengesetz vom 12. 7. 1937 (RGBl. I S. 771) i. d. Fassung vom 23. 3. 1938 (RGBl. I S. 323).

(10) Beurteilungen sind auch für Beförderungen, die in eigener Zuständigkeit vorgenommen werden, zu erstellen. Es braucht dafür jedoch nicht der vorgeschriebene Vordruck, sondern es kann ein einfacher Bogen benutzt werden.

(11) Form der Urkunden gemäß Abschn. VI Abs. 3 der Durchf. Vorschr. über Ernennung der Beamten und Beendigung des Beamtenverhältnisses vom 12. 7. 1937 (RGBl. I S. 771) mit den Änderungen vom 23. 3. 1938 (RGBl. I S. 323):

„Für den Reichsminister des Innern
Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD“

„Für den Reichsminister des Innern
Der Leiter
der Staatspolizei (Leitstelle)“

B. Verwaltungsbeamte (R.Bes.Gr. A 11 bis A 7a)

I. Bestimmungen.

Das deutsche Beamtengesetz vom 26. 1. 1934 (RGBl. I S. 39) nebst Durchf. Vorschriften und Ergänzungen.

Das Deutsche Polizeibeamtengesetz vom 24. 1. 1937 (RGBl. I S. 653) nebst Ausführungsbestimmungen.

Vorläufige Durchf. Verordnung zum D.P.B.G. vom 26. 7. 1937 (RGBl. I S. 858).

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses vom 10. 7. 1937 (RGBl. I S. 769) und die Durchf. Vorschrift vom 12. 7. 1937 i. d. Fassung der VO. vom 23. 3. 1938 (RGBl. I S. 323).

Reichsgrundsätze über die Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten vom 14. 10. 1936 (RGBl. I S. 893).

Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten vom 28. 2. 1937 (RGBl. I S. 371).

Ausbildung und Prüfung der Anwärter des staatlichen Polizeiverwaltungsdienstes — RdErl. des Reichsmin. d. Justiz vom 16. 8. 1939 — O. V. Org. 1112/39 — (MBliV. S. 1747).

Laufbahnrichtlinien für die Anwärter des gehobenen und mittleren Verwaltungsdienstes bei der Geh. Staatspolizei (RdErl. des Chefs der Sich. Pol. u. des SD vom 9. 2. 1940 — I C (a) Nr. 91/40 — nicht veröffentl.).

Vorprüfung für den mittleren Verwaltungsdienst der Geh. Staatspolizei — RdErl. des Chefs der Sich. Pol. u. des SD vom 17. 2. 1940 — I C (a) Nr. 110/40 —.

Außerplanmäßige Dienstzeit im mittleren und gehobenen Polizeiverwaltungsdienst — RdErl. des Reichsmin. d. Justiz vom 28. 4. 1942 — S. 1 A 1a Nr. 141/42 I — (Befehlsbl. S. 122).

II. Besondere Hinweise.

1. Einfacher und mittlerer Verwaltungsdienst.

a) Einfacher Verwaltungsdienst:

Amtsgehilfen bis Kanzleiaspiranten.

Bewerber aus freien Berufen und Widerrufsbeamte sind durch förmliche Ernennungsurkunde zu Amtsgehilfen auf Probe zu ernennen und gleichzeitig durch ein besonderes Einweisungsschreiben in eine freie Planstelle einzuweisen.

b) Mittlerer Verwaltungsdienst:

Polizeiaspiranten bis Polizeiobersekretäre.

(1) Bewerber aus freien Berufen (auch Kriminal- u. Büroangestellte) sind durch eine Verfügung (nicht durch eine förmliche Ernennungsurkunde) unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Polizeiaspirantenanzunehmen.

(2) Widerrufsbeamte sind durch eine Verfügung als Polizeiaspiranten einzubrufen.

(3) Beamte auf Lebenszeit sind zur Ausbildung für den mittleren Verwaltungsdienst zuzulassen.

(4) Die außerplanmäßige Dienstzeit der Polizeiaspiranten darf nur dann gekürzt werden, wenn die Beamten das 27. Lebensjahr vollendet haben und im Gesamturteil mindestens mit „gut“ beurteilt werden. Die außerplanmäßige Dienstzeit muß jedoch grundsätzlich 1 Jahr betragen.

(3) Lebenslängliche Anstellung der aus der Schutzpolizei hervorgegangenen Verwaltungsbeamten erst nach 12-jähriger Gesamtdienstzeit (Ziff. 9 der vorläufigen Durchf. Verordnung zum Polizeibeamtengesetz vom 26. 7. 1937 zu § 4 dieses Gesetzes).

(6) Von der bisherigen Übung des RSHA., Polizeiasistenten erst nach 1½-jähriger Mindestdienstzeit als solche zu Sekretären zu befördern, kann abgewichen werden, sofern die Beamten nach Leistung und Haltung schon nach Ablauf einer einjährigen Dienstzeit als Assistent eine Beförderung zum Sekretär verdienen.

(7) Die Beförderung zum Polizeisekretär sieht nicht, wie bei der Beförderung von Kriminaloberassistenten zu Kriminalsekretären, ein Mindestlebensalter (35 Jahre) vor. Bei Bewährung des Beamten ist demnach gem. § 9 der Reichsgrundsätze eine Beförderung schon nach einjähriger Dienstzeit als Assistent möglich.

2. Mittlerer technischer Dienst:

(techn. Assistenten, techn. Sekretäre und techn. Obersekretäre).

(1) Zur Annahme, Einberufung bzw. Zulassung von Bewerbern für den mittleren technischen Dienst ist unter Beifügung vollständiger Bewerbungsunterlagen und Personalakten in jedem Falle bis auf weiteres vorher die Zustimmung des RSHA. (I A 2) einzuholen.

(2) Abkürzung der außerplanmäßigen Dienstzeit der technischen Assistenten, lebenslängliche Anstellung, Beförderung zu Sekretären, wie zu 1b).

Einfacher Polizeigefängnisaufsichtsdienst.

(1) Bewerber aus freien Berufen und Wiederrufsbeamte sind durch förmliche Ernennungsurkunde zu Polizeigefängnisoberwachtemeistern auf Probe zu ernennen und gleichzeitig durch ein besonderes Einweisungsschreiben in eine freie Planstelle einzaweißen.

(2) Beamte auf Lebenszeit des einfachen Verwaltungsdienstes sind durch eine Verfügung zur Ausbildung für den einfachen Polizeigefängnisaufsichtsdienst zuzulassen.

C. Vollzugsbeamte (A 8a—A 7a).

I. Bezüglich der Befugnis zur Annahme (Einberufung) von Anwärtern des mittleren Vollzugsdienstes sowie der Befugnis zu der Ernennung dieser Beamten zu apl. Kriminalassistenten und Kriminalassistenten verbleibt es bei den Erlassen vom 26. 11. 1939 und vom 27. 1. 1940 — Pol. S V 3 Nr. 343/39 — sowie vom 1. 9. 1941 — I A 2 Nr. 355/41 —. Daneben sind folgende Bestimmungen ebenfalls genauestens zu beachten:

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 18. 2. 1938 — S V 5 Nr. 2835/37-420-1 — (MBliV. S. 289). Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der Deutschen Beamten vom 28. 2. 1939 (RGBl. I S. 371).

RdErl. des RMdI. vom 12. 1. 1940 — Pol. S. I V 3 Nr. 343/39 —, betr. Annahme und Einstellung der Beamtenanwärter des mittleren Vollzugs- u. Verwaltungsdienstes der Geh. Staatspolizei (MBliV. S. 124).

RdErl. des RSHA. vom 27. 1. 1940 — I V 3 Nr. 343/39 —.

RdErl. des RSHA. vom 12. 2. 1940 — I C. (a) 1 Nr. 81/40 —.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 7. 1942 — S I A 1a Nr. 580/41 —, betr. Krim.Ob.Ass. und Krim.Ass.

RdErl. des RMdI. vom 4. 3. 1941 — II S B Nr. 6299/40 — (MBliV. S. 403).

RdErl. des RMdI. vom 12. 2. 1942 — II 7431/41-6150 b/1 —, betr. Heraufsetzung der Altersgrenze (nicht veröffentl.).

II. Ernennung zu Kriminaloberassistenten:

(1) Es gelten:

Deutsches Beamtenengesetz vom 26. 1. 1937.

Deutsches Polizeibeamtengesetz vom 24. 6. 1937.

Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung, und Beförderung der Reichs- u. Landesbeamten vom 14. 10. 1936 (RGBl. I S. 893).

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 7. 1941 — S I A 2 Nr. 20641 —, betr. Krim.Ob.A. und Krim.Ass.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 7. 1942, betr. Krim.Ob.Ass. und Krim.Ass. — S I A 1a Nr. 580/41 — (MBliV. S. 1405).

(2) Gemäß RdErl. vom 1. 7. 1942, Abschn. II, sind Militäranwärter pp. (mit 12-jähriger Gesamtdienstzeit) nach Ablauf der Vorbereitungszeit und erfolgreicher Ablegung der vorgeschriebenen Fachprüfung als Kriminaloberassistenten anzustellen.

(3) Kriminalassistenten können, soweit freie Planstellen vorhanden sind, nach einer Gesamtdienstzeit von 12 Jahren ebenfalls zu Kriminaloberassistenten ernannt werden (Abschn. II, Ziff. 3 des oben erwähnten RdErl. vom 1. 7. 1942).

(4) Nach Abschnitt IV des vorgenannten Erlasses können Kriminalassistenten nach Maßgabe freier Planstellen nach Vollendung des 35. Lebensjahres zu Kriminaloberassistenten ernannt werden, sofern die vorgeschriebene Fachprüfung mit Erfolg abgelegt und mindestens eine einjährige Dienstzeit als Kriminalassistent abgeleistet ist.

(5) Nach Abschnitt V desselben Erlasses können Anwärter aus freien Berufen, die am 31. 7. 1941 bereits im Beamtenverhältnis des mittleren Vollzugsdienstes gestanden haben, ohne Anrechnung von Vordienstzeiten nach noch bereits 8-jähriger Gesamtdienstzeit gemäß RdErl. vom 29. 6. 1937 (MBliV. S. 1085) zu Kriminaloberassistenten ernannt werden. Abgesehen von dieser Ausnahme muß jetzt für die Ernennung zum Kriminaloberassistenten immer eine 12-jährige Gesamtdienstzeit vorliegen.

III. Beförderung zu Kriminalsekretären.

(1) Bestimmungen:

Reichsgrundsätze vom 14. 10. 1936 (RGBl. I S. 893). Erlasse des Generalbevollmächtigten f. d. Reichsverwaltung vom 20. 5. 1940 u. 25. 1. 1941 (s. Rd. Erl. des RSHA. vom 7. 6. 1940 u. 3. 2. 1941 — I C. (a) 1 Nr. 314/39 —).

RdErl. des RSHA. vom 23. 5. 1941 — I A 1 Nr. 96/41 —, betr. Beförderung abgeordneter Beamter; Erl. vom 23. 7. 1941 — I A 1a Nr. 101/41 —, betr. Ernennungen und Beförderungen von Angehörigen der Sicherheitspolizei, die zum Wehrdienst einberufen sind.

RdErl. vom 25. 8. 1941 — I A 2f Nr. 7523/41 —, betr. Beförderung von Beamten des mittleren Vollzugsdienstes der Geh. Staatspolizei.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 17. 1. 1942 — S I A 1a Nr. 645/41 —, betr. bevorzugt Beförderung schwerverwundeter und schwer verletzter Angehöriger der (Befehlsbl. S. 76).

(2) Zu beachten ist, daß die Beförderung eines Kr

zum Kriminalsekretär eine Mindestdienstzeit von zwei Jahren als Kriminaloberassistent zur Voraussetzung haben muß (RdErl. vom 25. 8. 1941).

(3) Mindestlebensalter für die Beförderung der Kriminaloberassistenten zu Kriminalsekretären ist das vollendete 35. Lebensjahr.

Umwandlung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf in ein solches auf Lebenszeit:

§§ 28 bis 31 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. 1. 1937 und § 13 des Polizeibeamtengesetzes vom 24. 6. 1937.

Beendigung des Beamtenverhältnisses:

Für die Bearbeitung dieser Materie gelten nachgenannte Gesetze und Verordnungen:

Deutsches Beamtengesetz §§ 50—78.

Deutsches Polizeibeamtengesetz §§ 8—12.

VO. des Ministerrates f. d. Reichsverteidigung vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1603).

VO. des Ministerrates f. d. Reichsverteidigung vom 3. 5. 1940 (RGBl. I S. 732).

D. Angestellte.

Geschäftszimmerangestellte (Verg.-Gr. X bis VIb).

§ 3 der Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentl. Dienst (TO. A), betr. Einstufung der Angestellten nach Tätigkeit und Leistung.

Anlage 1 zur TO. A, betr. Tätigkeitsmerkmale für die Eingruppierung.

Nr. V der Gemeinsamen Dienstordnung (RBB.

1938 S. 169), betr. Einweisung von Stenotypistinnen in die Verg.Gr. VII TO. A.

RdErl. vom 13. 4. 1937 (MBliV. S. 606) und vom 24. 6. 1938 (MBliV. S. 1058), betr. Kurzschriftprüfung für Stenotypistinnen der Verg.Gr. VIII.

I. Kriminalangestellte.

(Grundverg.Satz 2000.— bis 3000.— RM jährlich).

(1) Es sind anzuwenden:

Dienstordnung für die Kriminalangestellten der Sicherheitspolizei vom 15. 10. 1937 — S V 2 Nr. 17/37 — (nicht veröffentl.).

RdErl. des RSHA. vom 16. 11. 1938 — S V 2 Nr. 5492/38-251-4 — (nicht veröffentl.).

(2) Neueinzustellende Kriminalangestellte sind grundsätzlich in den Grundvergütungssatz von 2000.— RM jährlich einzuweisen.

(3) Die Höhergruppierung der Kriminalangestellten in den Grundvergütungssatz 2250.— RM jährlich ist erst dann möglich, wenn sich diese mindestens zwei Jahre dienstlich gut bewährt haben. Für weitere Höhergruppierungen gelten sinngemäß die für die Beamten festgesetzten Beförderungsvorschriften.

(4) Für Kriminalangestellte im Kraftfahrdienst gilt der Grundvergütungssatz von 2520.— RM jährlich normalerweise als Endstufe. Sofern Kriminalangestellte die Dienstgeschäfte eines technischen Obersekretärs wahrnehmen müssen und überdurchschnittliche Leistungen zeigen, können sie bei tadelfreier dienstlicher und außerdienstlicher Führung in den Grundvergütungssatz von 2700.— RM jährlich eingewiesen werden.

Fernschreibdienst
In die Dienstordnung für Kriminalangestellte werden, wenn sie an
Führung für Fernschreiber

beim RSHA. teilgenommen haben. Der Grundvergütungssatz von 2700.— RM jährlich ist grundsätzlich nur für Aufsichtshabende von größeren Fernmeldeanlagen vorgesehen.

III. Lohnempfänger

werden nach den Bestimmungen der Tarifordnung B für Gefolgschaftsmitglieder im öffentl. Dienst (TO. B) behandelt.

An die Sicherheitspolizei
(ohne Krim.Polizei).

— Befehlsblatt S. 283.

Eisenbewirtschaftung — Eisen für Fertigwaren.

RdErl. des RSHA. vom 26. 9. 1942

— II C 3 Nr. 2178/42-264-2 —

Die Eisen- und Stahlbewirtschaftung wird mit Wirkung vom 1. 10. 1942 neu geregelt. Für die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD gilt folgendes:

1. Die Neuordnung der Eisen- und Stahlbewirtschaftung sieht die Übertragung von Eisenbezugsrechten in Form von Eisenscheinen, Eisenübertragungsscheinen oder Eisenmarken vor.

2. Hierbei muß unterschieden werden zwischen legiertem und unlegiertem Eisen.

3. Für die Beantragung von legiertem Eisen hat die Lieferfirma in jedem Fall die in der Bekanntmachung zur I. Durchf.VO. zur Anordnung I der Reichsstelle für Eisen und Stahl (Dt. RAnz. u. Pr. Staatsanzeiger Nr. 146 vom 25. 6. 1942) vorgeschriebenen neuen Vordrucke zu verwenden.

4. Für die Bewirtschaftung des in der Hauptsache benötigten unlegierten Eisens wird versuchsweise das Eisenmarkenverfahren eingeführt. Unlegiertes Eisen für Fertigwaren kann daher bis auf weiteres ohne besonderen Vordruck in brieflicher Form unter Angabe des Verwendungszweckes und der Beschaffungsnotwendigkeit sowie unter Beifügung einer von der Lieferfirma mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehenen und nachgeprüften Berechtigungsunterlage hier beantragt werden.

5. Werden von Lieferfirmen Eisenvormerkungen gefordert — was nur vereinzelt und bei Aufträgen größeren Umfangs der Fall sein kann — so ist die hiermit verbundene Eisenzuteilung stets unter Verwendung der vorgeschriebenen Vordrucke „Eisenanforderung E 1/42“ (für unlegiertes Eisen) und „Eisenanforderung E 2/42“ (für legiertes Eisen) zu beantragen.

6. Die Firmen können die einschlägigen Vordrucke von der für ihren Wirtschaftskammerbezirk zuständigen Druckerei (s. Anlage 1) beziehen.

7. Alle förmlichen Anträge sind in dreifacher Ausfertigung mit einem kurzen Begleitbericht aus dem der Verwendungszweck, die Beschaffungsnotwendigkeit und die Nachprüfung der angeforderten Gewichtsmenge ersichtlich sein muß, einzureichen. Auf sorgfältige Ausfüllung der Anforderungsscheine ist besonders zu achten.

8. Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf das Protektorat Böhmen und Mähren Anwendung; die bisher bestehende Sonderregelung ist aufgehoben.

9. Dienststellen im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten können ebenfalls im Bedarfsfalle reichsgültige Eisenbezugsrechte (Eisenmarken, Eisenscheine) erhalten, die sie vor Weitergabe an die Lieferfirma bei ihrer zuständigen Bewirtschaftungs- oder Zentralausgleichsstelle (s. Anlage 2) in landesgültige Bezugsrechte umtauschen müssen. In den Ostgebieten ist ein Umtausch der Eisenbezugsrechte z. Zt. nicht erforderlich.

10. Der RdErl. vom 7. 6. 1940 (Befehlsbl. S. 50) ist hierdurch in vollem Umfang gegenstandslos geworden; hinsichtlich der Baubeschränkungen wird auf die im RdErl. vom 27. 4. 1942 (Befehlsbl. S. 118) mitgeteilte Neuregelung verwiesen.

An Sicherheitspolizei u. SD,
ohne Krim.Pol., jedoch mit Krim.Pol.
Prag und Brünn. — Befehlsblatt S. 286.

Anlage 1.

Liste der Druckereien, bei denen die Vordrucke bezogen werden können.

	Wirtschaftskammerbezirke:
Emil Rautenberg Königsberg (Pr) Schiefer Berg 5	Ostpreußen Danzig/Westpr. Warthegau
Oscar Heinze Liegnitz Ritterstr. 24	Niederschlesien Oberschlesien
Reinhold Kühn A.-G. n SW 68 5.	Groß-Berlin
Metzke S 42 Wassertorstr. 14	Pommern Brandenburg Mitteldeutschland (Magdeburg) Mitteldeutschland (Weimar)
Johann Ibbeken Schleswig Friedrichstr. 22	Nordmark Bremen
W. Bertelsmann Bielefeld Vatersloher Str. 21	Niedersachsen Reg.Bez. Düsseldorf Westfalen/Lippe
W. Recklinger Siegburg Klaus-Clemens-Str. 48	Rheinland Hessen
Karl W. Neumann Freiberg Fischerstr. 19	Sachsen Sudetengau
Paul Müller München 2 NW 8 Hirtenstr. 15	Bayern
G. Braun Karlsruhe Karl-Friedrich-Str. 14	Baden Elsaß-Lothringen Württemberg Saarpfalz

Wirtschaftskammerbezirke:

Ostmark
Oberdonau
Südmark

Strohal
Wien
Schloßstr. 18 a

Anlage 2.

Verzeichnis der Zentralauftragsstellen oder der mit den Aufgaben einer Zentralauftragsstelle betrauten Dienststellen.

1. Belgien und Nordfrankreich: Zentralauftragsstelle in Belgien und Nordfrankreich, Brüssel.
2. Frankreich: Zentralauftragsstelle für den Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich, Paris, Rue Lord Byron 14—16.
3. Niederlande: Zentralauftragsstelle für die besetzten niederländischen Gebiete, Den Haag, Carel v. Bylandtlaan 16.
4. Norwegen: Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, Abt. Wirtschaft, Oslo.
5. Serbien: Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien, Belgrad.
6. Dänemark: Wehrwirtschaftsstab Dänemark, Kopenhagen, Trommesalem 2, Versterport.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 28. 9. 1942

— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) werden folgende neue Einreihungen mitgeteilt:

„Braut-Unterricht“ (vom böhmisch-mährischen Episkopate genehmigt 1919), Druck und Verlag der Buchdruckerei „Vita“ in Prag II, N. Slupi 14;

Bohn, Dr. med. Wolfgang: „Die Pflege des Säuglings und Kleinkindes in gesunden und kranken Tagen“, Kneipp-Gesundheitsverlag München, 1941;

Schaum, Adolf: „Die Tat — Ein Traum von Deutschlands Glück und Freiheit“, Verlag Oscar Laube, Dresden 1927.

Berichtigung zum RdErl. v. 21. 8. 1942 — IV C 3 — (Befehlsbl. S. 244), betr. Liste des schädlichen u. unerwünschten Schrifttums. Es muß heißen: Klug, Dr. Ignatius (nicht Kluge).

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 287.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Reg.Rat: //-Sturmchef Dr. Justus Beyer (abgeordnet zur Parteikanzlei in München),
//-Untersturmchef Reg.Assessor Willi Zoepf;
zum Krim.Rat: Krim.Kommissar Dr. Burg.

Zugeteilt der Dt. Gesandtschaft in Bukarest als Polizeiattaché: //Standartenführer Oberst d. Pol. Böhme.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Rat: die Krim.Kommissare Kieffer (Karlsruhe), Gäde (Metz);

zum Krim.Kommissar: die Hilfs-Krim.Kommissare Klaus (Berlin), Höfner (Berlin) u. Krim.Kommissar z. Pr. Paikert (Kattowitz);
zum techn.Insp.: techn.Ob.Sekr. Emil Hoffmann (Dresden);

zum Pol.Inspektor: Pol.Ob.Sekr. Paul Meyer (Danzig), die Hptw.d.Sch. Schimke (Köln) u. Woelke (Danzig), Pol.Sekr. Heinberg (Wien).

Versetzt: //Hauptsturmchef Reg.Rat Dr. Finnborg (RSHA.) n. Breslau (als Vertr. d. Leiters);
die Krim.Kommissare Feldmann (Trier) zu RSHA., Schütz (RSHA.) n. Trier, Heib (Linz) n. Kattowitz.

Die Versetzung des Krim.Kommissars Hurnaus (Linz) n. Kattowitz ist aufgehoben worden.

Abgeordnet: Die Abordnung des Pol.Ob.Inspectors Paterjey (Hannover) n. Münster ist aufgehoben worden.

SD.

ersetzt: //Sturmabführer Georg Umpfenbach zum SD-A. Graz;

die //Hauptsturmführer Dr. Herbert Strickner zum RSHA-III u. Josef Musen zum SD-LA. Stettin;

die //Obersturmführer Werner Arnold zum SD-A. Weimar, Franz Jankowiak zum SD-A. Litzmannstadt u. Heinz Müller zum SD-LA. Posen;

die //Untersturmführer Heinz Damm u. Heinz Schaeper zum RSHA-III u. Josef Grosse zum SD-A. Kiel.

Kommandiert: //Obersturmbannführer Volkenborn (SD-A. Klagenfurt) zur E. Gr. B; //Untersturmführer Alfred Günther zur SD-AS. Halle.

Ernannt: //Hauptsturmführer Martin Maywald zum Hilfsref. im RSHA-VI.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Sekretär: Krim.Oberassistent Wilhelm Hahne (Krim.Abtg. Wesermünde).

— Befehlsblatt 1942 S. 287.

Berichtigung.

Im RdErl. v. 16. 9. 42 — I A 1 d Nr. 679/42-352-5 — (Befehlsbl. S. 275) muß es im Abs. (6) in der 2. Zeile heißen: „zurückgekehrten“ (statt „zurückkehrenden“).

— Befehlsblatt 1942 S. 288.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 45

Berlin, den 10. Oktober 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 17. 9. 42 Suspendierung der Staatspolizeistelle Allenstein u. der SD-Abschnitte Thorn, Hohensalza, Tilsit, Neustettin u. Leipzig. S. 289. — RdErl. 21. 9. 42 Devisenbewirtschaftung. Grenzwechselstellen u. Reichskreditkassen. S. 290. — RdErl. 24. 9. 42 Devisenbewirtschaftung. Mitnahme v. Zahlungsmitteln durch Angeh. der Sich. Pol. u. des SD. S. 290. — RdErl. 28. 9. 42 Verbot ausl. Druckschriften. S. 290. — RdErl. 30. 9. 42 Führen von Kommandoflaggen bei der Sich. Pol. u. d. SD. S. 290. — RdErl. 30. 9. 42

Ersatz- u. Ergänzungskräfte. S. 291. — RdErl. 1. 10. 42 Abgabe von Berufskleidung. S. 292. — RdErl. 1. 10. 42 Metallmobilisierung in der öffentl. Verwaltung. S. 292. — RdErl. 4. 10. 42 Anforderung von Medikamenten. S. 293.

Verschiedenes. Berichtigung des Verzeichnisses der an das FS-Netz angeschlossenen Dienststellen. S. 293. — Verlust von Dienstaussweisen u. Erkennungsmarken. S. 294. — Wiedergefundener Dienstaussweis. S. 294.

Personalmitteilungen. S. 294.

Sicherheitspolizei und SD

Suspendierung der Staatspolizeistelle Allenstein und der SD-Abschnitte Thorn, Hohensalza, Tilsit, Neustettin und Leipzig.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 17. 9. 1942 — S II A 1 Nr. 423/41-168 —

Um den infolge des Krieges sich ständig steigern- den Personalansprüchen entsprechen zu können und gleichzeitig in verwaltungsmäßiger Hinsicht jeder möglichen Vereinfachung Rechnung zu tragen, werden die Staatspolizeistelle Allenstein und die SD-Abschnitte Thorn, Hohensalza, Tilsit, Neustettin und Leipzig mit Wirkung vom 1. 10. 1942 auf weiteres — voraussichtlich für die Dauer des Krieges — suspendiert.

I.

(1) Die Staatspolizeistelle Allenstein wird in eine Staatspolizeiaußendienststelle umgewandelt, der Staatspolizeileitstelle Königsberg unterstellt und mit den übrigen Außen dienst- und Grenzpolizeidienststellen ihres bisherigen Bereichs der Staatspolizeileitstelle Königsberg eingegliedert.

(2) Für die Durchführung der organisatorischen Maßnahmen aus Anlaß der Suspendierung der Staatspolizeistelle Allenstein gelten die RdErlasse vom 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423/41-168 — und vom 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423 IX/41-168 — (nicht öffentl.) sinngemäß.

(3) Die Aufgaben des Leiters der suspendierten Staatspolizeistelle Allenstein als politischer Referent des Regierungspräsidenten in Allenstein übernimmt der Leiter der Staatspolizeileitstelle Königsberg. Zum Verbindungsführer beim Regierungspräsidenten in Allenstein wird der Leiter der Staatspolizeiaußen dienststelle Allenstein bestimmt.

II.

(1) Die SD-Abschnitte Thorn, Hohensalza, Tilsit, Neustettin und Leipzig werden in SD-Außenstellen umgewandelt und mit den bereits bestehenden anderen Außenstellen des bisherigen Abschnittsbereichs unter unmittelbarer organisatorischer, sachlicher, verwaltungsmäßiger und personeller Unterstellung folgenden SD-(Leit)Abschnitten eingegliedert:

- | | |
|--|----------------------------------|
| a) SD-Abschnitt Thorn | dem SD-Leitabschnitt Danzig |
| b) SD-Abschnitt Hohensalza | dem SD-Leitabschnitt Posen |
| (die Außenstellen Kutno, Leslau und Konin) | (dem SD-Abschnitt Litzmannstadt) |
| c) SD-Abschnitt Tilsit | dem SD-Leitabschnitt Königsberg |
| d) SD-Abschnitt Neustettin | dem SD-Leitabschnitt Stettin |
| e) SD-Abschnitt Leipzig | dem SD-Leitabschnitt Dresden. |

(2) Die Aufgaben der SD-(Leit)Abschnittsführer als Nachrichtenreferenten der Gauleiter werden durch diese organisatorischen Veränderungen nicht berührt, da keine Veränderungen in der Zuständigkeit gegenüber den jeweiligen Gauleitern eintreten.

III.

Wegen der haushaltsrechtlichen, verwaltungsmäßigen und aktenhaltungsmäßigen Auswirkungen der Suspendierung der Staatspolizeistelle Allenstein und der SD-Abschnitte Thorn, Hohensalza, Tilsit, Neustettin und Leipzig, sowie wegen der Personalversetzungen ergehen besondere Erlasse.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 289.

Devisenbewirtschaftung.

Grenzwechselstellen und Reichskreditkassen.

RdErl. des RSHA. vom 21. 9. 1942

— II C 24/Dev.St. Nr. 5976/42-290 b-1 —

(1) Nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen ist am 18. 9. 1942 in Kursk und am 21. 9. 1942 in Maikop eine Reichskreditkasse eröffnet worden.

(2) Das mit Erl. vom 5. 8. 42 — II C 24/Dev.St. Nr. 4508/42-290 b-1 — (Befehlsbl. S. 228) mitgeteilte Verzeichnis ist entsprechend zu ergänzen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 290.

Devisenbewirtschaftung.

Mitnahme von Zahlungsmitteln durch Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 24. 9. 1942

— II C 24/Dev.St. Nr. 5929/42-290 b-1 —

Der nachstehend abgedruckte Erlaß des OKW. hat sinngemäß auch für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD Gültigkeit.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 290.

Anlage:

Gesetzwidrige Einbringung von RM-Beträgen aus dem Ausland in das Inland bzw. ungenehmigte Zahlungen durch Wehrmachtangehörige im Urlaub zugunsten eines Devisenausländers.

(1) Durch Zollfahndungsstellen ist festgestellt worden, daß deutsche Wehrmachtangehörige, die sich vorübergehend im Ausland dienstlich aufgehalten haben, nach Rückkehr in das Reich oder während ihres Urlaubs im Inlande ohne die gemäß § 15 des Devisengesetzes vom 12. 12. 1938 — RGBl. I 1734/38 — erforderliche Genehmigung Zahlungen zugunsten eines Ausländers an einen Inländer leisten oder inländische Zahlungsmittel zugunsten eines Ausländers an einen Inländer aushändigen. Hierbei wurden auch inländische Geldsorten von Wehrmachtangehörigen ohne die gemäß § 17 Abs. I des Dev.Ges. erforderliche Genehmigung aus dem Ausland in das Inland eingebracht.

(2) Nach § 15 Dev.Ges. ist es einem Inländer (dazu rechnen stets die nur vorübergehend im Ausland eingesetzten Wehrmachtangehörigen oder ihnen gleichgestellten Personen) verboten, ohne Genehmigung Zahlungen an einen Ausländer oder zugunsten eines solchen an einen Inländer zu leisten oder in- oder ausländische Zahlungsmittel einem Ausländer oder zugunsten eines solchen einem Inländer im Reich auszuhändigen. Nach § 17 ist das Einsenden oder die Einbringung von inländischen Geldsorten durch einzelne Wehrmachtangehörige, soweit es sich nicht um die Reisefreigrenze von 10. —RM handelt, verboten.

(3) Abgesehen davon, daß Wehrmachtangehörige durch Verstöße gegen die genannten Vorschriften selbst eine strafbare Handlung begehen, unterstützen sie damit gesetzwidrige Handlungen von Ausländern und Inländern, die das deutsche Devisengesetz umgehen wollen. Eine solche Handlungsweise ist eines deutschen Wehrmachtangehörigen unwürdig und muß mit den schärfsten Strafen geahndet werden.

(4) Der Reichswirtschaftsminister wird gebeten werden, soweit Wehrmachtangehörige bei derartigen Verstößen festgestellt werden, diese dem zuständigen Wehrmachtteil unter Hinweis auf die Verstöße gegen das Devisengesetz namhaft zu machen.

OKW., 21. 7. 1942

59 B 1 Beih. 7

12 471/42

AWA/WV (X a).

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 28. 9. 1942

— S IV C 3 Nr. 8590/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„Das Volk Gottes. Der Kirche Bekenntnis zur Judenfrage“, von Herbert Hug, Evangelischer Verlag A. G., Zollikon-Zürich, 1942,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 290.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 30. 9. 1942

— S IV C 3 Nr. 8635/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung

der Gesamtproduktion des
Troxler-Verlages, Bern,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 290.

Führen von Kommandoflaggen bei der Sicherheitspolizei u. dem SD.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 30. 9. 1942

— S I A 1 a Nr. 267/42 —

(1) Auf dem linken Kotflügel oder Scheinwerferhalter des Dienstkraftwagens führen bei dienstlichen Fahrten eine Kommandoflagge nach nachstehendem Muster:

- a) der Chef der Sicherheitspolizei u. des SD. nach Muster 1,
- b) die Amtschefs des Reichssicherheitshauptamtes nach Muster 2,
- c) die Befehlshaber und Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD, die Einsatzgruppenchefs, die Kommandeure der Führerschule der Sich.Pol. und der Sicherheitspolizeischule in Fürstberg nach Muster 3,
- d) die Leiter der Staatspolizei(leit)stellen und der Kriminalpolizei(leit)stellen, die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD und die Kommandoführer bei den Einsatzgruppen nach Muster 4,
- e) die SD-(Leit)Abschnittsführer und die Kommandeure der SD-Schulen nach Muster 5.

(2) Die Kommandoflagge darf nur gezeigt werden, wenn sich der Berechtigte im Kraftwagen befindet. Bei anderen Gelegenheiten ist sie abzunehmen oder mit einer Segeltuchhülle zu verdecken.

(3) Am rechten Kotflügel oder Scheinwerferhalter kann zusätzlich die Reichs- und Nationalflagge in der durch § 2 des Erl. über die Flaggenführung an Dienstkraftwagen der staatl. Verwaltungen vom 21. 1. 1933

(R.GBl. I S. 23) ... enen Größe (20 × 30 cm) geführt werden. Die ... der Sicherheitspolizei u. des SD führt an Stelle ... und Nationalflagge die Reichsdienstflagg ... genannten Größe.

(4) Die Bes ... der Kommandoflaggen erfolgt zentral durch das Reichssicherheitshauptamt. Die Anforderungen sind zu richten an das RSHA. — Ref. II D 3 a — (Materialverwaltung der Fahrbereitschaft, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 8).

(5) Das Führen anderer in diesem RdErl. nicht festgelegter Kommandoflaggen an Kraftfahrzeugen der Sicherheitspolizei u. des SD ist untersagt.

Muster 1.



Die schwarze Umrandung wird grün; das Hoheitsabzeichen der Polizei im Goldton; das Hakenkreuz bleibt schwarz.

Muster 2.



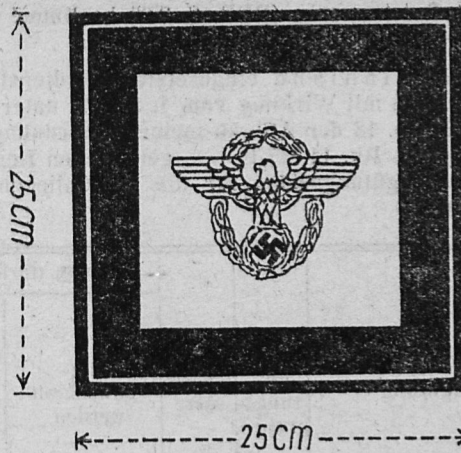
Umrandung in Grün; das Hoheitsabzeichen der Polizei im Goldton; das Hakenkreuz bleibt schwarz.

Muster 3.



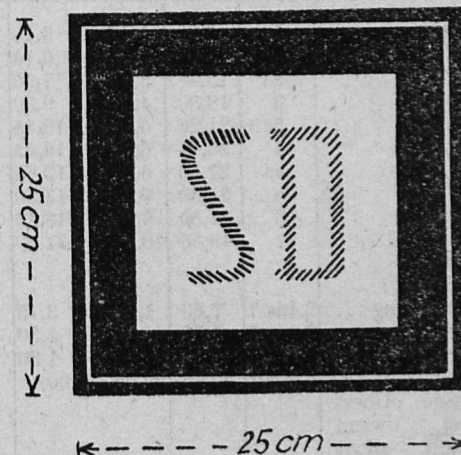
Außere Umrandung in Grün; das Hoheitsabzeichen der Polizei im Silberton, ab H-Brigadeführer oder Generalmajor der Polizei im Goldton; das Hakenkreuz bleibt schwarz.

Muster 4.



Außere Umrandung in Grün; das Hoheitsabzeichen der Polizei im Silberton; das Hakenkreuz bleibt schwarz.

Muster 5.



Außere Umrandung in Grün; SD im Silberton.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 290.

Ersatz- und Ergänzungskräfte.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 30. 9. 1942 — S II C 1 Nr. 3197/42-291-13 —

Mein Erl. über Ersatz- und Ergänzungskräfte vom 16. 10. 1940 i. d. Fassung vom 1. 7. 1942 (Befehlsbl. S. 187) wird wie folgt geändert:

1. Anlage C Ziff. 10 Sp. 6 erhält folgende Fassung:

„Ja, soweit es sich um Angehörige des öffentl. Dienstes handelt (Beamte, Ruhestandsbeamte, Angestellte und Lohnempfänger), die ihre Friedensdienstbezüge weiter erhalten. Der Antrag ist bei der Heimatdienststelle, die die Friedensbezüge zahlt, zu stellen. Die übrigen Notdienstpflichtigen können Notstandsbeihilfen nicht erhalten.“

2. Die Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen der Notdienstpflichtigen, die in Finnland, in den besetzten Gebieten der UdSSR. und in Italien eingesetzt sind, sind durch die Erlasse des Reichsmin. u. Chefs der Reichskanzlei vom 8. 7. , 11. 8. u. 25. 8. 1942 (veröffentl. MBliV. S. 1513 u. 1793) neu festgesetzt worden. Die Anordnungen werden nachstehend bekanntgegeben:

„Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk 9479 B

Berlin, den 8. 7. 1942

Auf Grund der Anordnung des Führers vom 18. 10. 1940 über die Herbeiführung einer aufeinander

abgestimmten Abfindung der Angehörigen der Wehrmacht und ziviler Dienststellen in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenze (RBB. S. 273) bestimme ich im Einvernehmen mit dem Chef des OKW.:

Die in Finnland eingesetzten Notdienstpflichtigen erhalten mit Wirkung vom 1. 8. 1942 unter Fortfall der in Sp. 18 der Anl. zu meiner Anordnung vom 11. 10. 1941 — Rk. 14 425 B¹⁾ — getroffenen Regelung folgende Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen:

Vergütung	Vergütungsgruppe	Tagesätze	Davon dürfen	
			umgewechselt werden	nicht in Finnmark umgewechselt werden
		Rubel	Finnmark	Rubel
1	2	3	4	5
1. Barvergütung	1	6,20	1,55 =	3,10 4,65
	2	12,50	3,10 =	6,15 9,40
	2a	15,—	3,80 =	7,50 11,20
	3	18,80	4,70 =	9,30 14,10
	3a	21,20	5,30 =	10,45 15,90
	4	25,—	6,30 =	12,45 18,70
	4a	27,50	6,90 =	13,65 20,60
	5	31,30	7,85 =	15,50 23,45
	6	37,50	9,35 =	18,45 28,15
	7	43,80	10,95 =	21,60 32,85
2. Bekleidungsentschädigung:				
a) Oberkleidung ..	2 bis 7	7,50	1,90 =	3,75 5,60
b) Stiefel	2 bis 7	2,50	—,65 =	1,30 1,85
c) Unterkleidung ..	2 bis 7	2,50	—,65 =	1,30 1,85
3. Selbstverpflegung ..	2 bis 7	50,65	50,65 =	100,—
4. Auswärtige Übernachtung, wenn Unterkunft nicht gestellt wird	1 bis 4a	25,—	25,— =	49,35 —
	5	31,30	31,30 =	61,80 —
	6	37,50	37,50 =	74,05 —
	7	43,80	43,80 =	86,50 —

„Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk. 11 217 B

Berlin, den 11. 8. 1942

Auf Grund der Anordnung des Führers vom 18. 10. 1940 über die Herbeiführung einer aufeinander abgestimmten Abfindung der Angehörigen der Wehrmacht und ziviler Dienststellen in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenze (RBB. S. 273) bestimme ich im Einvernehmen mit dem Chef des OKW.:

Der in Sp. 19 der Anl. zu meiner Anordnung vom 11. 10. 1941 (Rk. 14 425 B)¹⁾ angegebene Tagessatz der Vergütung für Selbstverpflegung der Notdienstpflichtigen in den besetzten Gebieten der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (mit Ausnahme des Bezirks Bialystok) wird mit Wirkung vom 1. 8. 1942 von 45 Rubel auf 30 Rubel herabgesetzt.“

„Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk. 11 386 B

Berlin, den 25. 8. 1942

Auf Grund der Anordnung des Führers vom 18. 10. 1940 über die Herbeiführung einer aufeinander abgestimmten Abfindung der Angehörigen der Wehrmacht und ziviler Dienststellen in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenze (RBB. S. 273) bestimme ich im Einvernehmen mit dem Chef des OKW.:

1. Der in Sp. 10 der Anl. zu meiner Anordnung vom 11. 10. 1941 (Rk. 14 425 B) angegebene Tagessatz der Vergütung für Selbstverpflegung der Notdienstpflichtigen in Italien wird mit Wirkung vom 1. 9. 1942 von 36 auf 42 Lire heraufgesetzt.

2. Falls künftig für die Wehrmachtangehörigen, die in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenze und im Generalgouvernement eingesetzt sind, eine Erhöhung oder Herabsetzung der Feldabfindung zur Selbstverpflegung angeordnet wird, so gilt diese Erhöhung oder Herabsetzung von dem gleichen Zeitpunkt ab ohne weiteres auch für die Notdienstpflichtigen.“

¹⁾ Vgl. MBliV. 1941 S. 1886.

Die Anlage D des Erl. vom 16. 10. 1940 i. d. F. vom 1. 7. 1942 ist entsprechend zu berichtigen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 291.

Abgabe von Berufskleidung.

RdErl. des RSHA. vom 1. 10. 1942

— II C 2⁵ Nr. 8844/42 —

(1) Auf Grund des RdErl. des RMdI. vom 14. 5. 1942 — Z 413/42-5155 — (MBliV. S. 1013) darf Berufskleidung (Arbeitsanzug oder Schutzmantel) nur noch gegen Abtrennung von 20 v.H. der Bezugsabschnitte, die in der Warenliste der Reichskleiderkarte für das betreffende Bekleidungsstück vorgeesehen sind, an Gefolgschaftsmitglieder abgegeben werden.

(2) Für die Folge sind daher bei der Abgabe von Berufskleidung aus Beständen der Sich.Pol. u. des SD an nichtuniformierte Beamte, Angestellte und Arbeiter Bezugsabschnitte der Reichskleiderkarte in nachstehender Zahl abzutrennen:

1 Arbeits- oder Kombiansatz	8 Punkte
1 Arbeitsjacke	4 „
1 Arbeitshose	4 „
1 Schutzmantel	7 „

(3) Die Bezugsabschnitte sind unter Angabe von Name und Anschrift sowie Nummer der Reichskleiderkarte des Verbrauchers an die Kartenstelle seines Versorgungswohnsitzes zu übersenden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 292.

Metallmobilisierung in der öffentlichen Verwaltung.

RdErl. des RSHA. vom 1. 10. 1942

— II C 3 Nr. 2869/42-264-10 —

Nachstehende Ergänzungsrichtlinien der Reichsstelle Eisen und Metalle im Nachgang zu den RdErl. vom 4. 8. 1942 (Befehlsbl. S. 217) und vom 8. 9. 1942 (Befehlsbl. S. 267) zur Kenntnis und Beachtung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 292.
(ohne Protektorat, Gen.-Gouvernement u. besetzte Gebiete).

Anlage:

Ergänzungsrichtlinien vom 11. 9. 1942 der Reichsstelle
Eisen und Metalle.

II EM 3204/42 III

In Ergänzung der Bestimmungen unter Ziffer 2 a, b und c der Richtlinien v. 13. 7. 1942 (Anl. II 2 RdErl. v. 4. 8. 1942) ist noch folgendes zu beachten:

1. An erster Stelle sind diejenigen Metallgegenstände zu mobilisieren, für die eine Ersatzbeschaffung nicht oder nicht unbedingt erforderlich ist. Hierunter fallen auch solche Teile, die zu diesem Zweck aus-

gebaut werden müssen, wie z. B. Handleisten und Verzierungen an Treppengeländern, Teppichstangen, Zierleisten und -platten, Kaminverkleidungen, Fensterfeststeller, Stangen zum Befestigen von Scheibengardinen, Stangen zum Halten von Übergardinen, Führungsringe für Gardinenschnüre usw.

2. Alle Gegenstände, welche nicht ohne Ersatzgestellung abgeliefert werden können, sind erst dann zu mobilisieren, wenn entsprechende Austauschgegenstände beschafft werden konnten.

Die Ersatzbeschaffung ist unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten von den abliefernden Stellen selbstständig durchzuführen.

a) Türklinken

Nach erfolgter Auskämmung aller Bezugsquellen sind die weiter benötigten Austausch-Türklinken den einschlägigen Schloß- und Beschlaghändlern, welche auch in der Lage sind, bezüglich des Aus- und Einbaues technische Auskünfte zu erteilen, unter Benutzung des nachstehenden Fragebogens aufzugeben. Diese Bestellungen werden dann seitens der Händler an die von der Reichsstelle Eisen und Metalle eingeschaltete Fachgruppe Schloß- und Beschlagindustrie weitergeleitet, welche dieselben auf die einzelnen Herstellerfirmen verteilt.

Beim Vorhandensein besonderer Patentkonstruktionen ist es ratsam, dem Händler gleichzeitig eine eigens zu diesem Zweck ausgebaute Türklinkengarnitur vorzulegen, damit dieser dieselbe der Bestellung an das Lieferwerk als Muster beifügen kann. Der Ausbau der Türklinken aus Metall hat dann sofort nach Eintreffen der Austausch-Türklinken zu erfolgen.

Es wird hierbei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß Türklinken aus plattiertem Material, auch wenn die Plattierung aus Metall besteht, sowie solche aus Leichtmetall und Eisen nicht auszutauschen sind, während Türklinken aus Metall mit Plattierungen aus Kunststoffen gleichfalls abgeliefert werden müssen. Genaue Feststellungen hierzu erfolgen zweckmäßig durch den mit dem Ausbau beauftragten Handwerker.

b) Beleuchtungskörper

Die Ersatzbeschaffung ist bei dem örtlichen Handel vorzunehmen. Sofern derselbe nicht über entsprechenden Ersatz verfügt, so ist der Bedarf bei der zuständigen Kreishandwerkerschaft mit folgenden Angaben anzumelden:

Anzahl der auszutauschenden Beleuchtungskörper, getrennt nach Decken- und Tischlampen, wobei gleichzeitig die Anzahl der in den einzelnen Beleuchtungskörpern benötigten Brennstellen zu benennen ist. Die vom Herrn Reichsmarschall in den letzten Tagen bezüglich des Energieverbrauches angeordnete Sparmaßnahme hat hierbei besondere Berücksichtigung zu finden.

Nach Eingang der angeforderten Beleuchtungskörper ist der Austausch sofort vorzunehmen.

Lampenschirme aus anderen Stoffen als Metall, Glasschalen, Fassungen und der in den abzuliefernden Leuchten befindliche Draht müssen seitens der abliefernden Dienststellen entfernt und der zuständigen Kreishandwerkerschaft zur Verfügung gestellt werden, da diese Teile zur Herstellung weiterer Austausch-Leuchten dringend benötigt werden.

Entsprechende Anweisungen bezüglich der Ersatzbeschaffung von Beleuchtungskörpern sind den Kreishandwerkerschaften vom Reichsstand des Deutschen Handwerks zugegangen.

Eine Unterstützung bei der Beschaffung von sonsti-

gen Austausch-Gegenständen kann durch die Reichsstelle Eisen und Metalle nicht erfolgen.

3. Abzuliefern sind auch alle Gegenstände ganz oder überwiegend aus Blei.

4. Die Aktion ist, soweit möglich, termingemäß durchzuführen. Wo die Ersatzgestellung die Ablieferung verzögert, ist diese sofort nach erfolgter Ersatzgestellung vorzunehmen. Insoweit wird die Metallmobilisierung (Meldung und Ablieferung) vorläufig bis auf weiteres, d. h. bis zur restlosen Mobilisierung weitergeführt.

II EM 3204/42 III

Fragebogen

1. Genaue Bezeichnung bzw. Anschrift der Dienststelle:

2. An wieviel Türen müssen die Drücker ausgewechselt werden?

von den unter 2 aufgeführten Türen sind: Genaue Dornangaben: z. B. Viereckig 8 oder 9 mm

1. Normalausführung

Stück 38 mm stark	
Stück 40 mm	
Stück mm	
Stück mm	
Stück mm	
Stück mm	

2. Spezialausführung

Stück	entsprechend beige-
	fügter kompletter Tür-
	drückergarnitur. (Die-
	selbe ist mit genauer
	Bezeichnung der Dienst-
	stelle, bei welcher die-
	ses Muster ausgebaut
	wurde, zu versehen.)

Anforderung von Medikamenten.

RdErl. des RSHA. vom 4. 10. 1942

— I San. Nr. 111/42 —

(1) Bei der Anforderung von Arzneimitteln für Arbeitserziehungs- und Häftlingslager wird vielfach sehr großzügig verfahren. Ohne Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit werden häufig teure Medikamente usw. verlangt, die wegen ihrer Verknappung nicht einmal der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen. Eine ausreichende Behandlung läßt sich nachweislich mit erheblich einfacheren Mitteln durchführen, die der Art und Härte der Erziehung in den Lagern angepaßt sein müssen.

(2) In Zukunft ist bei der Anforderung von Arzneimitteln usw. dementsprechend zu verfahren.

(3) Die Bestellungen sind grundsätzlich mit der Unterschrift des zuständigen Arztes zu versehen.

(4) Sämtliche Anforderungen sind an den leitenden Arzt beim RSHA. zu richten, der sie an das Haupt-sanitätslager der Waffen-// weiterleitet.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 293.

Verschiedenes

Berichtigung des Verzeichnisses der an das Fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen.

Unter B Neu: Baden-Baden, Adst. Stuttgart; Bayonne, Außenstelle Paris.

Streichen: Böhm. Leipa, Adst. Reichenberg.

Unter D Bei Dresden neu: Querverbindung nach Prag. Unter F Bei Frankfurt/Main streichen: Querverbindung Neustadt/W.

Unter G Streichen: Gablonz, Adst. Reichenberg.

- Unter K Bei Karlsruhe streichen: Neustadt/W.;
bei Koblenz streichen: Querverbindung Neu-
stadt/W.
- Unter M Bei Mannheim streichen: Neustadt/W., dafür
einsetzen: Stuttgart; bei Mauthausen strei-
chen: Linz, dafür einsetzen: Wien.
- Unter N Bei Neustadt/W. streichen: Stuttgart, dafür
einsetzen: Saarbrücken; bei Neustadt/W.
streichen: Nvst. und Querverbindung FFM.,
Koblenz und Saarbrücken.
- Unter P Bei Prag einsetzen: Querverbindung Dresden.
- Unter R Bei Riga streichen: Königsberg, dafür ein-
setzen: Berlin, bei Querverbindung einsetzen:
Königsberg.
- Unter S Neu: Singen, Greko, Stuttgart.
Neu: Smolensk, Einsatzgruppe B, über War-
schau.

(II D 2 Nr. 2916/40)

— Befehlsblatt 1942 S. 293.

Verlust von Dienstaussweisen und Erkennungs- marken.

Dienstaussweis Nr. 8298, ausgestellt für den Krim.-
Angestellten Erich Handke, Staatspolizeileit-
stelle Breslau,

Dienstaussweis Nr. 8342, ausgestellt für den Krim.-
Schr. Alois Wellina, Staatspolizeistelle Graz,

Dienstaussweis Nr. 9645, ausgestellt für den Krim.-
Angestellten (Ersatzkraft) Karl Walter, Staats-
polizeistelle Karlsbad,

Dienstaussweis Nr. 14 094, ausgestellt für den
Krim.Angestellten Otto Leinweber beim Kom-
mandeur der Sich.Pol. u. des SD in Krakau, sowie
die Erkennungsmarken der Geh. Staatspolizei
Nr. 12415, 3441 und 7683 sind in Verlust geraten
und werden hiermit für ungültig erklärt. Bei
Aufindung wird um umgehende Übersendung an das
RSHA, Ref. I A 1, ersucht.

(I A 1 a Nr. 388/41)

— Befehlsblatt 1942 S. 294.

Wiedergefundener Dienstaussweis.

Der im Befehlsblatt 1942 S. 221 für ungültig er-
klärte Dienstaussweis Nr. 15 660, ausgestellt für den
Krim.Angestellten Rudolf Braun beim Kom-
mandeur der Sich.Pol. u. des SD in Warschau, hat
sich wieder angefundnen.

(I A 1 a Nr. 388/41)

— Befehlsblatt 1942 S. 294.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: //Sturmchefführer Reg.-
Rat Dr. Rudolf Bergmann;
zum Reg.Rat: Reg.Assessor Herbert Körver u.
//Hauptsturmführer Reg.Assessor Dr. Hans
Vollbrecht.

Übernommen in den Dienst der allg. u. inneren
Verw.: Reg.Rat Dr. Heinrich Meyer (zgl. abge-
ordnet z. Reichsstatth. in Posen).

Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Krim.Rat: Krim.Kommissar Rottl
(Befh. Metz).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: die //Sturmchefführer
Reg.Räte vom Felde (Weimar) und Rux (Brom-
berg);

zum Reg.Rat: //Hauptsturmführer Reg.Assessor
Gerhard Kruse (Schneidemühl, abgeordnet z.
SD-A. Neustettin);

zum Krim.Dir.: Krim.Rat Dirks (Münster);

zum Krim.Kommissar: die Hilfs-Krim.Kommissare
Sonnenschein (Königsberg), Schubert
(Koblenz), Tischel (Danzig) u. Krim.Kommissar
z. Pr. Meluhn (Hannover);
zum Pol.Insp. Hptw. d. Sch. Reshöft (Litz-
mannstadt).

Versetzt: Pol.Ob.Inspektor Borchert (Posen) n.
Stettin;
die Pol.Inspektoren Büttner (Graudenz) n.
Magdeburg, Eduard Schulz (Kdr. Lemberg) n.
Hamburg, Weiß (Kattowitz) n. Prag;
die Krim.Kommissare Eigenbrodt (Führer-
schule) z. RSHA., Henze (Hannover) n. Berlin.

Abgeordnet: Pol.Inspektor Kasbrink (Hannover)
z. RSHA.

Die Abordnungen des Pol.Ob.Inspektors Stock
(Münster) n. Magdeburg u. des Pol.Inspektors
Kaselan (Posen) z. EWZ. Litzmannstadt sind
aufgehoben worden.

SD.

Versetzt: die //Obersturmführer Georg Schröder
zur SD-HAST. Dortmund u. m. d. Führung ders.
beauftragt, Rudolf Kügler zur SD-Ast. Ratthor.

Ernannt: die //Hauptsturmführer Georg Lampe
zum Verw.Ref. beim Befh. Prag, Richard Eng-
maier zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Josef
Kaltenberger zum Sachbearb. beim SD-LA.
Prag, Fritz Erdmann zum Sachbearb. bei der
SD-Dienstst. Zlin;
die //Obersturmführer Gerard Cellbrot zum
Ref. beim SD-LA. Breslau, Helmut Raser zum
Ref. beim SD-LA. Kattowitz, Rolf Henneberg
zum Führer der SD-Dienstst. Mährisch-Ostrau,
Max Rostock zum Sachbearb. beim SD-LA.
Prag, Ernst-Otto Rühl zum Ref. beim SD-LA.
Prag, Willy Dreise zum Sachbearb. bei der SD-
Dienstst. Brünn, Walter Scholz zum Führer der
SD-Dienstst. Kolin, Kurt Lebert zum Sachbearb.
bei der SD-Dienstst. Brünn, Rudolf Kossek zum
Ref. beim SD-LA. Prag, Dr. Emil Erlbeck zum
Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Erich Falke zum
Sachbearb. beim SD-LA. Prag u. Johannes
Thöne zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag;
die //Untersturmführer Viktor Stanzl zum
Sachbearb. bei der SD-Dienstst. Pilsen, Walter
Kurz zum Sachbearb. bei der SD-Dienstst. Pardubitz,
Erich Harbort zum Sachbearb. bei der
SD-Dienstst. Pilsen, Walter Eisenmenger zum
Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Otto Engel zum
Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Hans Löschele
zum Sachbearb. bei der SD-Dienstst. Budweis, Hans
Hartmann zum Sachbearb. bei der SD-Dienstst.
Mährisch-Ostrau, Joachim Kurtze zum Sach-
bearb. bei der SD-Dienstst. Königgrätz, Kurt
Kritz zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Josef
Denk zum Sachbearb. bei der SD-Dienstst. Pilsen,
Rudolf Wittmann zum Sachbearb. beim SD-LA.
Prag u. Max Vödisch zum Sachbearb. beim SD-
LA. Prag, Staffel-Oberscharführer Franz von
Reisky zum Sachbearb. bei der SD-Dienstst.
Tabor.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Kommissar: Hilfs-Krim.Kom-
missar Hosemann (Potsdam);
zum apl. Pol.Inspektor: Pol.Insp.Anwärter Bruno
Poschwa (Stapoleitst. Posen);
zum Krim.Oberassistenten: die Krim.Assistenten
Niewerth (KPSt. Erfurt) u. //Oberscharführer
Krim.Assistent Willi Bertz (KPLSt. Hamburg)
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit;
zum Krim.Assistenten: apl. Krim.Assistent Johann
Jackl (Stapost. Linz).

— Befehlsblatt 1942 S. 294.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 46

Berlin, den 17. Oktober 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Karl Kellermann, SS-Scharführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Stuttgart, im Oktober 1941

Ernst Burkard, SS-Rottenführer, SD-Abchnitt Bremen, im Oktober 1941

Gunter Helmeke, SS-Hauptscharführer, SD-Außenstelle Heiligenstadt, im Febr. 1942

Otto Hammerla, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Prag, im März 1942

Dr. jur. Siegfried Breuer, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Prag, im März 1942

Herbert Rautenbach, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeileitstelle Köln, im Mai 1942

Alfons Kowarschik, SS-Untersturmführer, SD-Leitabschnitt Wien, im August 1942

Alfons Kraus, SS-Oberscharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Saarbrücken, im August 1942

Dr. Franz Laschinger, SS-Scharführer, SD-Außenstelle Bautzen, im August 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Erich Schmidt, SS-Hauptscharführer, Kriminaloberassistent, Kriminalpolizeistelle Hohensalza, im Juni 1942

Bernhard Rohda, SS-Oberscharführer, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Saarbrücken, im August 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 16. 9. 42 Vereinfachung im Nachschubwesen im Osten. S. 296 — RdErl. 25. 9. 42 Einführung von Strafbüchern, Strafprüfheften u. Strafnachweisheften bei den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD. S. 296 — RdErl. 7. 10. 42 Anforderung von Fleckfieberimpfstoff. S. 298 — RdErl. 8. 10. 42 Beschlagnahme von Druck-

schriften, die nicht in die Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 298.

SD-Angelegenheiten. RdErl. 9. 10. 42 Wohnsitzwechsel von ehrenamtlichen SD-Angehörigen. S. 299. Berichtigung S. 299.

Personalmitteilungen. S. 299.

Sicherheitspolizei und SD

Vereinfachung im Nachschubwesen im Osten.

RdErl. des RSHA. vom 16. 9. 1942

— II C 2^s Nr. 9480/42 —

In Übereinstimmung mit dem //Führungshauptamt, dem //Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und dem Hauptamt Ordnungspolizei wird für den Versorgungsdienst der Sicherheitspolizei im Osten folgendes angeordnet:

A. Allgemeines.

1. Sämtliche von der //, der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei im Osten eingesetzten Versorgungseinrichtungen sind in Zukunft für alle drei Teile zuständig.

2. Im Versorgungsdienst der //, der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei ist in gegenseitiger Zusammenarbeit, soweit es die Verwaltungstechnik sowie die örtlichen und räumlichen Verhältnisse zulassen, eine Zusammenfassung aller eingesetzten Versorgungseinrichtungen anzustreben.

3. Soweit es örtlich und räumlich möglich ist, ist ein doppelter Einsatz von Versorgungskräften zu vermeiden und der vorhandene Transport- und Lageraum für alle drei Teile gemeinsam auszunutzen.

4. Diese Richtlinien sind bei allen neuen Versorgungseinrichtungen von vornherein zu beachten.

5. Die zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderlichen Anordnungen treffen die //Nachschubkommandanten in Verbindung mit den Höheren // u. Polizeiführern in Rußland, den Befehlshabern der Ordnungspolizei Ukraine und Ostland und dem Reichssicherheitshauptamt.

6. (1) Die bisherigen Unterstellungs-, Befehls- und wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben durch diese Vereinfachungsmaßnahmen zunächst unberührt.

(2) In allen Fällen, in denen die örtliche oder räumliche Zusammenfassung von Lagern der //, der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei gegeben ist, bleibt die Lagerverwaltung desjenigen Teils bestehen, in dem der andere Teil als Unterabteilung eingegliedert wird. Der Lagerleiter gilt als Vorgesetzter in allen Unterabteilungen.

B. Durchführungsbestimmung für die Sich.Pol.

1. Die Versorgungsstützpunkte der Sich.Pol. im Osten werden eingerichtet, sobald die // oder die Ordnungspolizei in den in Aussicht genommenen Standorten ein Lager eingerichtet haben und die erforderlichen Lagerräume für die Sich.Pol. zur Verfügung stehen.

2. Das erforderliche Aufsichts- und Hilfspersonal für die Unterabteilung Sich.Pol. ist auf Anforderung

des Lagerleiters von den nächstgelegenen Dienststellen der Sich.Pol. abzustellen. Sonstige Arbeitskräfte, wie Handwerker, Kammerarbeiter usw., sind nach den örtlichen Bedingungen einzustellen.

3. In den Versorgungsstützpunkten sind alle für die Dienststellen der Sich.Pol. bestimmten Versorgungs- und Nachschubgüter (Bekleidung, Ausrüstung, Waffen, techn. Gerät, Unterkunftsgerät usw.) zu lagern.

4. Sofern die Sich.Pol. eigene Versorgungslager einrichtet, müssen in diesen — wenn genügend Lageraum zur Verfügung steht — auch die Versorgungs- und Nachschubgüter der Dienststellen und Einheiten der // und der Ordnungspolizei untergebracht werden.

5. (1) Eine Vermischung der Bestände der //, der Ordnungspolizei und der Sich.Pol. darf nicht eintreten. Sie sind getrennt zu lagern und zu verwalten.

(2) Die Anweisung für die Ausgabe der Bestände der Sich.Pol. an die Dienststellen erteilt das zuständige Referat im RSHA.

(3) Ein Verfügungsrecht über die Bestände der Sich.Pol. steht weder der // noch der Ordnungspolizei zu, ebenso umgekehrt.

6. Der Lagerverwalter ist für die gemeinsame Verwaltung sowie die ordnungsmäßige Weiterleitung oder Ausgabe an die Einheiten verantwortlich.

7. Den Transport der Nachschubgüter zu den Versorgungsstützpunkten veranlaßt das RSHA. Die Durchführung der Nachschubtransporte von den Versorgungsstützpunkten zu den einzelnen Dienststellen haben diese selbst zu veranlassen.

8. Die Bearbeitung des gemeinsamen Versorgungs- und Nachschubwesens erfolgt durch das Ref. II C 3 im RSHA.

9. Solange die Versorgungsstützpunkte noch nicht eingerichtet sind, erfolgt der Nachschub für die Dienststellen der Sich.Pol. unmittelbar durch die zuständigen Referate des RSHA.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 296.

Einführung von Strafbüchern, Strafprüfheften und Strafnachweisheften bei den Dienststellen der Sicherheitspolizei u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 25. 9. 1942

— I D 2 Nr. 9/42 —

A. Gemäß Disziplinar- u. Beschwerdeordnung der // (DBO.) Abs. G sind bisher bei den mit einer Disziplinargewalt ausgestatteten Dienstvorsetzten der // Straf- und Strafprüfungsbücher geführt worden. Mit einer //mäßigen Disziplinargewalt ausgestattete //

Dienstvorgesetzte im SD waren und sind nach dem Befehl des ChdSPudSD. vom 22. 3. 1935 auch heute:

1. der Chef der Sich.Pol. u. des SD (damals Chef des Sicherheitshauptamtes)
2. die Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD (damals Führer der SD-Oberabschnitte)
3. die Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD (nach Schaffung dieser Dienststellen hins. der H -mäßigen Disz.-Gewalt den Insp. der Sich.Pol. u. des SD gleichgestellt).

B. Bedingt durch die Errichtung der H - u. Polizeigerichtsbarkeit und durch die Erweiterung des der H -Disz.-Gerichtsbarkeit unterworfenen Personenkreises macht sich zum Zwecke der ordnungsgemäßen Führung sämtlicher ausgesprochenen Strafen die Einführung von Strafbüchern, Strafprüfheften und Strafnachweisheften auch bei den selbständigen Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD notwendig. — Der zu A. genannte Befehl des ChdSPudSD. vom 22. 3. 1935 erfährt hierdurch keine Änderung. H -mäßige Disziplinarvorgesetzte sind nach wie vor lediglich die unter A. aufgeführten Dienstvorgesetzten.

C. Durch Erl. des Hauptamtes H -Gericht vom 28. 10. 1941 — III b 334/1 — sind die entsprechenden Bücher für die der H - u. Pol.-Gerichtsbarkeit unterworfenen Dienststellen eingeführt worden.

D. Unter Bezugnahme auf diesen Erlaß ordne ich an, daß bei folgenden Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD Strafbücher und Strafprüfhefte zu führen sind:

1. Reichssicherheitshauptamt:
 - a) Bei den Geschäftsstellen der Ämter des RSHA. für die Angehörigen ihres Amtes einschl. der ehrenamtl. SD-Angehörigen,
 - b) bei der Wachkompanie des RSHA. für die Angehörigen der Wachkompanie.

2. Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD:

Für die Angehörigen des Stabes des Befehlshabers einschl. der zum Stab des Befehlshabers gehörenden ehrenamtl. SD-Angehörigen.

3. Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD:

Für die Angehörigen des Stabes einschl. der zum Stab des Insp. gehörenden ehrenamtl. SD-Angehörigen.

4. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD:

Für die Angehörigen des Stabes des Kommandeurs und aller ihm unterstellten Dienststellen.

5. Beauftragter des ChdSPudSD. in Brüssel:

Für die Angehörigen seines Stabes und aller ihm unterstellten Dienststellen.

6. SD-Leit-)abschnitte:

Für die Angehörigen des SD-(Leit-)Abschnittes einschl. der zum SD-(Leit-)Abschnitt gehörenden ehrenamtlichen SD-Angehörigen und aller dem SD-(Leit-)Abschnitt unterstellten Dienststellen (Haupt-, Außenstellen, Außenstellen usw.).

7. Staatspolizei(lei)tstellen:

Für die Angehörigen der Staatspolizei(lei)tstelle u. sämtl. der Staatspolizei(lei)tstelle unterstellten Dienststellen (Außenstellen, Grenzpol.-Posten usw.).

8. Kriminalpolizei(lei)tstellen:

Für die Angehörigen der Kriminalpolizei(lei)tstelle u. aller der Kriminalpolizei(lei)tstelle unterstellten Dienststellen.

Ausgesprochene Strafen gegen bei den einzelnen Staatl. Krim.Abteilungen usw. beschäftigte Krim.-Beamte sind in den Strafbüchern derjenigen Kriminalpolizei(lei)tstelle zu führen, in deren Bereich die Dienststelle der Bestraften liegt.

9. E W Z u. U W Z:

Für die diesen Dienststellen unterstellten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD.

10. Für die zur Sich.Pol. u. zum SD kommandierten Angehörigen der Waffen- H werden Strafbücher beim Kommandoamt der Waffen- H bzw. beim H -Wachbataillon Berlin-Lankwitz geführt.

Gegen Angehörige der Waffen- H ausgesprochene Strafen werden nach Meldung durch den Untersuchungsführer bei den Befehlshabern und Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD automatisch vom Ref. I D 2 des RSHA. den betr. Dienststellen der Waffen- H zum Eintrag ins Strafbuch bekanntgegeben. Ein unmittelbarer Verkehr der Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD mit diesen Dienststellen hat zu unterbleiben.

Für die Dauer der Zugehörigkeit eines bestraften Angehörigen der Waffen- H zu einer Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD sind darüber hinaus die gegen diesen ausgesprochenen Strafen im Strafbuch der Beschäftigungsdienststelle der Sich.Pol. u. des SD zu führen.

Bei Versetzungen innerhalb der Sich.Pol. oder des SD ist der neuen Dienststelle ein Auszug aus dem Strafbuch zum Eintrag in das dortige Strafbuch zu übersenden.

Bei Ausscheiden aus der Sich.Pol. oder dem SD ist die Strafe im Strafbuch zu streichen und die Eintragung mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen.

E. Strafnachweishefte sind anzulegen

1. bei den Schulen,
2. bei den Führern der Einsatzgruppen,
3. bei den Führern der Einsatzkommandos.

Die Strafnachweishefte dienen zur Erfassung der gegen im Einsatz befindliche Angehörige der Sich.Pol. u. des SD ausgesprochenen Strafen.

F. Die zu D. genannten Dienststellen bestellen unverzüglich bei dem H -Vordruckverlag W. F. Mayr, Miesbach-Obb., je ein Strafbuch für H -Führer (Vordrucks-Bez. G.B. 71/2) und für H -Unterf. u. -Mannschaften (Vordr.Bez. G.B. 71/1) sowie für jedes der genannten Bücher ein Strafprüfheft und legen diese Bücher bis spätestens zum 10. 11. 1942 an.

In die Strafbücher für H -Führer werden auch die gegen Beamte ausgesprochenen Strafen, deren Beamtendienstgrad den H -Führerdienstgraden gleichsteht, eingetragen, während in das Strafbuch für H -Unterf. u. Mannschaften die gegen Beamte ausgesprochenen Strafen eingetragen werden, deren Dienstgrade den H -Unterf.- u. Mannschaftsdienstgraden entsprechen.

G. Die zu E. genannten Dienststellen bestellen ebenfalls unverzüglich bei dem H -Vordruckverlag Mayr, Miesbach-Obb., ein Strafnachweisheft (Vordrucks-Bez. G.B. 71/3) und legen diese bis spätestens zum 1. 12. 1942 an.

H. Für die ordnungsmäßige Führung der geheim und unter Verschuß zu haltenden Strafbücher sind mir die einzelnen Dienststellenleiter persönlich verantwortlich.

I. Bezüglich der Art der Führung der Strafbücher und Strafnachweishefte nehme ich auf den Erl. des

HA-~~4~~-Gericht vom 28. 10. 1941 — III b 334/1 — Bezug. Ergänzend hierzu wird angeordnet, daß auch die im behördenmäßigen Dienststrafverfahren ausgesprochenen Strafen in die Strafbücher einzutragen sind. Hinsichtlich der Führung der Strafnachweishefte ist im übrigen noch zu beachten, daß die darin geführten Strafen auch den Heimatdienststellen des Bestraften zum Eintrag in das dortige Strafbuch gemeldet werden. Strafen, die gegen Kommandierte ausgesprochen werden, sind den Heimatdienststellen zum Eintrag ins Strafbuch zu melden.

K. Alle, insbesondere die durch die ~~4~~- und Polizeigerichte und auch die im behördenmäßigen Dienststrafverfahren bisher ausgesprochenen Strafen sind in die neuen Strafbücher nachzutragen. Soweit von durch die ~~4~~- u. Polizeigerichte ausgesprochenen Strafen die „Strafnachrichten“ nicht vorliegen, sind diese unmittelbar von den ~~4~~- u. Polizeigerichten für die nachträglichen Eintragungen anzufordern. Bei zukünftig durch die ~~4~~- u. Polizeigerichte ausgesprochenen Strafen sind für die Anforderung der „Strafnachrichten“ und Weiterleitung an die strafbuchführenden Dienststellen das Ref. I D 2 des RSHA. bzw. die Untersuchungsführer bei den Befehlshabern u. Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD verantwortlich.

L. Die den strafbuchführenden übergeordneten Dienststellen haben in Zeitabständen von sechs Monaten die ordnungsgemäße Führung der Strafbücher unter entsprechender Eintragung des Prüfungsergebnisses in die Strafprüfhefte zu überwachen.

Es werden

1. durch den Amtschef I (Ref. I D 2) des RSHA. die bei den Gst. des RSHA., bei den Befehlshabern u. Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD, bei der EWZ. und UWZ. und bei der Wachkompanie des RSHA.,
2. durch die Befehlshaber u. Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD (Unters.-Führer) die bei den SD-(Leit-)Abschnitten, Staatspolizei(leit)stellen und Kriminalpolizei(leit)stellen ihres Befehlsbereiches

geführten Strafbücher geprüft.

M. Die bisher bei den Befehlshabern u. Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD für ~~4~~-Disziplinarstrafen geführten Straf- u. Strafprüfungsbücher sind, soweit noch nicht geschehen, bis zum 20. 10. 1942 abzuschließen.

Die in diesen Büchern geführten Strafen, auch die bereits gelöschten, sind sämtlich in die neuen Strafbücher zu übernehmen. Die abgeschlossenen Strafbücher sind an das Ref. I D 2 des RSHA. bis zum 20. 10. 1942 zur Aufbewahrung zu übersenden.

Der Erl. des RSHA. v. 16. 2. 1942 — I D 2, Allg. 321 — sowie der FS-Erl. des RSHA. v. 1. 7. 1942 — I D 2, Allg. 638 — (beide gerichtet an die UF. b. d. Befh. u. Insp. dSPudSD.) werden hiermit aufgehoben bzw. als erledigt betrachtet.

N. Straflöschungen u. Tilgungen von Strafen:

1. ~~4~~-Disziplinarstrafen werden nach den in der DBO. Abs. G Ziff. 6 (Ergänzung hierzu: Deckbl. Nr. 1 d. DBO.) angegebenen Fristen gelöscht.

Die Löschung einer Strafe ist bei guter Führung des Bestraften von der strafbuchführenden Dienststelle auf dem Dienstwege bei dem Disziplinarvorgesetzten, der sie verhängt hat, rechtzeitig und schriftlich zu beantragen.

Wird der Bestrafte während der Löschungszeit zu einer anderen Dienststelle kommandiert, oder ist

der Betreffende durch den Disziplinarvorgesetzten der Kommando-Dienststelle bestraft worden und untersteht zum Löschungszeitpunkt noch diesem, so hat die strafbuchführende Heimatdienststelle rechtzeitig bei der Kommando-Dienststelle einen Bericht über die zwischenzeitliche Führung des Bestraften anzufordern und beantragt bei dem für die Heimatdienststelle zuständigen Disziplinarvorgesetzten rechtzeitig die Löschung der Strafe.

Die Gst. der Ämter des RSHA. beantragen Straflöschungen in jedem Falle beim Amtschef I (Ref. I D 2) des RSHA.

2. Behördenmäßige Dienststrafen werden nicht gelöscht oder getilgt.

3. Gerichtliche Strafen (durch die ~~4~~- u. Pol.Gerichte ausgesprochene Arrest-, Gefängnisstrafen usw.) werden nach den von den ~~4~~- und Polizeigerichten in den übersandten „Strafnachrichten“ angegebenen Fristen getilgt.

Im übrigen wird hierzu auf den Erl. des HA-~~4~~-Gericht vom 28. 10. 1941 — III b 334/1 —, Abs. A Ziff. 15, Bezug genommen mit der Maßgabe, daß sämtliche Anfragen und der gesamte Schriftwechsel hinsichtlich der Straftilgung an den zuständigen UF. beim Befh. oder Insp. der Sich.Pol. u. des SD zu richten sind.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 296.

Anforderung von Fleckfieberimpfstoff.

RdErl. des RSHA. vom 7. 10. 1942

— I San. Nr. 117/42 —

In letzter Zeit wurde von den Einsatzgruppen Fleckfieberimpfstoff in größerem Umfange angefordert. Es sind jedoch nur kleine Mengen erhältlich, so daß die Impfung nur bei denjenigen durchzuführen ist, die durch ihre Umgebung unmittelbar gefährdet sind.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 298.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 8. 10. 1942

IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Hilgenreiner, Karl: „Lebenserinnerungen“, Selbstverlag Prag 1939/41, Druck: Deutsche Druckerei, Prag/Weinberge;

Khull, Prof. Dr., Ferdinand: „Deutschen Kindern deutsche Namen“, aus dem ehem. Verlag des Deutschen Sprachvereins;

Fetz, A.: „Weltvernichtung durch Bibelforscher und Juden“, Deutscher Volksverlag Dr. Boepple, München (1925);

Klinkhardt: „Türkün Jordu“ — Der Türken Heimatland, Verlag L. Friedrichsen u. Co., Hamburg 1925;

Fechner, E.: „Andrea und der Erzengel“;

Panin, Alice: „F. M. Dostojewski als Darsteller von Menschenleiden“, Günther-Verlag, Freiburg.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 298.

SD-Angelegenheiten

Wohnsitzwechsel von ehrenamtlichen SD-Angehörigen.

RdErl. des RSHA. vom 9. 10. 1942

— II A 1 Nr. 389/42-172 —

Der Erl. des RSHA. vom 26. 6. 1942 — II A 1 Nr. 389/42 — (Befehlsbl. S. 169) wird dahingehend geändert, daß die Meldungen über den Wohnsitzwechsel von ehrenamtlichen SD-Angehörigen ab sofort an das RSHA., Ref. I A 5 (nicht mehr II A 1) zu richten sind.

An die SD-Dienststellen. — Befehlsblatt S. 299.

I.

Berichtigung.

Im RdErl. vom 24. 9. 1942 — I A 2 Nr. 260/42 — (Befehlsbl. S. 283) muß es in der Überschrift u. in der Einleitung, 2. Zeile, in der Klammer heißen: „RGBl. I Nr. 82“ (statt RGBl. I S. 82).

— Befehlsblatt 1942 S. 299.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg. u. Krim.Rat: **Sturm**bannführer Reg. u. Krim.Rat Dr. Heinrich Rennau;
zu Amtsräten: Reg.Amtm. Terborg, die Pol.Räte **Sturm**bannführer Kant, **Sturm**bannführer Gindel u. Senftleben;
zum Reg.Amtm.: **Sturm**bannführer Reg.Ob.Insp. Schroth;
zu Pol.Inspektoren: Pol.Ob.Sekr. Giesen u. Pol.Sekr. Breitenfeld.

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Pol.Rat: Pol.Ob.Insp. Schriever (Krakau).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Komm.: Hilfs-Krim.Komm. Dr. Wandel (München).

Versetzt: **Sturm**bannführer Reg.Rat Dr. Günter Kuhl (Hamburg) n. Braunschweig als Leiter;
die Krim.Räte Wendzio (Brünn) n. Wien, Appel (Chemnitz) zum RSHA.-VI;
die Krim.Komm. Simmer (Koblenz) n. Bremen, Rose (Magdeburg) n. Kattowitz;
Pol.Insp. Heise (Stettin) zum RSHA.

Die Versetzung des Krim.Komm. Heiß (Linz) n. Magdeburg ist aufgehoben worden.

Berichtigung: Im Befehlsbl. Nr. 45/1942, S. 294, muß es unter „Versetzt“ heißen: **Sturm**bannführer Krim.Rat (nicht Krim.Komm.) Eigenbrodt (Führerschule) zum RSHA.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Rat Vaupel (Salzburg).

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Reg. u. Krim.Rat: **Sturm**bannführer Krim.Dir. Helmut Müller (RSHA.-V);

zum Krim.Dir.: Krim.Rat Zucknick (Stettin);

zum Krim.Rat: die Krim.Kommissare Robrade (Bremen), Krätzschmar (Kattowitz), **Sturm**bannführer Hucko (Wien), Berchem (KPLSt. Berlin), Dobritz (Stuttgart), Geywitz (Stuttgart);

zum Krim.Insp.: die Krim.Ob.Sekr. Nüble (Ulm), Hermann Vob (Schwerin).

Versetzt: die Reg. u. Krim.Räte Dr. Payer (Wien) n. Prag u. **Sturm**bannführer Martin Nauck (KPLSt. Bln.) n. Düsseldorf;
die Krim.Räte Dobiat (Karlsbad) n. Augsburg als Leiter u. Geywitz (Stuttgart) n. Mülhausen/E. als Leiter;

Sturmbannführer Krim.Komm. Lichtenegger (Wien) n. Prag unter Abordnung zur Reichsschule d. SPuSD. als Lehrer.

SD.

Versetzt: **Sturm**bannführer Paul Blobel zum RSHA.;

die **Sturm**bannführer Erich Jahnke zum SD-A. Zichenau als Führer dieses Abschn., Werner Böhm zum SD-LA. Stuttgart als Führer dieses LA., Dr. Otto Ernesty zum SD-LA. Berlin;
die **Sturm**bannführer Rolf Dupin zum Befh. Metz, Reinhard Müller zum SD-LA. Berlin, Ernst Kirschke zum Kdr. Lemberg;

die **Sturm**bannführer Johannes Meyer zum Insp. Stuttgart, Johannes Schönherr zum RSHA.-III, Friedrich Arndt zum Befh. Krakau;
Sturmbannführer Gerhard Klar zum Kdr. Krakau.

Kommandiert: **Sturm**bannführer Willi Scheffler zum Insp. Königsberg.

Beauftragt: **Sturm**bannführer Heinz Kröger mit der vertretungsw. Führung des SD-A. Weimar.

Ernannt: **Sturm**bannführer Karl Hönscheidt zum Ref. beim SD-LA. Prag;

die **Sturm**bannführer Fritz Friedrich zum Führer des SD-A. Nürnberg, Wolfgang Kohl zum Ref. beim SD-LA. Prag;

die **Sturm**bannführer Günther Burchards zum Hilfsref. im RSHA., Willi Schreck zum Hilfsref. im RSHA., Nikolaus Tolle zum Hilfsref. beim Kdr. Lemberg;

die **Sturm**bannführer Heinrich Jost zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Ulrich Schill zum Mitarb. beim SD-LA. Prag, Hans Dressler zum Hilfsref. im RSHA.-VI, Heinz Kunze zum Hilfsref. im RSHA.-IV (SD), Walter Ried zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag;

die **Sturm**bannführer Karl Kanzler zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Dr. Karl Rill zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Kurt Wilfer zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Sekr.: Krim.Ob.Assistent Erich Hertrampf (Stapoleitst. Breslau);

zum Krim.Ob.Assistenten: **Sturm**bannführer Krim.Assistent Kurt Migge (Stapost. Bromberg), Krim.Assistent Ludwig Grube (Stapost. Bremen) u. apl. Krim.Assistent Heinz Westermann (Stapost. Frankf./M.).

— Befehlsblatt 1942 S. 299.

Befehlsblatt

Ausg

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 47

Berlin, den 24. Oktober 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 30. 9. 42 Kriegshilfsdienst des Reichsarbeitsdienstes für die weibl. Jugend. S. 301. — RdErl. 6. 10. 42 Verwendung von Lkw. als Mannschaftslastkraftwagen. S. 301. — RdErl. 7. 10. 42 Verbot ausl. Druckschriften. S. 301. — RdErl. 10. 10. 42 Anerkennungen. S. 302. — RdErl. 14. 10. 42 Anerkennungen. S. 302. — RdErl. 14. 10. 42 Anforderung von Medikamenten u. Sanitätsmaterial. S. 302. — RdErl. 15. 10. 42 Benutzung der Eisenbahn durch die in den bes. Gebieten, im Gen.Gouv. u. im Prot. Böhmen u. Mähren eingesetzten Angeh. der Sich.Pol. u. des SD. S. 302. — RdErl. 16. 10. 42 Verwendung von SP.-Nummern an Kraft-

fahrzeugen der Sich.Pol. S. 308. — RdErl. Aufgabe von posteigenen Teilnehmereini. u. sonstigen angemieteten Fernsprecheinrichtungen. S. 309. — RdErl. 19. 10. 42 Kommandierung leitenden Zahnarztes zum RSHA. S. 309.

Reichskriminalpolizei. RdErl. 17. 10. 42 Bearbeitung von Abtreibungs- u. Sittlichkeitsdelikten unter Polen. S. 309.

SD-Angelegenheiten. RdErl. 14. 10. 42 Zuwendungen in Todesfällen. S. 309.

Personalmitteilungen. S. 310.

Sicherheitspolizei und SD

Kriegshilfsdienst des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend.

RdErl. des RFuChdDtPol. im RMDI. vom 30. 9. 1942 — S I V C 1 Nr. 3026/42-291-13 —

(1) Nach der Anweisung des Reichsarbeitsführers zur Durchführung des weiteren Kriegseinsatzes des Reichsarbeitsdienstes der weiblichen Jugend vom 8. 8. 1942 kann die Heranziehung von Kriegshilfsdienstmäiden im Innenbetrieb bei Behörden in Zukunft nur in Ausnahmefällen im Elsaß, in Lothringen, Luxemburg, den Grenzgebieten und in den neuen Reichsgauen erfolgen.

(2) Meine Erlasse vom 1. 11. 1941 (Befehlsbl. S. 249) und vom 29. 3. 1942 (Befehlsbl. S. 98) gelten daher nur noch für die Dienststellen der Sich.Pol. in den obengenannten Gebieten.

An die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 301.

Verwendung von Lkw. als Mannschaftslastkraftwagen.

RdErl. des RSHA. vom 6. 10. 1942 — II D 3 a (7) Nr. 1964/42 —

(1) Um in der zentralen Kraftfahrzeugkartei alle Lkw., die auch für Mannschaftstransporte verwendbar sind, erfassen zu können, wird ersucht, im nächsten Kraftfahr-Vierteljahresbericht alle Lkw. von 2 t Nutzlast an aufwärts zu melden, die bereits mit einer Sitzeinrichtung — aufschraubbare Bänke oder einlegbare Sitzbretter — versehen sind.

(2) Es kommen nur offene Lkw. in Frage.

(3) Die im Einsatz befindlichen und vorr. A. ordnung mit Sitzeinrichtungen versehenen mit aufzuführen.

(4) Weiterhin sind alle bei den Dienst befindlichen und noch nicht mit solchen Ein. versehenen Lkw. Zug um Zug herrichten zu lassen und nach Fertigstellung im nächstfälligen Kraftfahrzeug-Vierteljahresbericht nachzumelden.

(5) Aus Gründen der Materialersparnis ist von der Anfertigung von aufschraubbaren Bänken Abstand zu nehmen. Es sind nur Vorrichtungen zum Einlegen von Sitzbrettern anfertigen zu lassen.

An die Sicherheitspolizei (ohne SD).

— Befehlsblatt S. 301.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. im RMDI. vom 7. 10. 1942 — S I V C 3 Nr. 8352/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„I saw it happen in Norway“ von C. J. Hambro, Verlag: D. Appleton-Century Company, New York-London, 1941,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 301.

Anerkennungen.

Erl. des ChdSPudSD. vom 10. 10. 1942
— I A 1 b Nr. 252/42 —

Reichsführer-// hat auf meinen Vorschlag dem Kriminalobersekretär Pius Edelmeier, Kriminaloberassistenten Johann Köberl und dem Kriminalangestellten Rudolf Krenn, alle von der Staatspolizeistelle Graz, für hervorragende kriminalistische Leistungen durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 302.

Anerkennungen.

Erl. des ChdSPudSD. vom 14. 10. 1942
— I A 1 b Nr. 363/42 —

Reichsführer-// hat auf meinen Vorschlag der des Befehlshabers der Sicherheitspolizei in Den Haag für besondere Leistungen im April/Juni 1942 seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 302.

Anforderung von Medikamenten und Sanitätsmaterial.

RdErl. des RSHA. vom 14. 10. 1942
— I San. Nr. 111/42 —

(1) Für Anforderungen von Medikamenten und Sanitätsmaterial sind künftighin Einnahme-Ausgabebuchungen zu verwenden, die in dreifacher Ausfertigung dem leitenden Arzt beim RSHA. zuzuführen sind.

(2) Die Vordrucke sind beim //Sanitätsamt, Berlin W 15, Briesenbeckstr. 43/44, unmittelbar anzufordern.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 302.

der Eisenbahn durch die in den besetzten im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen und Mähren eingesetzten Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 15. 10. 1942
— S I A 1 d Nr. 8151/42 b —*)

(1) Auf meinen Antrag gelten gemäß Verfg. des OKW. vom 31. 8. 1942 — 43 a/t WFST/Org III/1750/12 — die im Operationsgebiet und in den besetzten Gebieten sowie im Protektorat Böhmen und Mähren und im Generalgouvernement eingesetzten Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD hinsichtlich der Eisenbahnbenutzung als im Rahmen der Wehrmacht angeordnet. Auf sie finden die Wehrmacht-Eisenbahnbefugnisse (W.E.O.) und der Wehrmachtstarif Anwendung. Das Reichsverkehrsministerium ist seitens des OKW. von dieser Regelung unterrichtet und gebeten worden, die Eisenbahndienststellen entsprechend anzuweisen.

(2) Die Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD sind hinsichtlich der Eisenbahnbenutzung nach und aus den vorgenannten Gebieten den nachstehenden für die Wehrmacht geltenden Bestimmungen unterworfen:

a) Unterstellung der Urlauber in Urlauberzügen unter die Transportführer;

*) Sonderabdrucke dieses RdErl. können vom RSHA. (I A 1 d) bezogen werden.

b) Unterwerfung unter das Transportrecht der Wehrmacht, Heeresstreifen und sonstigen von der Wehrmacht eingesetzten Kontrollorganen (z. B. Transportdienststellen);

c) Anweisung der Urlauber auf bestimmte Urlauberzüge durch Armeen usw. für Hin- und Rückreisen im befohlenen Turnus;

d) im übrigen sind alle für die Wehrmacht und Transportdienststellen gegebenen Dienstvorschriften und Befehle in gleicher Weise für Einzelreisende und Einheiten der Sich. Pol. u. des SD bindend.

(3) Die Kassenanschlagstellen der Sich. Pol. (Kap. V 14a) sowie die SD-(Leit)Abschnitte beschaffen umgehend die erforderlichen kleinen Wehrmachtsfahrtscheine nach dem Durchschnitt der nach den bezeichneten Gebieten bewegten Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD im Rechnungsjahr 1941 (für die Krim. Polizei [bzw. Ordnungspolizei] ist gemäß Verfg. OKW. vom 12. 12. 1941 — Aktenzeichen o/t WFST/Abt. L (II Org) Nr. 4120/41) — die gleiche Regelung getroffen worden. Die Vordrucke sind erhältlich bei der Firma Gabler u. Köhler, Leipzig N 22, Gohliser Str. 2. Die verausgabten Mittel sind von den Dienststellen der Sich. Pol. bei Kap. 14 a Tit. 11 zu verbuchen und von den SD-(Leit)Abschnitten unter A. 2 a. Bei den Einsatzdienststellen verbleibt es hinsichtlich der Beschaffung bei der bisherigen Regelung.

(4) Die aus der Anwendung der W. E. O. und des Wehrmachtstarifs sich ergebenden Kosten werden monatlich festgestellt und vom RSHA. mit der Wehrmacht verrechnet. Die unter Abs. (3) bezeichneten Dienststellen haben über die verausgabten Fahrtscheine sorgfältig Kontrollen zu führen und diese auf Anforderung dem RSHA. einzureichen.

(5) Für die Ausstellung der Wehrmachtsfahrtscheine sind ausschließlich zeichnungsberechtigte Angehörige der Sich. Pol. u. des SD zuständig.

(6) Sofern von hier Sammeltransporte zusammengestellt werden, ergehen besondere Anweisungen.

(7) Einzelheiten sind in den Bahnhofskommandanturen bzw. beim Bahnhofsoffizier zu regeln.

(8) Die wesentlichen Bestimmungen sind aus der Anlage ersichtlich. Für weibliche Angehörige der Sich. Pol. u. des SD gilt grundsätzlich die Fahrklasse der jeweiligen Reisekostenstufe. Auf die Ausnahmebestimmung hinsichtlich der Ausstellung der weißen Wehrmachtsfahrtscheine wird besonders hingewiesen. Hinsichtlich Ausstellung des Marschbefehls wird auf den RdErl. vom 23. 9. 1942 (Befehlsbl. S. 282) verwiesen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 302.

Anlage:

Der Wehrmachtreiseverkehr.

I. Das Wehrmachtverkehrsnetz.

1. Für den Wehrmachtreiseverkehr im Reichsgebiet, in befreundeten Ländern und in den besetzten Gebieten ist ein besonderes Wehrmachtverkehrsnetz geschaffen worden. Es wird durch „Schnellzüge für Fronturlauber“ (SF-Züge) und „öffentliche Züge mit Wehrmachtzugteil“ (DmW-, EmW- und PmW-Züge) bedient (siehe Verzeichnis der SF-Züge). Die SF-Züge dieses Netzes sind nach Fahrplan und Geschwindigkeit den Schnellzügen des öffentlichen Verkehrs gleichgestellt und zum großen Teil mit Verpflegungswagen (Eisenbahnküchenwagen) ausgerüstet.

2. Folgende Unterscheidung ist zu beachten:

- a) SF-Züge werden im Interesse der Wehrmacht gefahren; Fahrplangestaltung, Zugbildung und Verkehrszeiten richten sich in erster Linie nach den Bedürfnissen der Wehrmacht, soweit dies im Rahmen des Gesamtfahrplans möglich ist. In einer Anzahl von SF-Zügen sind von bestimmten Knotenbahnhöfen an oder auf ihrem ganzen Lauf einige Wagen für den öffentlichen Verkehr freigegeben. Diese mit einem Reisezugteil ausgerüsteten Züge werden auf den Strecken, auf denen diese den Reisezugteil mitführen, als SFR-Züge bezeichnet (SF-Züge mit Reisezugteil; im SF-Verzeichnis kenntlich durch einen Doppelstrich links von der Zugspalte).
- b) DmW-, EmW- und PmW-Züge sind öffentliche Züge mit einem für Wehrmachtreisende freigegebenen Zugteil; die Befugnisse des Transportführers erstrecken sich nur auf den Wehrmachtzugteil. Fahrplangestaltung und Zugbildung richten sich in erster Linie nach den Bedürfnissen des öffentlichen Verkehrs; die Züge können nicht für den öffentlichen Verkehr gesperrt werden. Für die Wehrmachtzugteile dieser Züge gelten die gleichen Fahrausweise und sonstigen Bestimmungen wie für SF-Züge.

3. Das Wehrmachtverkehrsnetz hat den Zweck, den Wehrmachtreiseverkehr in schnell fahrenden Zügen von dem öffentlichen Verkehr entsprechend den Bedürfnissen der Wehrmacht klar zu scheiden.

Alle beteiligten Transportdienststellen haben die Aufgabe, den Wehrmachtreiseverkehr in Verfolgung dieses Zieles dauernd zu überwachen.

Falls Transportdienststellen bei SFR-Zügen aufgrund fortlaufender Beobachtungen der Besetzungen einen Eindruck gewinnen, daß für den öffentlichen Verkehr freigegebene Wagen für die Wehrmacht benötigt werden, so beantragen sie bei den zuständigen Reichsbahndienststellen die Sperrung dieser Wagen für den öffentlichen Verkehr ganz oder für die erforderliche Strecke. Desgleichen sind andere notwendig erscheinende Änderungen (Einlegung weiterer Züge, Verbesserungen von Anschlüssen, Einlegung von Halten usw.) von den Transportdienststellen nach sorgfältiger Prüfung unter Meldung an den Chef des Transportwesens, Heimattransportabteilung, bei den zuständigen Eisenbahndienststellen zu beantragen. Das Ergebnis ist an den Chef des Transportwesens, Heimattransportabteilung, zu melden. Ein neu beantragter Zug kann im allgemeinen, soweit nicht Pläne bereits vorhanden sind, frühestens drei Wochen nach dem Antrag erstmalig verkehren. Bei Beantragung zusätzlicher Halte ist daran zu denken, daß jeder neue Halt den Charakter des betreffenden Zuges als „Schnellzug“ schädigt.

II. Die Benutzung des Wehrmachtverkehrsnetzes.

1. Pflichtbenutzung.

Es haben die SF-Züge oder öffentliche Züge mit Wehrmachtzugteil (DmW-, EmW-, PmW-Züge) zu benutzen (Ausnahmen siehe III, 1 und 2):

- a) sämtliche Beurlaubten oder aus dienstlichen Gründen reisenden Wehrmachtangehörigen (eingesetzte Wehrmacht und Ersatzwehrmacht);
- b) die der Wehrmacht unterstellten Teile der Waffen-#;
- c) die der Wehrmacht unterstellten Teile des Arbeitsdienstes;
- d) Angehörigen der im Rahmen der Wehrmacht eingesetzten Teile der

Ordnungspolizei (Polizei-Regimenter, Verbände der Ordnungspolizei-Divisionen);

- e) die der Wehrmacht unterstellten NSKK.

Den deutschen Wehrmachtsangehörigen gleichzuachten die Angehörigen der in der deutschen Wehrmacht eingesetzten Verbände und Legionen sowie Angehörigen der Wehrmacht befreundeter, bündeter Länder. Es ist Pflicht aller Transportdienststellen und aller Überwachungsstellen im Wehrmachtreiseverkehr, die Angehörigen der Wehrmacht befreundeter oder verbündeter Länder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, im Reiseverkehr innerhalb des Reichsgebiets oder auf den von deutschen Behörden überwachten Bahnen zu unterstützen und zu betreuen.

Die Benutzungspflicht für SF-Züge gilt für Offiziere und Beamte. Offizieren und Beamten steht die Benutzung freigestellt. Mannschaftenstransporte, gleich, ob mit oder ohne Fahrkarte, sind von Transportdienststellen auf SF-Züge zu verweisen, wenn erfahrungsgemäß erforderliche Platz vorhanden ist oder die Sicherheit des Transportes es erfordert.

Fahrausweise (für SF-, DmW-, EmW- und PmW-Züge):

Hat der Reisende freie Reise, so ist die Benutzung von SF-, DmW-, EmW- und PmW-Zügen ausschließlich ein kleiner blauer Wehrmachtsfahrkarte (weiß mit blauem Schrägstrich) auszuweisen. Hat der Reisende keine freie Reise, so ist eine Schnell- oder Eilzugzuschlagkarte auszuweisen. Die Zuschlagpflichtige Züge des öffentlichen Verkehrs zu vollen Preisen — zu lösen.

2. Mitbenutzungsmöglichkeiten.

Die SF-Züge können stets von den Wehrmachtangehörigen dienstlich reisenden Eisenbahnbediensteten und von den außerhalb der Reichsgrenzen dienenden Eisenbahnbediensteten auf Urlaubs- oder Eilzugfahrten — in Uniform oder Zivil; bei einzelnen Zügen jedoch hierfür eine Sonderregelung.

Darüber hinaus können die SF-Züge, soweit vorhanden ist, in besonderen Abteilen oder auf Wehrmachtangehörigen benutzt werden.

- a) von Angehörigen des Wehrmachtverkehrs, gleich, ob sie auf kleinen Wehrmachtsfahrkarten oder auf Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs reisen.

Um Zweifel auszuschließen, wird festgestellt, daß Nachrichtenhefnerinnen, Treuehelferinnen und der Luftschutzdienst zum Wehrmachtgefolge gehören. Mitbenutzung ausgeschlossen sind Zivilisten als Gefolgschaftsmitglieder von Unternehmen oder Firmen, die für oder im Auftrag der Wehrmacht im Reichsgebiet, befreundeten oder in besetzten Gebieten tätig sind. dürfen kleine Wehrmachtsfahrkarten nicht gehändigt werden;

- b) von den außerhalb der Reichsgrenzen dienenden Teilen der Organisation Todt, ob sie auf Wehrmachtsfahrkarten oder auf Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs reisen, soweit es sich um reichsdeutsche Arbeiter und Angestellte handelt. Reichsdeutsche Arbeiter oder Angestellte

... sind von der Benutzung aus-
geschlossen;

Rednern der Reichspropaganda-
tation, die für Wehrmachtveranstaltungen
gesetzt werden, unter Lösung von
hrkarten des öffentlichen Ver-
hrs:

Beamten des Zollgrenzschutzes, soweit sie außerhalb der Reichsgrenzen eingesetzt sind;

Angehörigen der Technischen Not-
fe, soweit sie außerhalb der Reichsgrenzen
gesetzt sind.

bahnbedienstete und Angehörige der unter II, genannten Organisationen sind, sofern sie tige bzw. die Wehrmachtzugteile in SFR-nutzen, den Bestimmungen über den Wehr-erverkehr unterworfen und haben den An-er der Transportdienststellen und der für die-ung des Wehrmachtreiseverkehrs eingesetz-te der Wehrmacht Folge zu leisten.

Eisenbahnbediensteten und die Angehörigen
a bis e genannten Organisationen haben in
ihren Abteilen oder Wagen für
Reihenfolge Platz zu nehmen, soweit solche in
ihren Klassen vorgesehen sind; in DmW-,
d PmW-Zügen sowie in den auf dem ganzen
den öffentlichen Verkehr freigegebenen
im öffentlichen Zugteil.

Fahrausweise:

gehörigen der unter II, 2a bis e ge-
tionen nur, soweit Platz vorhanden
ge mitbenutzen können, sind ihnen, so-
kleine Wehrmachtfahrscheine reisen dür-
e kleine Wehrmachtfahrscheine auszu-

g von Wehrmachtreisen-
reisenden.

machtsangehörige mit ihren nächsten Angehörigen (Ehefrau, Kinder, Eltern, Pflegeeltern, Geschwister) in SF-Zügen mit einem (SFR-Zügen) oder in öffentlichen Zügen mit einem Zugteil (DmW-, EmW- und PmW-Zügen) haben sie mit ihren Angehörigen den Zugteil zu benutzen (siehe auch III, 1 g).

sind Wehrmachtangehörige, die sich in dem Zugteil befinden, durch die überwachenden Organe in den Wehrmachtzugteil zu bringen, während Reisende des öffentlichen Verkehrs aus Abwehrgründen durch das Zugpersonal der Wehrmacht fernzuhalten sind. Tragen bürgerlicher Kleidung oder Uniform ist ohne Belang.

sondere Bestimmungen hinsichtlich Benutzung der in Rußland ver-
den „Rußland-SF-Züge“.

in den besetzten Gebieten der UdSSR. ver-
 „Rußland-SF-Züge“ sind bis auf weiteres,
 nichts anderes ausdrücklich befohlen ist, nur
 Wehrmachtanhörigen oder zur Mitbenutzung
 ten oder berechtigten Personen (siehe II,
 und II, 2 a bis e) zugänglich, die sich im Be-
 von den Generalen des Transportwesens
 nden Platzkarte befinden. (Die Rußland-
 sowie sämtliche anderen Arten von Zügen
 etzten Gebieten der UdSSR, führen zur Zeit
 1 der Holzklasse.)

III. Benutzung von Zügen des öffentlichen Verkehrs.

1. Ausnahmsweise Benutzung von D- und E-Zügen.

Die Benutzung von D- und E-Zügen des öffentlichen Verkehrs ist ausschließlich in folgenden Ausnahmefällen zulässig:

- a) wenn auf der Reisestrecke überhaupt kein SF-Zug oder öffentlicher Zug mit Wehrmachtzugteil (DmW-, EmW-Zug) verkehrt und die zurückzulegende Strecke mehr als 200 km beträgt;
- b) bei schwerer Erkrankung oder bei Todesfällen nächster Familienangehöriger (Ehefrau, Kinder, Eltern, Pflegeeltern), wenn der Urlaubsort mit SF-Zug, DmW- und EmW-Zug nicht ebenso schnell zu erreichen ist;
- c) für die Anschlußstrecke vom Endbahnhof des letzten benutzbaren SF-, DmW- und EmW-Zuges, wenn sie mehr als 200 km Anschlußstrecke beträgt;
- d) wenn bei Urlaubsreisen der Übergang von einem SF-, DmW- und EmW-Zug aus einen anderen Zug dieser Gattungen bei Tage nicht innerhalb von 10, bei Nacht — zwischen 18 Uhr und 6 Uhr — nicht innerhalb von 6 Stunden möglich ist;
- e) bei unverschuldeter Anschlußversäumnis;
- f) bei dringenden Dienstreisen oder bei Kurie reisen;
- g) wenn Wehrmachtangehörige mit ihren nächsten Familienangehörigen (Ehefrau, Kinder, Eltern, Pflegeeltern, Großeltern, Geschwistern) auf Strecken reisen, auf denen keine SF-Züge mit Wagen für den öffentlichen Verkehr (SFR-Züge) oder keine DmW- oder EmW-Züge verkehren (siehe Ziffer II, 3). Voraussetzung ist, daß die zurückzulegende Strecke mehr als 200 km beträgt.

In den Fällen b und g ist eine entsprechende mit dem Dienststempel versehene Bescheinigung der Dienststelle usw. auf dem Urlaubsschein, im Falle a auf dem Sonderausweis (Marschbefehl) erforderlich.

Der Kurierausweis berechtigt in Verbindung mit den zugehörigen Fahrausweisen (kleiner weißer Wehrmachtsfahrchein) ohne weiteres zur Benutzung sämtlicher Zugattungen. (Über Kurieri und Kurierabteile siehe VIII. 1 bzw. VIII. 5.)

Fahrausweise (bei ausnahmsweiser Benutzung von D- und E-Zügen):

Nur in den Fällen a, b, f, und g darf bei freier Reise ein kleiner weißer Wehrmachtsfahrchein ausgestellt werden. Im Falle c ist bei freier Reise ein kleiner weißer Wehrmachtsfahrchein nur zusätzlich für die Anschlußstrecke auszustellen. In den Fällen d und e stellt die zuständige Transportdienststelle (Transportkommandantur, Bahnhofskommandantur, Bahnhofsoffizier), wo diese nicht vorhanden der Offizier vom Bahnhofsdienst bzw. der Führer (Offizier) der Bahnhofswache, eine entsprechende Bescheinigung auf dem kleinen blauen Wehrmachtsfahrchein aus.

Hat der Reisende keine freie Reise, so hat er eine Wehrmachtsfahrkarte (Offiziere usw. zwei) mit tarifmäßigem Zuschlag zu lösen. Hierbei bedarf es in den Fällen d und e einer Bescheinigung des Kommandanten der Besatzungsstelle, wo d von der Besatzungsstelle und e vom Bahnhof des Abgangs des Führers

der Bahnhofs- und Wache. Diese Bescheinigung ist auf dem Urlaubsschein einzutragen.

Bei Ausstellung der Bescheinigungen in Fällen d und e auf dem kleinen blauen Wehrmachtsfahrtschein bzw. auf dem weißen Kriegerurlaubsschein ist der zu benutzende D- oder E-Zug unter Angabe des Datums und der zurückzulegenden Strecke vorzuschreiben.

An Stelle der obengenannten Offiziere können auch Portepée-Unteroffiziere als Offizier-Diensttuer der genannten Dienststellen die mit dem Dienststempel versehene Bescheinigung unterschreiben.

Sind auf einem Bahnhof Wehrmachtsdienststellen der genannten Art nicht vorhanden, so stellt der Aufsichtsbeamte der Eisenbahn die entsprechende Bescheinigung aus.

2. Benutzung von Personenzügen.

In allen übrigen Fällen, in denen weder nach Ziffer II ein SF-, DmW- oder EmW-Zug benutzt werden kann, noch nach Ziffer III, 1 ein D- oder E-Zug benutzt werden darf, sind Personenzüge des öffentlichen Verkehrs oder PmW-Züge zu benutzen.

Fahrausweise (bei Personenzugbenutzung):

Bei freier Reise ist für Benutzung von Personenzügen ein kleiner roter Wehrmachtsfahrtschein (weiß mit rotem Schrägstrich) zu verwenden. Hat der Urlauber keine freie Reise, so hat er eine Wehrmachtsfahrkarte (Offiziere usw. zwei) zu lösen.

3. Über Urlaubsscheine und Ausweise für Dienstreisen siehe H. V. Bl. (B) 1942 S. 31 Nr. 54.

IV. Belegung der SF-Züge und Anmeldung.

1. Belegung der aus besetzten Gebieten kommenden SF-Züge.

Die Plätze der SF-Züge werden auf die Truppen verteilt (Belegung):

- für die Frankreich-SF-Züge und deren Zubringerzüge durch den General des Transportwesens West im Einvernehmen mit der W. Trsp. Ltg. Paris;
- für die Balkan-SF-Züge durch den General des Transportwesens Südost im Einvernehmen mit der W. Trsp. Ltg. Südost;
- für die Italien-SF-Züge durch den Bv. T. O. Rom im Benehmen mit dem deutschen General beim Hauptquartier der italienischen Wehrmacht;
- für die SF-Züge aus Norwegen durch den Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen im Einvernehmen mit Heimatstab Übersee;
- für die SF-Züge aus Nordnorwegen über Finnland durch den deutschen Transport-Bevollmächtigten Finnland im Einvernehmen mit Heimatstab Übersee;
- für die Rußland-SF-Züge durch die Generale des Transportwesens mittels Ausgabe von Platzkarten. Die Inhaber von Platzkarten werden in den an die Rußland-SF-Züge anschließenden Ostfront-SF-Zügen mit Vorrang vor anderen Wehrmachtsreisenden befördert.

2. Ersatzwehrmacht und Wehrmacht im Heimatgebiet.

Reisende der Ersatzwehrmacht und der im Heimatgebiet (einschließlich Protektorat und Generalgouvernement) liegenden Teile der eingesetzten Wehrmacht werden bei dieser Belegung nicht berücksichtigt. Sie haben die innerhalb des Reiches verkehrenden SF-Züge und öffentlichen Züge mit Wehrmachtzugteil, die nicht besonders belegt werden, sowie

die von Osten und Westen durchlaufenden zu benutzen bzw. mitzubenzuten. Dabei können Ostfront-SF-Züge nur nach Maßgabe freigegeben benutzt werden.

3. Transportanmeldung.

Um den Transportdienststellen Unterlagen über die auf den einzelnen Bahnhöfen aufkommenden Urlaubszahlen usw. zu geben, ist von den Truppenteilen der Ersatzwehrmacht und der im Heimatgebiet liegenden Teile der eingesetzten Wehrmacht (einschließlich Generalgouvernement und Protektorat) bei den zuständigen Transportkommandanturen anzumelden, wenn an einem Tage mehr als 30 Urlauber oder Mannschaftstransporte über 5 Mann von einem Standort mit demselben SF-, DmW- oder EmW-Zug oder in Ausnahmefällen mit demselben D- oder E-Zug fahren wollen. In Standorten mit mehr als einem Truppenteil hat die Sammelmeldung fernmündlich durch den Standortältesten zu erfolgen.

Die Anmeldung hat 4 Tage vor Abfahrt zu erfolgen. Die Transportkommandanturen haben auch die Möglichkeit, die angemeldeten Urlauber und Mannschaftstransporte rechtzeitig auf andere Züge zu verweisen, wenn der gewünschte Zug erfahrungsgemäß voll besetzt ist. Notfalls können sie im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsbahnstellen für Abbeförderung mit Zügen des öffentlichen Verkehrs sorgen.

4. Benutzung des vorgeschriebenen Zuges.

Allen Angehörigen der Wehrmacht (einschließlich der der Wehrmacht unterstellten Teile der W. Trsp. RAD, der Polizei und des NSKK) ist der von ihnen zu benutzende Zug auf der Rückseite des blauen oder roten Wehrmachtsfahrtscheins bzw. Kriegerurlaubsscheins vorzuschreiben. Jeder Wehrmachtsreisende hat den ihm so vorgeschriebenen Zug und die ihm zustehende Wagenklasse zu benutzen.

5. Ordnungsgemäße Abwicklung des öffentlichen Verkehrs.

Voraussetzung für die ordnungsgemäße Abwicklung des Urlauberverkehrs ist immer das Einhalten der jeweils gegebenen Befehle, insbesondere der befohlenen Urlaubersquote durch die Truppe.

V. Mitnahme von Gepäck.

1. An Handgepäck darf der Wehrmachtsreisende in SF-Zügen nicht mehr mitnehmen, als in Zügen des öffentlichen Verkehrs zulässig ist, d. h. so viel, wie er über und unter seinem Koffer mitbringen kann.

2. Reisegepäck (einschließlich Koffer) kann nur zu öffentlichen Zügen, nicht aber zu SF-Zügen aufgegeben werden, da letztere keine Gepäckwagen führen. Das Höchstgewicht des von den Reisenden auf Kosten der Wehrmacht aufgegebenen Reisegepäcks ist auf 75 Kilo beschränkt. Die Aufgabe von Reisegepäck auf kleinen Wehrmachtsfahrtschein ist nur in Verbindung mit einer Dienstreise freier Urlaubsreise zulässig. Es dürfen nur Gegenstände aufgegeben werden, die für den Bedarf des Reisenden bestimmt sind.

VI. Überwachung des Wehrmachtsreiseverkehrs.

1. Alle SF-Züge (auch SFR-Züge und, soweit notwendig, die Wehrmachtzugteile der DmW- und PmW-Züge) werden in besonderer Weise auf der Hin- und Rückfahrt von einem

f. (Offizier) und einer Zugwache begleitet (vgl. Dienstweisung für Transportführer von SF-Zügen). Alle mitreisenden Wehrmachtangehörigen einschließlich des Wehrmachtgefolges haben deren Anordnungen, soweit sie den Transportüberwachungs- und -betreuungsdienst betreffen, zu befolgen. Wegen der Abteile für Transportführer und Zugwachen vgl. Ziffer VIII, 5b.

2. Der Wehrmachtreiseverkehr wird (u. a. auf Einhaltung der hier aufgeführten Bestimmungen) überwacht:

- a) in Zügen des öffentlichen Verkehrs durch Heeresstreifen;
- b) auf Bahnhöfen und bahneigenem Gelände durch ständige oder zeitlich eingesetzte Bahnhofswachen, durch Heeresstreifen (Kommandeure des Heeresstreifendienstes z. B. V., Kommandeure für Urlaubsüberwachung oder durch Zusatzstreifen der Standorte), auf Grenzbahnhöfen außerdem durch Grenzposten.

Heeresstreifen üben auf Bahnhöfen und in Zügen die ihnen übertragene Disziplinarstrafgewalt nach H. M. 1941 Nr. 526, H. M. 1942 Nr. 350 und H. M. 1942 Nr. 591 aus. Sie lassen die von ihnen verhängten Strafen im nächst erreichbaren Standort sofort vollstrecken.

3. Anzug des Überwachungsdienstes.

- a) Transportführer:

Während des Prüfdienstes: Stahlhelm und Armbinde mit Aufdruck „Transportführer“ (kein Schulterriemen);

sonst: Schirmmütze und Armbinde mit Aufdruck „Transportführer“.

- b) Zugwache:

Während des Prüfdienstes: Stahlhelm und Ringkragen;

sonst: Mütze mit Ringkragen.

- c) Heeresstreifen, Kommandeure des Heeresstreifendienstes z. B. V., Kommandeure für Urlaubsüberwachung (Offiziere und Unteroffiziere):

Adjutantenschnur alter Art und je nach örtlichem Befehl Stahlhelm oder Mütze.

- d) Bahnhofswachen:

Stahlhelm oder Mütze und Ringkragen.

Zu vorstehenden Dienstabzeichen wird Leibriemen mit Pistole getragen.

4. Den Bestimmungen über den Wehrmachtreiseverkehr und den Anordnungen der Überwachungsorgane der Wehrmacht (Transportführer und Zugwachen, Heeresstreifen usw.) haben auch Eisenbahnbedienstete und Angehörige der unter II, 2a bis c genannten Organisationen Folge zu leisten, wenn sie die Wehrmachtzugteile der SF-Züge mitbenutzen.

5. Auf Bahngelände unterliegen außerdem alle Wehrmachtangehörigen (auch Offiziere), die Angehörigen der der Wehrmacht unterstellten Verbände und das Wehrmachtgefolge den bahnpolizeilichen Bestimmungen, gleichgültig, ob sie als dienstlich Einzelreisende, als Urlauber oder in Transporten reisen; den Anordnungen der Eisenbahnbediensteten haben sie Folge zu leisten. Nichtbefolgen dieser Anordnung wird nach den bestehenden Bestimmungen und außerdem wegen Schädigung des Ansehens der Wehrmacht in der Öffentlichkeit bestraft.

VII. Betreuung des Wehrmachtreiseverkehrs.

1. Den meisten SF-Zügen wird ein Eisenbahnwagen beigegeben, in dem unterwegs Ge-
Zusatzverpflegung (Suppe) ausgegeben

werden (vgl. Dienstweisung für Eisenbahnküchenwagen-Abteilungen). Die Ausgabe regelt der Transportführer.

Die Benutzung des Eisenbahnküchenwagens als Abstellraum für Gepäck von Wehrmacht-, Dienst- oder Urlaubsreisenden ist verboten. Desgleichen ist untersagt, den Eisenbahnküchenwagen, auch wenn er nicht benutzt wird, für die Unterbringung von Mannschaften in Anspruch zu nehmen. Der Durchgang durch den Küchenwagen ist nur dem Transportführer, der Zugwache sowie Eisenbahnbediensteten im Dienst (auch wenn diese in Zivil auftreten) gestattet.

In solchen SF-Zügen, die aus Eilzugwagen mit offenen Übergangsbrücken gebildet sind, dürfen die Übergänge von Wagen zu Wagen außer von Transportführern und Zugwache nur von dem Kochtrupp, nicht auch von Essenholern benutzt werden; die Stirnwandtüren sind jedesmal wieder zu verschließen.

2. Auf den größeren Anfangs- und Umsteigebahnhöfen sind besondere Wart- und Unterkunftsräume sowie Verpflegungsstellen vorhanden. Außerdem werden auf zahlreichen Bahnhöfen, die im SF-Verzeichnis an entsprechenden Zeichen erkennbar sind, während des Aufenthalts der SF-Züge an Wehrmachtreisende Getränke und Suppen durch Betreuungsstellen ausgegeben; die Ausgabe darf den fahrplanmäßigen Zuglauf nicht beeinträchtigen.

3. In einigen SF-Zügen, die über die Reichsgrenze hinausfahren, sind Zuggeldwechselstellen (im Abteil der Zugwache oder des Transportführers) eingerichtet.

VIII. Einzelfragen und Sonderregelung.

1. Zuständige Wagenklasse.

Zuständige Wagenklasse bei freier Reise und bei Reisen auf Wehrmachtfahrkarte:

1. Klasse: Offiziere und Beamte im Generalsrang (bei Reisen auf Wehrmachtfahrkarte siehe 2. Abs. 1) und in besonderen Fällen auch Kuriere (nur Offiziere und Beamte im Offiziersrang können Kuriere sein);
2. Klasse: die übrigen Offiziere und Beamten im Offiziersrang,
3. Klasse: sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften (einschl. Unterärzte, Unterveterinäre, Oberfähnriche und ~~4~~-Unterführer), Wehrmachtbeamte im Unteroffiziersrang, alle nicht im Offiziersrang stehenden Angehörigen der Polizei und Gendarmerie.

Wehrmachtgefolge hat bei freier Reise die Wagenklasse gemäß Bestimmungen H. V. Bl. 1941 Teil B vom 12. Mai 1941 Nr. 318 zu benutzen. Wehrmachtfahrkarten werden für Wehrmachtgefolge nicht ausgegeben.

Wehrmachtgefolge und Angehörige der Organisation Todt haben, soweit Berechtigung zur Benutzung der 2. Wagenklasse vorliegt, bei freier Reise außer dem Wehrmachtfahrschein einen Ausweis bei sich zu führen, aus dem hervorgeht, daß sie auf Grund der Bestimmungen H. V. Bl. 1941 Teil B Nr. 318 berechtigt sind, die 2. Wagenklasse zu benutzen. Eigenmächtiges Benutzen einer höheren Wagenklasse ist verboten.

Ausnahmsweise dürfen verwundete und kranke Unteroffiziere und Mannschaften die 2. Wagenklasse benutzen:

- a) bei Reisen auf Kosten der Wehrmacht, wenn die Kommandobehörde (IV b) die Notwendigkeit auf dem Wehrmachtfahrschein bescheinigt hat;

auf eigene Kosten. Wehrmachtfahrkarte, wenn der Chefarzt des Lazarettes oder eine ihm gleichgestellte Dienststelle auf dem weißen Kriegsurlaubsschein bescheinigt hat, daß der auf der Verwundung oder Krankheit beruhende augenblickliche Zustand die Benutzung der 2. Wagenklasse erfordert.

Besonders zu bemerken:

- a) Wenn in außerdeutschen Ländern (z. B. Rumänien und Italien) andere Wagenklassen benutzt werden dürfen, so gilt diese Regelung nur für öffentliche Züge innerhalb dieser Länder;
- b) Angehörige der Wehrmacht verbündeter oder befreundeter Länder und die Angehörigen der Freiwilligenverbände und Legionen sind bezüglich der zu benutzenden Wagenklasse wie deutsche Wehrmachtangehörige zu behandeln, es sei denn, daß sie in geschlossenen, von ihren eigenen Bahnverwaltungen gestellten Zügen fahren.

2. Reisen auf Wehrmachtfahrkarten.

Bei Reisen auf eigene Kosten sind von Soldaten und Wehrmachtbeamten auf Grund des weißen Kriegsurlaubsscheins Wehrmachtfahrkarten zu lösen. Alle Offiziere und Beamten im Offiziersrang haben zwei Wehrmachtfahrkarten zu lösen, auch dann, wenn der Zug nur die 3. Wagenklasse führt. Alle Unteroffiziere und Mannschaften sowie Wehrmachtbeamten im Unteroffiziersrang haben eine Wehrmachtfahrkarte zu lösen. Zwei Wehrmachtfahrkarten berechtigen zur Benutzung der 2. Wagenklasse, eine Wehrmachtfahrkarte zur Benutzung der 3. Wagenklasse.

Übergang in eine höhere Wagenklasse ist bei Reisen auf kleinen Wehrmachtfahrkarten und bei Reisen auf Wehrmachtfahrkarte auch gegen Lösung von Übergangskarten nicht zulässig.

In allen zuschlagpflichtigen Zügen (D-, E-, DmW-, mW- und SF-Zügen) sind bei Reisen mit Wehrmachtfahrkarten die tarifmäßigen Zuschläge zu zahlen. Für Wehrmachtgefolge keine Wehrmachtfahrkarten, siehe VIII. 1. Abs. 2.)

3. Anzahl der Wehrmachtfahrtscheine.

Für Hin- und Rückreise ist bei freier Reise je ein besonderer kleiner Wehrmachtfahrtschein (Ausnahme III, 1c) auszustellen. Er ist für den unmittelbaren Reiseweg auszufertigen (keine Umwege, Zickzack- oder Rundreisen), vom Einheitsführer oder Dienststellenleiter (Offizier oder Wehrmachtbeamter im Offiziersrang) zu unterschreiben und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Auf Wehrmachtfahrtschein darf die Fahrt einmal unterbrochen werden. Die Gültigkeitsdauer der ordnungsmäßig ausgestellten Wehrmachtfahrtscheine ist nicht begrenzt. Blankofahrtscheine dürfen nicht ausgestellt werden. (Von Blankofahrtscheinen sind zu unterscheiden vorbereitete Rückfahrtscheine für Transportbegleitkommandos.)

4. Urlaubscheine, Dienstreiseausweise und Fahrausweise.

- a) Bei freier Urlaubsreise gehören zusammen: grüner Kriegsurlaubsschein und kleiner Wehrmachtfahrtschein;
- b) bei Urlaubsreisen auf eigene Kosten gehören zusammen: weißer Kriegsurlaubsschein und Wehrmachtfahrkarte;
- c) bei Dienstreisen gehören zusammen: derausweis bzw. Marschbefehl und kleiner Wehrmachtfahrtschein.

5. Vorhalten von Abteilen.

Folgende Abteile werden von den Zugsbahnhöfen in jedem SF-Zug (und Wehrmachtzugteilen der DmW-, EmW- und Züge) vorgehalten:

- a) ein Abteil 2. Klasse für den Transportführer;
- b) ein Abteil 3. Klasse für die Zugwache. Abteile zu a und b in DmW-, EmW-, Zügen nur, sofern dieselben regelmäßig dem ganzen Lauf von Transportführer Zugwache begleitet werden.
- c) ein Abteil 3. Klasse für das Eisenbahnküchenwagenpersonal in SF-Zügen Eisenbahnküchenwagen;
- d) nur in SF-Zügen ein Abteil 3. Klasse (Bedarf mehrere) „vorzugsweise weibliches Wehrmachtgefolge“ ferner, soweit notwendig, einige Abteile 3. Klasse für Wehrmachtgefolge;
- e) etwaige Kurierabteile (2. Klasse), Abteil Befehlsempfänger (3. Klasse) oder Abteile nur auf besondere Anordnung der Eisenbahn (vgl. „Merkblatt über Abteile“);

Die Einrichtung ständig benötigter bzw. Befehlsempfängerabteile O. K. H., Chef des Transportwesens, Postabteilung, die Einrichtung nur einmal benötigter Kurier- oder Befehlsempfänger bei den zuständigen Transportkommandos zu beantragen.

- f) für das Zugbegleitpersonal der Eisenbahn werden ein oder zwei „Dienstabteile“ gelegt;
- g) in bestimmten SF-Zügen werden nach Vereinbarung zwischen Eisenbahn und Feldpostsondere Feldpostwagen oder -abteile geführt. Sie werden von Postbediensteten begleitet und dürfen weder von Wehrmacht noch Zivilreisenden noch zur Gepäckbeförderung genutzt werden.

Sämtliche genannten Abteile werden durch Zugsbahnhöfe beschildert. Das Belegen dieser Abteile durch den Transportführer untersagt.

Zuggeldwechselstellen sind nach Weisung des Transportführers in seinem Abteil oder dem der Zugwache unterzubringen.

Im übrigen ist die eigenmächtige Benutzung der unter a bis g genannten Abteile durch Wehrmachtreisende verboten.

6. Beförderung von Kriegsgefangenen in SF-Zügen.

Kriegsgefangene und sonstige Gefangene dürfen nicht in SF-Zügen und in den Wehrmachtzugteilen der DmW-, EmW- und PmW-Zügen zu befördern. Einzelne Kriegsgefangene zum Verhör oder zur Vernehmung vor Kriegsgerichten oder höheren Kommandobehörden besonders dringlich zu befördern können Transportkommandanturen Ausnahmen anordnen. Die Beförderung muß jedoch getrennt von Wehrmachtreisenden durchgeführt werden.

7. Die Benutzung von Schlafwagen durch reisende und beurlaubte Wehrmachtangehörige besonders geregelt.

8. Kurzurlaub von Bord.

Mit Rücksicht auf den Einsatz der schwedischen Verbände der Kriegsmarine ist eine Sonde

er Beurlaubung von weniger als sieben Tagen öffentlich Reisetage dergestalt getroffen, daß Angehörige dieser Verbände außer in den in III, 1 a bis g genannten Ausnahmefällen Schnell- und Eilzüge (D-Züge) des öffentlichen Verkehrs benutzen dürfen, wenn nicht geeignete SF-, DmW-, EmW- oder PmW-Züge vorhanden sind oder die Benutzung von Schnellzügen des öffentlichen Verkehrs zugemutet werden kann. Der weiße bzw. grüne Kriegsurlaubsschein muß in diesem Fall den vom Einheitsführer unterschriebenen und mit Dienststempel versehenen Vermerk „Kurzurlaub von Bord“ tragen.

9. Urlaub aus Einsatzgründen.

Urlaub aus Einsatzgründen ist reisetchnisch wie anderer Erholungsurlaub abzuwickeln, d. h. die aus Einsatzgründen Beurlaubten haben SF-Züge usw. nach Bestimmungen des Wehrmachtreiseverkehrs zu benutzen.

Urlaub aus Einsatzgründen kann nur fallweise vom Oberkommando der Wehrmachtteile im Einvernehmen mit Chef des Transportwesens erteilt werden. Auf dem Urlaubsschein ist die Verfügung des Oberkommandos des Wehrmachtteils, mit der Einheit der Urlaub genehmigt wurde, anzubringen.

Wochenendurlaub.

Vorliegen dieser Urlaubsart muß durch den Vermerk des Einheitsführers usw. und Dienstvermerken „Wochenendurlaub“ auf dem Urlaubsschein bescheinigt werden. Wochenendurlaub kann frühestens am Sonnabend 11 Uhr vor beginnen, er muß spätestens Montag 9 Uhr sein. Kürzere Beurlaubungen sind möglich, Schreitungen in keinem Fall gestattet.

Wochenendurlaub dürfen nur Personenzüge des öffentlichen Verkehrs und SF-Züge (jedoch nicht DmW- oder DmW-Züge) benutzt werden. Die Bestimmungen III, 1 a bis g gelten nicht. Es kann also weder auf Fahrscheinen noch auf Urlaubsscheinen die ausnahmsweise Benutzung von Schnellzügen zugelassen und bescheinigt werden. Ebenso ist in den Fällen, wo freie Reise den Wochenendurlaubern gestattet ist, die Ausstellung von kleinen weißen Wehrfahrtscheinen nicht zulässig.

Ostfront-SF-Züge sind für Wochenendurlauber nur nach Maßgabe freien Transportraumes, also in beschränktem Ausmaß, benutzbar.

IX.

Der Erlaß 824 in den H. M. 41 tritt hiermit außer Kraft.

O. K. W., 17. 8. 42

— 43 p 14 — Chef Trspw/H Abt (Id).

Verwendung von SP-Nummern an Kraftfahrzeugen der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RSHA. vom 16. 10. 1942

— II D 3 a (7) Nr. 1437/42 —

(1) In letzter Zeit sind der Sicherheitspolizei vom Oberkommando des Heeres wiederholt Kraftfahrzeuge zugeteilt worden, die aus Beutebeständen stammen. Diese Fahrzeuge konnten oftmals in den Bestandsbüchern nicht vereinnahmt und in der Kraftfahrzeugkartei nicht einwandfrei erfaßt werden. Die Dienststellen nicht zugewiesen werden, die technischen Daten, wie Fahrgestell- und Motor-Nr. usw., fehlten.

Um diesen Übelstand zu beseitigen und gleichzeitig die Vereinfachung im Schriftverkehr über

Kraftfahrzeuge zu erreichen, werden folgende Kraftfahrzeuge der Sicherheitspolizei mit einer laufenden Nummer — SP-Nummer — versehen. Diese Nummern werden nur vom RSHA. und für jedes Fahrzeug einmalig ausgegeben und bei der Ab- oder Übernahme der Fahrzeuge ab Herstellerwerk oder Wehrmachtsdienststelle in Form eines ovalen, geprägten Blechschildes mit der Aufschrift „SP Nr. (Ild. Nr.)“ im Innern der Kraftwagen angebracht. Die Anbringung erfolgt im allgemeinen auf der linken inneren Wagenseite unterhalb des Armaturenbrettes, bei Kraftträdern am Rahmen.

(3) Die einmal zugeteilten Nummernschilder verbleiben bis zur Aussonderung an den Fahrzeugen und ändern sich auch nicht bei einer Abordnung oder Versetzung von Dienststelle zu Dienststelle. Eine Entfernung oder ein Austausch der Schilder ist grundsätzlich verboten. Lediglich nach ergangener Aussonderungsgenehmigung sind vor Verkauf oder Ausschachtung die Schilder zu entfernen und dem RSHA., gleichzeitig mit der Mitteilung über den erfolgten Verkauf oder die Ausschachtung, einzusenden.

(4) Zur Vereinfachung im Schriftverkehr über Kraftfahrzeuge sind künftig in allen Schreiben, gleich welcher Art, nur die SP-Nummern der betreffenden Fahrzeuge anzuführen. Desgleichen werden in Erlassen, die Kraftfahrzeuge betreffen, in Zukunft nur die betreffenden SP-Nummern aufgeführt. Für die Dienststellen ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, in den Kraftfahrzeugbestandsbüchern neben den üblichen technischen Daten die SP-Nummern einzutragen.

(5) Eine Anzeige über die Abstellung eines Fahrzeuges für den Einsatz würde beispielsweise folgendermaßen lauten:

„Das Dienstkraftfahrzeug SP-Nummer (Ild. Nr.) ist, wie durch Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes — II D 3 a — vom . . . angeordnet, für den Einsatz abgestellt worden.“

Ein Zuweisungserlaß würde z. B. folgenden Wortlaut haben:

„Die Dienstkraftfahrzeuge

SP-Nummer (Ild. Nr.) Pkw. (4)

SP-Nummer (Ild. Nr.) Lkw.

werden hiermit der Staatspolizei(leit)stelle . . . zugewiesen und sind im Kraftfahrzeugbestandsbuch zu vereinnahmen.“

(6) Jeder weitere Zusatz über Fahrzeugart, Type, Fahrgestell- oder Motor-Nr. entfällt, wenn nicht in besonders gelagerten Fällen im Erlaß dieser Zusatz gefordert wird. Sobald ein Kraftfahrzeug einen Austauschmotor erhält, ist die Motor-Nummer der neuen Maschine mit der SP-Nummer des Fahrzeuges unaufgefordert dem RSHA. zu melden.

(7) Für Fahrzeuge, die mit SP-Nummern ausgestattet sind, entfällt auch die Vorlage von Anmeldebogen für die zentrale Kraftfahrzeugkartei. Dem RSHA. sind lediglich die zugeteilten Heimat- und Pol-Kennzeichen nachzumelden.

(8) Bis zur endgültigen Umstellung und Erfassung, auch der bei den Dienststellen bereits befindlichen Dienstkraftfahrzeuge, sind die noch nicht mit SP-Nummern versehenen Fahrzeuge wie bisher in den Kraftfahr-Vierteljahresberichten oder -Nachweisungen mit Heimat-, Pol-Kennzeichen oder Motor-Nr. zu melden.

(9) Der Erlaß findet auch auf die Einsatzdienststellen in den . . . Anwendung.

An die Sicherheitspolizei (ohne SD).

Befehlsblatt S. 3

Aufgabe von posteigenen Teilnehmereinrichtungen und sonstigen angemieteten Fernsprechanlagen.

RdErl. des RSHA. vom 16. 10. 1942

— II D 2 Nr. 3990/42 —

(1) Es ist festgestellt worden, daß in den Fällen einer vorzeitigen Aufgabe von posteigenen Teilnehmereinrichtungen und sonstigen Mietanlagen eine zweckentsprechende Auswertung der Fernsprechanordnung bzw. des Mietvertrages, wie z. B. Beantragung der Anrechnung von Restgebühren auf eine erneut in Auftrag gegebene posteigene Teilnehmereinrichtung oder Umschreibung des Vertrages auf eine andere Dienststelle, zugunsten der Reichskasse erblichen ist.

Um künftig Weiterungen zu vermeiden, sind nicht mehr benötigten posteigenen Teilnehmereinrichtungen und sonstigen Mietanlagen, auch wenn diese überlassungsdauer oder die Vertragsdauer ist, mit Rücksicht auf den Mangel an Nachverbindungseinrichtungen für die Sicherheitsverfügbar zu halten. In Ergänzung des RdErl. //ChdDtPol. i. RmDI. vom 15. 10. 1937 —

S V 2 Nr. 505/37 — Ziff. 21 (nicht veröffentl.) wird daher ersucht, vor Aufgabe von Fernsprecheinrichtungen, deren Mindestüberlassungs- oder Vertragsdauer mehr als ein Jahr beträgt, die Genehmigung des RSHA. einzuholen.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 309.

Kommandierung eines leitenden Zahnarztes an RSHA.

RdErl. des RSHA. vom 19. 10. 1942

— I San. Nr. 132/42 —

(1) Die gutachtliche Tätigkeit auf zahnärztlichem Gebiet (Genehmigung von Zahnersatz, Rechnungsprüfungen usw.) wird bei der Dienststelle des leitenden Arztes beim RSHA. durch den leitenden Zahnarzt durchgeführt.

(2) Als leitender Zahnarzt wurde der //Obersturmführer Dr. Kunz vom //Sanitätsamt zum RSHA. kommandiert.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 309.

Reichskriminalpolizei**Bearbeitung von Abtreibungs- und Sittlichkeitsdelikten unter Polen.**

RdErl. des ChdSPudSD. vom 17. 10. 1942

— V B 3 Nr. 1029/42 —

(1) Zum RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RmDI. vom 11. 3. 1942 (MBHIV. S. 590, Befehlsbl. S. 102), betr. Bearbeitung von Abtreibungs- und Sittlichkeitsdelikten unter Polen sowie zu meinem Erl. vom 21. 3. 1942, betr. Verfolgung von Abtreibungs- und Sittlichkeitsdelikten unter Polen (nicht veröffentl.) gebe ich nachstehend eine Rundverfügung des Herrn Reichsmin. der Justiz vom 29. 9. 1942 zur Kenntnisnahme und Beachtung bekannt.

(2) Es ist nunmehr gewährleistet, daß alle Straftaten der in Rede stehenden Art eine gleiche Behandlung erfahren.

(3) Zur Behebung von Zweifeln weise ich noch darauf hin, daß die genannten Vorschriften nur für das Reichsgebiet — einschl. der eingegliederten Ost- und Westgebiete — gelten.

An die Kriminalpolizei(leit)stellen.

— Befehlsblatt S. 309.

Anlage:

Der Reichsminister der Justiz.

Berlin W 8 den 2.

An die Herren Generalstaatsanwälte.

Nachrichtlich

den Herren Oberreichsanwälten

beim Reichsgericht und beim Volksgerichtshof

Betrifft: Verfolgung von Abtreibungs- und Sittlichkeitsdelikten unter Polen.

(Überstücke für die Oberstaatsanwälte.)

In der Anlage übersende ich einen Abdruck des RdErl. des Reichsführers-// u. Chefs der D.// vom 11. 3. 1942 zur Kenntnis.

Anzeigen und Ermittlungsvorgänge über die in Ziff. 1 und 2 des RdErlasses aufgeführten Straftaten, die den Staatsanwaltschaften nicht von der Kriminalpolizei zugeleitet worden sind, bitte ich an die zuständige Kriminalpolizei(leit)stelle zur weiteren Veranlassung abzugeben.

gez. Dr. Thierack.

SD-Angelegenheiten**Zuwendungen in Todesfällen.**

RdErl. des RSHA. vom 14. 10. 1942

— I A 6 Nr. 1001/42 —

Der nachstehende Erlaß des OKW. — W Vers. (III b 1) — vom 18. 11. 1940 (Wehrmachtsfürsorge- u. -Versorgungsbestimmungen vom 28. 11. 1940 (Blatt 18, Seite 143, Nr. 241) wird zur Beachtung bekanntgegeben:

„(1) Im Falle des Todes eines hauptamtlich Angestellten der NSDAP. können den Hinterbliebenen auf Grund einer Anordnung des Reichsschatzmeisters Zuwendungen als freiwillige Leistung gezahlt werden. Bei diesen Zuwendungen handelt es sich nicht um Sterbegeld oder sterbegeldähnliche Bezüge im Sinne

der Sonderbestimmungen bei Anwendung des W.//V. Erläuterung 3 zum DB. Nr. 2 zu W.//V. § 100 Abs. 1 unter a) und der Erläuterung 1 zu den DB. Nr. 1 § 122 Abs. 3 u. 6 (Fürsorge- u. Versorgungsbestimmungen 1939 S. 123 Nr. 170). Diese freiwilligen Leistungen haben daher ebenso wie die von der NSDAP. gezahlten Versorgungsrenten auf die Höhe und den Zahlungsbeginn der nach dem EW.//V. zu gewährenden Fürsorge- und Versorgungsbezüge keinen Einfluß.

(2) Sollte in der rückliegenden Zeit erfahren worden sein, so ist Ausgleich durch Scheid zugunsten des Fürsorge- und berechtigten (W.//V. § 155 Abs. 2) mit Rücksicht Kraft vorzunehmen.“

An die SD-Dienststellen. — Befehl

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Abgeordnet: //Obersturmbannführer OKR. Dr. Isselhorst (z. Zt. E.-Gr. B) zur E.-Gr. A;
//Sturmbannführer Reg.Rat Weintz zur E.-Gr. B.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Kommissar: die //Untersturmführer Krim.Komm. z. Pr. Wrede (Magdeburg), Vierthaler (Karlsbad) u. Maywald (Reichenberg);

zum Krim.Inspektor: //Bewerber Krim.Sekr. Josef Weber (Köln).

Ersetzt: //Sturmbannführer Reg.Rat Gornig (Breslau) zur Stapoleitst. Prag unter Abordnung zur Reichsschule der SPuSD. in Prag;

//Hauptsturmführer Reg.Rat Fentz (Darmstadt) zum RSHA.;

Pol.Ob.Insp. Flatten (Salzburg) n. Hamburg;

//Untersturmführer Krim.Komm. Fritz Krause (Düsseldorf) zum RSHA.;

//Untersturmführer Pol.Insp. Heinrich Meier (Köln) n. Linz, //Hauptscharführer Pol.Insp. Graichen (Karlsruhe) zum RSHA.

Abgeordnet: //Obersturmführer Pol.Insp. Oehmke zum Befh. Kiew;

//Sturmführer Pol.Insp. Mai (Trier) zum Untersuchungslager Hinzert, Kummerow zum Kur. Lemberg.

Abordnung des //Obersturmführers Pol. Waldmann (Trier) zum Arbeitserziehungs-Hinzert ist aufgehoben worden.

SD.

die //Hauptsturmführer Karl Müller zum

Kdr. Warschau, Erich Herberholz zum Kdr. Warschau, Josef Hanssen zum Befh. Krakau;
//Obersturmführer Karl Klöckner zum SD-A. Frankfurt/M.

Ernannt: die //Hauptsturmführer Dr. jur. Karl Kelber u. Heinrich Alt, beide zum Ref. beim SD-LA. Prag;

die //Obersturmführer Wernfried Pfaff zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Walter Buchmann zum Hilfsref. im RSHA.-VI, Karl Hein zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Dr. Oskar Proske

Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Dr. Helmut Z zum Ref. beim SD-LA. Prag, Rudolf Czurd Sachbearb. beim SD-LA. Prag;

//Untersturmführer Dr. Hugo Rehn zum Ref. beim SD-LA. Prag.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Eins.

Ernannt zum Krim.Kommissar: Krim.Komm. Schreck (Stapost. Nürnberg);

zum Krim.Obersekretär: Krim.Sekr. Rudolf (KPSt. Klagenfurt);

zum Polizeisekretär: Pol.Assistent Erhard Lemnitzer (Stapost. Chemnitz);

zum Kriminalsekretär: die Krim.Ob.Assistenten Eberhard Seidel u. Oskar Zacharias (beide Stapoleitst. Karlsruhe);

zum Krim.Oberassistenten: apl. Krim.-Assistent Albert Reumann (Stapoleitst. Karlsruhe);

zum Krim.Assistenten: apl. Krim.Assistent Christoph Beck (Stapoleitst. Karlsruhe);

zum apl. Krim.Assistenten: Krim.Ass. Anw. Erich Köhler (KPLSt. Hamburg).

— Befehlsblatt 1942 S. 310.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nr. 48

Berlin, den 26. Oktober 1942

3. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —

Ausbildung der Kriminal-Kommissar-Anwärterinnen der weiblichen Kriminalpolizei (WKP.) in der Führerschule der Sicherheitspolizei

RdErl. des RSHA. vom 15. 10. 1942

— I B 3 Nr. 6419/42-519/6 —*)

Abschnitt 1: Vorbemerkung.

Für die männlichen Anwärter der Geh. Staats- und der Staatl. Kriminalpolizei ist seit Beginn Jahres 1942 eine gemeinsame sicherheitspolizeiliche Ausbildung befohlen worden. (Vgl. den Lehrplan im Ass. Anwärter, RdErl. des RSHA. vom 27. 8. I B 3 Nr. 6330/42-519/1 — [Befehlsbl. S. 255] den Lehrplan für Krim. Komm. Anwärter-Lehr-Erl. des RSHA. vom 18. 2. 1942 — I B 3 42-519/5 — [nicht veröffentl.; Veröffentlichung nächst vorgesehen].)

Die Verschiedenheit der Aufgabengebiete und der männlichen und der weiblichen Kriminalpolizei bedingt eine getrennte Ausbildung der Nachwuchses der beiden Sparten. Sie werden in der Ausbildung der weiblichen Anwärterinnen der mittleren WKP.-Laufbahn seit Mitte 1941 angeordnet und wird nun auch bei den Kommissar-Anwärter-Lehr-Erl. durchgeführt. Hierfür wird der nachstehende Lehrplan angeordnet.

Der Lehrplan entspricht hinsichtlich Aufgliederung dem der männlichen KKA., zeigt aber folgende Unterschiede:

Eine Reihe von Stoffgebieten der männlichen KKA. berührt die Tätigkeit der WKP. nur am Rande, dafür kommen Gebiete hinzu, die rein auf das Tätigkeitsgebiet der WKP. zugeschnitten sind, also im Lehrplan der Männer nur gestreift werden.

Die Anwärterinnen der leitenden WKP.-Laufbahn gehen ausnahmslos aus der mittleren WKP.-Laufbahn hervor. Schon bei der Einstellung in die mittlere WKP.-Laufbahn werden erhöhte Anforderungen an die Ausbildung der Beamtinnen gestellt, und die Auswahl für die leitende WKP.-Laufbahn erfolgt auf Grund besonderer Bewährung in der Praxis, bei der auch die Fähigkeit zur Menschenführung berücksichtigt wird. Im Lehrplan erübrigt sich

daher die Berücksichtigung derjenigen Gebiete, die zum Grundwissen gehören, soweit nicht aus besonderen Gründen eine Wiederholung z. B. zur Aufzeichnung des neuesten Standes geboten erscheint. In Betracht zu ziehen war ferner, daß das durchschnittliche Lebensalter der KKA. höher als das der männlichen KKA. ist. Der Lehrplan mußte darum weniger darauf abgestellt werden, einen größeren Umfang neuen Lernstoffes zu vermitteln, als vielmehr die bisherigen Kenntnisse und Erfahrungen zu vertiefen und zu erweitern.

4. Die Kriegsverhältnisse haben bei der WKP. eine überaus starke Personalverknappung hervorgerufen, die eine Herausnahme gerade von erfahrenen Beamtinnen aus der Praxis zu einem Lehrgang für die Dauer von neun Monaten unmöglich macht. Die zu 3. festgestellten Umstände lassen aber, zumal auch die bei den männlichen KKA. durchgeführte 4-jährige Erziehung in Fortfall kommt, während des Krieges eine Verkürzung der Lehrgangsdauer auf sechs Monate bedenkenlos zu.

5. Prüfungsfächer sind:

- (1) Politisch-weltanschauliche Erziehung.
- (2) Volk, Staat, Recht.
- (3) Kriminalwissenschaft:
 - a) die Lehre vom Verbrechen und vom Verbrecher, unter Berücksichtigung der Jugendkriminalität;
 - b) die Verbrechensbekämpfung, unter Berücksichtigung des Aufgabengebietes der Weibl. Krim. Polizei.

Über den für diese Prüfungsfächer notwendigen Lehrstoff hinaus sieht der Lehrplan aber auch reichlich Vorlesungen, Sondervorträge, Besichtigungen usw. vor, die mit dem engeren Fachgebiet scheinbar nur lose zusammenhängen. Eine solche Ausweitung des Wissens ist jedoch im Interesse des sicherheitspolizeilichen Dienstes unerlässlich. Einem etwaigen

*) Abdrucke dieses RdErl. können vom RSHA. bezogen werden.

Einwand, daß die Hinzunahme solcher Stoffgebiete, die nicht Gegenstand der Prüfung sind, die Lehrgangsteilnehmerinnen zu sehr belasten würde, ist entgegenzuhalten, daß es gar nicht Aufgabe des Lehrgangs sein kann, die Anwärterinnen auf die Prüfung einzupauken. Vielmehr sollen die Lehrgangsteilnehmerinnen, die jahrelang in der Praxis standen, wieder an wissenschaftliches Arbeiten und Denken gewöhnt werden und eine feste Grundlage für weitere eingehende Studien erhalten. Als Anwärterinnen der leitenden WKP-Laufbahn müssen sie befähigt werden, die größeren Lebenszusammenhänge und die sich daraus für ihren Beruf ergebenden Notwendigkeiten zu erkennen, um ihre Aufgabe von höherer Warte aus lösen und die Gefahr, im Laufe der Berufspraxis einseitig zu werden, bannen zu können.

6. Lebensnahe Unterrichtsgestaltung.

- a) Der Unterricht ist unter ständiger Beziehung auf die Praxis teils seminarmäßig, teils in Arbeitsgemeinschaften abzuhalten.
- b) Es ist lebendiges und praktisches Wissen ohne jeden verschwappenden Ballast zu vermitteln. Eine bloße Aneinanderreihung von Begriffsbestimmungen oder eine Einpaukerei nach Art einer Lehrpresse verbietet sich von selbst.
- c) Es kommt nicht darauf an, den Lehrstoff in aller Breite oder Tiefe auszuschöpfen, als vielmehr darauf, unter Hervorhebung des Wichtigen und des Grundsätzlichen den umfangreichen Stoff in einfacher, leicht verständlicher und einprägsamer Weise, klarem Aufbau und unter Aufzeigung einer sinnvollen Ordnung zu meistern.
- d) Das durch die Lehrgangskürze bedingte Unterrichtstempo darf nicht zu einer bloßen Abhaspelung des Stoffes führen. Der Lehrer hat im Gegenteil in sorgfältiger Selbstvorbereitung den Lehrstoff so aufzuteilen, daß ihm zu Beginn jeder Stunde Zeit zu übungsmäßiger Wiederholung bleibt. Er muß sich davon überzeugen, daß der Stoff nicht nur gekannt und begriffen ist, sondern auch gekonnt wird und „sitzt“. An Stelle des fragwürdigen Mitschreibens wird sich eine stichwortmäßige Festlegung des Vorgetragenen am Schluß der Stunde empfehlen.
- e) Die Bewältigung des umfangreichen Lehrstoffes in sechs Monaten erfordert eine Intensivierung des Unterrichts. Hierzu war eine genaue Festlegung notwendig, in welchem Rahmen und Umfang und mit welcher Ausführlichkeit der Unterricht in den einzelnen Fächern unter Berücksichtigung des Gesamtzieles der Ausbildung stattfinden soll. Dieser soll die Aufgliederung des Lehrstoffes und seine Verteilung auf Lehrstunden dienen. Den Stundenzahlen, die nach Möglichkeit einzuhalten sind, kommt in der Hauptsache die Bedeutung von Indexziffern zu, die sowohl die Lehrplanaufstellung als auch die Lehrstoffeinteilung erleichtern sollen.
- f) Da die Lehrgangsteilnehmerinnen als Anwärterinnen der leitenden WKP-Laufbahn später selbst zur Ausbildung des Nachwuchses eingesetzt werden, ist im Unterricht auch stets auf eine allgemeine pädagogische Erziehung der Anwärterinnen Wert zu legen.
- g) Weitere Anweisungen werden bei den einzelnen Lehrfächern gegeben.

Abschnitt 2: Dauer, Arbeitstage und Arbeitsstunden.

- A. Dauer: 6 Monate zuzügl. etwaiger Urlaubstage.
- B. Arbeitstage: 6 Monate = 26 Wochen = 180 1/2 Tage

abzügl. Sonn- und Feiertage	31 Tage
für Abwicklung der An- und Abreise	4 Tage
für Besichtigungen	10 Tage
für Prüfung	6 Tage
für Unvorhergesehenes	4 Tage
	<u>55</u>
	125
	Unterrichtstag

C. Arbeitsstunden:

1. 125 Unterrichtstage, abwechselnd 5 Vormittagsstunden oder 4 Vormittagsstunden und 2 Nachmittagsstunden, insgesamt 660 Unterrichtsstunden

2. Einmal in der Woche Leibesübungen.

Abschnitt 3: Verteilung der Stunden auf den theoretischen Unterricht.

Lehrfach I: Politisch-weltanschauliche Erziehung. 108

Lehrfach II: Volk, Staat, Recht.

- A. Einführung in die Rechtswissenschaft. 3 Std.
- B. Volk und Staat. 18 Std.
- C. Völkerrecht. 4 Std.
- D. Verwaltungsrecht. 10 Std.
- E. Die Deutsche Polizei. 19 Std.
- F. Beamtenrecht. 7 Std.
- G. Einführung in die neue Dtsch. Wirtschaftsordnung. 9 Std.
- H. Grundzüge des Zivilrechts. 30 Std.
- J. Strafrecht.
 1. Allgemeiner Teil. 25 Std.
 2. Besonderer Teil. 48 Std.
 3. Strafverfahrensrecht. 18 Std.
 4. Jugendstrafrecht. 12 Std.
- K. Volkspflege. 6 Std.

Lehrfach III: Deutsche Lebensgebiete.

Lehrfach IV: Raum und Politik Deutscher Lebensraum. Auslandsnachrichtendienst.

Lehrfach V: Verbrechensbekämpfung.

- A. Die Lehre vom Verbrechen und vom Verbrecher.
 1. Kriminalwissenschaft allgemein. 2 Std.
 2. Das Verbrechen im Leben des Volkes. 8 Std.
 3. Die verbrecherische Persönlichkeit. 26 Std.
 4. Die Verbrechensbegehung (unter besonderer Berücksichtigung der von Kindern, Jugendl. u. Frauen u. vor bzw. mit denselben begangenen Delikte). 61 Std.
 5. Jugendgefährdung und Jugendkriminalität. 10 Std.

Übertrag: 107 Std.

Übertrag: 107 Std.

B. Die Verbrechensbekämpfung.

- | | |
|-------------------------------|----------|
| 1. Allgemeines. | 1 Std. |
| 2. Die Verbrechenverfolgung | 47 Std. |
| 3. Die Verbrechensvorbeugung. | 8 Std. |
| allgemein. | 17 Std. |
| 4. Schutz der Jugend. | 38 Std. |
| 5. Die Tätigkeit der Weibl. | 38 Std. |
| Krim. Polizei. | 218 Std. |

Lehrfach VI: Gegnerbekämpfung. 30 Std.
 Lehrfach VII: Grundzüge der Menschenkenntnis, Menschenbeurteilung und Menschenführung. 45 Std.
660 Std.

Abschnitt 4: Lehrstoffplan mit Stundenverteilung.

Lehrfach I: Politisch-weltanschauliche Erziehung.

Anmerkung:

- a) Bei der Lehrplanaufstellung war dem Umstand Rechnung zu tragen, daß der Dienst der WKP. wie kaum ein anderer weibl. Beruf die Beamtinnen auch sehr stark mit den negativen Seiten des Lebens beschäftigt, so daß schon bei der Ausbildung die positiven Werte und Seiten des Lebens in um so höherem Maße in den Vordergrund gerückt werden müssen. Dieser notwendige Ausgleich wird in erster Linie durch die politisch-weltanschauliche Erziehung erzielt.
- b) Die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit ist im übrigen eine politische Aufgabe, die nur aus der durch den Nationalsozialismus bestimmten weltanschaulichen Grundhaltung heraus erfüllt werden kann. Den Anwärterinnen muß daher in der politisch-weltanschaulichen Erziehung eine absolute Klarheit über die Grundlagen der nat.-soz. Weltanschauung vermittelt werden, damit sie in der Lage sind, den politischen Gehalt ihrer Tätigkeit zu erkennen und ihre Aufgabe im Bewußtsein der unlösbaren Verbundenheit mit der nat.-soz. Weltanschauung richtig zu sehen und entsprechend mit der nötigen Sicherheit und eigenen Initiative zu handeln.

Begriff der Weltanschauung allgemein.

Abgrenzung gegen Philosophie und Religion.

Gestaltung der Idee (Bewegung, Partei, Politik).

- | | |
|---|--------|
| 2. Die Bedeutung der politischen Erziehung. | 2 Std. |
| 3. Die Bewegung als Durchbruch einer neuen Weltanschauung und Beispiel nat.-soz. weltanschaulicher Haltung. | 1 Std. |
| (Einführende) Übersicht über die Grundlagen der nat.-soz. Weltanschauung. | 2 Std. |
| 4. Hinweis auf bedeutsame Werke des nat.-soz. Schrifttums. | 3 Std. |
| 5. Vergleich der nat.-soz. Weltanschauung mit anderen uns fremden Weltanschauungen. | 3 Std. |
| 6. Die Erkenntnisse der Rassenlehre als Grundlage der nat.-soz. Weltanschauung. | |
| a) Der Rassengedanke. Die Vererbungslehre. | |
| Rassenkunde des deutschen Volkes. | |
| b) Gegenüberstellung der Begriffe Rasse, Nation, Volk. | 4 Std. |

- | | |
|---|--------|
| c) Die staatl. Maßnahmen zur Verwirklichung der Rassenkenntnisse. Die Nürnberger Gesetze vom 15.9.1935. Sonstige Maßnahmen gegen die Juden. | 4 Std. |
| d) Die Bedeutung der Gesundheitsführung für das deutsche Volk. | 1 Std. |
| e) Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und die seiner Tätigkeit zugrunde liegenden volkspolitischen Anschauungen und Ziele. | 2 Std. |

7. Welches Ziel verfolgen wir mit dem Studium der Geschichte?

Eingehen auf die verschiedenen („deutschen“) Geschichtsauffassungen: liberale, konservative, katholische, protestantische, österreichische, preußische usw.

2 Std.

8. Der Weg zum Reich.

Der Kampf um politische Einheit und germanische Art.

10 Std.

9. Die deutsche Geschichte unter Berücksichtigung der europäischen Denksysteme und Weltbilder.

4 Std.

10. Die weltanschaulichen Gegner und ihr Kampf gegen die politische und völkische Einheit.

a) Judentum.

(1) Geschichte, Struktur und Wesen des Judentums.

(2) Organisation des Judentums. Das Judentum als weltpolitischer Faktor.

Auswirkung auf die europäischen Länder.

4 Std.

b) Freimaurerei.

(1) Ideologie und Organisation der Freimaurerei.

(2) Der politische und kulturpolitische Einfluß der Freimaurerei in den europäischen Ländern.

2 Std.

c) Marxismus.

(1) Begriff.

(2) Die marxistische Ideologie und ihre Entwicklung. Sozialismus und Demokratie.

(3) Abriß der Geschichte des Marxismus. Die Erste bis Vierte Internationalen.

d) Politische Kirchen. Sekten.

(1) Geschichte und Ideologie der politischen Kirchen.

(2) Organisation der Kirchen und Sekten.
— Römisch-katholische Kirche.
— Protestantismus.
— Sekten.

(3) Kampfstellung, Kampfmittel und Kampfmethoden der politischen Kirchen.

(4) Kampferfahrungen des Nationalsozialismus mit den politischen Kirchen.

e) Andere gegnerische Strömungen (Universalismus, Reaktion usw.).

11. Die Entstehung der Parteien. Die Parteiengeschichte des Zweiten Reiches.

2 Std.

12. Partei und Staat.

- a) Geschichte und Aufgaben der nat.-soz. Bewegung. 3 Std.
- b) Das Leben des Führers. 1 Std.
- c) Aufbau, Recht und Gliederung der NSDAP.
Die Einheit von Partei und Staat. 4 Std.
- d) Die Schutzstaffel des RFH. 2 Std.
- e) Die anderen Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP.
Mit Sondervorträgen, insbesondere über
— die NS.-Frauensschaft,
— das Deutsche Frauenwerk,
— die HJ., insbesondere den BDM.,
— die Sozialarbeit der HJ.,
— Entwicklung, Aufbau und Arbeitsgebiete der NSV. 16 Std.
- f) Das Programm der NSDAP. und seine Erfüllung. 4 Std.

13. Übungen zur Erschließung des Verständnisses für das Zeitgeschehen. 1 Std. 8 bis 14 täglich 15 Std.

14. Nat.-soz. Lebensführung. 1 Std.

15. Nat.-soz. Fest- und Fei-
gestaltung. 2 Std.

108 Std.

Lehrfach II: Volk, Staat, Recht.

A. Einführung in die Rechtswissenschaft.

- 1. Begriff und Wesen des Rechts. 1 Std.
- 2. Rechtsquellen.
- 3. Die Rechtsfindung.
- 4. Überblick über die einzelnen Rechtsgebiete. 2 Std.

3 Std.

Volk und Staat.

Abschn. 1 Allgemeine Staatslehre.

- 1. Das Wesen und die Entstehung des Staates.
- 2. Die Begriffsmerkmale des Staates.
- 3. Die Staatsformen. 2 Std.

Kurze Gegenüberstellung

Verfassung der außer-

deutschen Staaten.

Die demokratischen Staaten

— Frankreich, USA., Schweiz.

Das britische Weltreich.

Die Union der Sozialistischen So-

zialrepublikan.

Die nationalen Staaten, insbeson-

dere Japan.

Das faschistische Italien.

Staatenverbindungen.

Verband, Bundesstaat, Schutz-

traktat, Protektorat, Personal- und

Union.

2 Std.

Abschn. 2 Deutsche Staatskunde.

Die nat.-soz. Staatsauf-

fassung.

- 1. Übersicht über die staats-
- rechtliche Entwicklung
- des Deutschen Reiches bis
- 1933.

Verfassung, Staatsform, Staatsober-

haupt, Regierung und deren Organi-

sation, Vertretungskörperschaften:

— im 1. Reich,

— im Deutschen Bund,

— im Norddeutschen Bund,

— im 2. Kaiserreich,

— im Weimarer Zwischenstaat. 1 Std.

- 3. Vom Weimarer Zwischen-
- staat zur Machtübernahme. 1 Std.

- 4. Kurze Entwicklung Österreichs
- vom Zusammenbruch 1918 bis zur
- Wiedervereinigung.

Der 13. 3. 1938 als Geburtsstunde des

Großdeutschen Reiches. 1 Std.

- 5. Die Verfassung des Groß-
- deutschen Reiches.

- a) Die 5 Verfassungsgrundsätze:

Volksstaat, soz. Staat, Führerstaat,

Einparteistaat, Einheitsstaat.

- b) Die Quellen des neuen Verfassungs-
- rechtes. Überblick über die Staats-
- grundgesetze. 2 Std.

- 6. Das Einheitsreich.

- a) Die Gleichschaltung von Reich und
- Ländern.

— 1. Gleichschaltungsgesetz v.

31. 3. 1933.

— 2. Gleichschaltungsgesetz v.

7. 4. 1933 (Reichsstatthalter-

gesetz).

— Das Reichsstatthaltergesetz v.

30. 1. 1935.

- b) Das Neuaufbaugesetz vom 30. 1.
- 1934. 1 Std.

- 7. Der Führer und Reichs-
- kanzler.

- a) Das Ermächtigungsgesetz v. 24. 3.
- 1933 (Reichsführungsgesetz).

- b) Das Staatsoberhauptgesetz v. 1. 8.
- 1934 als Verwirklichung des Führer-
- staates.

- c) Die Stellung des Reichstages und
- der Reichsregierung. 2 Std.

- 8. Die Gesetzgebung im Groß-
- deutschen Reich.

Rechtsquellen.

Die Gesetzgebungsgewalt. 1 Std.

- 9. Die Staatsangehörigkeit.

Begriff, Erwerb, Rechtswirkungen, Ver-

lust, Nachweis, doppelte Staatsange-

hörigkeit, Staatenlosigkeit.

Staatsangehörigkeit und Reichsbürger-

recht. 2 Std.

- 10. Die Bedeutung der Errich-
- tung des Großdeutschen
- Reiches. 1 Std.

- 11. Diestaatsrechtliche Grund-
- lage der angegliederten
- Gebiete.

- a) Das Protektorat Böhmen und Mäh-
- ren.

- b) Das Generalgouvernement. 1 Std.

- 12. Das Verhältnis des Großdeutschen
- Reiches

- a) zur Slowakei,

- b) zu Norwegen,

- c) zu Dänemark,

- d) zu den Niederlanden. 1 Std.

18 Std.

C. Völkerrecht.

1. Begriff und Wesen des Völkerrechts.

Die Selbstbestimmung der Staaten.

a) Innere Selbstbestimmung:

Autonomie, Gebietshoheit, Personalhoheit.

b) Staatsgebiet und Staatsgrenzen.

c) Die Begriffe

halbsouveräne Staaten, Protektorat, Interessengebiet, Kolonien, Schutzgebiete, Mandate.

2 Std.

2. Die Quellen des Völkerrechts.

Der völkerrechtliche Vertrag.

3. Die Erledigung von völkerrechtlichen Streitigkeiten.

1 Std.

4. Der diplomatische und konsularische Verkehr.

a) Die Organe des zwischenstaatlichen Verkehrs.

Diplomatie, Konsulatswesen.

b) Der Begriff der Exterritorialität.

1 Std.

4 Std.

D. Verwaltungsrecht.

1. Begriff und Wesen der Verwaltung.

a) Verwaltung und Regierung — Verwaltung als Obrigkeit und als Fiskus.

b) Der frühere Begriff der Gewaltenteilung und deren Überwindung im nat.-soz. Staat.

c) Die Quellen des Verwaltungsrechts.

2 Std.

2. Aufbau und Gliederung der Verwaltung.

a) Die Träger der Verwaltung.

b) Staatsverwaltung — Auftragsverwaltung — gemeindliche Selbstverwaltung —.

c) Allgemeine Verwaltungsgliederung.

(1) Die Verwaltungszweige (Fachgebiete = vertikale Verwaltungsgliederung)

— Allgemeine Verwaltung.

— Sonderverwaltung.

(2) Instanzen (= horizontale Verwaltungsgliederung)

— Zentralbehörden.

— Mittelbehörden.

— Untere Verwaltungsbehörden.

d) Dienstaufsicht und Fachaufsicht.

e) Reichs- und Landesverwaltung (Die Vereinheitlichung der Behördenbezeichnungen ab 1. 1. 1939).

2 Std.

3. Die Verwaltungsbehörden.

a) Die Reichszentralbehörden.

— Der Führer und Reichskanzler.

— Die Reichsminister.

— Die Reichsminister ohne Ministerium.

— Sonstige Oberste Reichsbehörden.

Die zwischen den Reichsmittelbehörden und den Reichszentralbehörden stehenden, sog. Höheren Reichsbehörden.

c) Die Reichsmittelinstanzen der allg. Verwaltung

— in Preußen,

— im Saargebiet,

— in Hamburg,

— in den Ländern außer Preußen,

— in den neuen Reichsgauen, die im Zuge der Bildung des Großdeutschen Reiches eingegliedert sind.

d) Die unteren Instanzen der allgemeinen Verwaltung. Die Landkreise:

— in Preußen,

— in den übrigen Ländern,

— in den Reichsgauen.

3 Std.

4. Der Verwaltungszwang und das Verwaltungsverfahren.

a) Der Begriff des Verwaltungsaktes.

b) Rechtsschutz.

c) Verwaltungsgerichtsbarkeit.

d) Verwaltungsvollzug und Zwangsverfahren.

2 Std.

5. Die deutsche Gemeindeordnung.

1 Std.

10 Std.

E. Die Deutsche Polizei.

1. Der Polizeibegriff.

Die Aufgaben der Deutschen Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei.

2 Std.

2. Der Aufbau der Deutschen Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei.

4 Std.

3. Polizeirecht.

a) Rechtsquellen.

b) Die Begriffe:

Schutz der Volksgemeinschaft, Gefahrenabwehr, öffentliche Sicherheit und Ordnung, pflichtmäßiges Ermessen, Notwendigkeit der Maßnahmen.

1 Std.

c) Polizeipflichtigkeit — Polizeinotstand.

1 Std.

d) Die Erscheinungsformen der Polizeigewalt.

(1) Die Verwaltungsmaßnahmen im Einzelfall:

— einfache (oder allgemeine) Polizeimaßnahmen.

— Polizeiverfügung; Polizeierlaubnis.

(2) Die allgemeine Anordnung: Polizeiverordnung.

3 Std.

e) Die praktische Durchsetzung von Befehlen (Vollziehung).

(1) Verwarnung, Zwangsvollzug, insbesondere der unmittelbare Zwang.

3 Std.

(2) Sonstige Maßnahmen.

Betreten fremder Räume, polizeiliche Durchsuchung, Sicherstellung (pol. Beschlagnahme), Personenfeststellung, Zwangsgestellung (Sistierung), Inverwahrungnahme von Personen.

2 Std.

f) Die polizeiliche Strafverfügung.

1 Std.

g) Polizeiliches Eingreifen in Privatrechtsstreitigkeiten.

1 Std.

4. # und Polizei.

- a) Grundsätzliches.
- b) Die Höheren # - und Polizeiführer.
- c) Die # - und Polizeigerichtsbarkeit.

1 Std.

19 Std.

F. Beamtenrecht.

1. Begriff des Beamtenrechts.

- a) Das Beamtenrecht als öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis zu Führer und Reich.
- b) Rechtsgrundlagen des Deutschen Beamtenrechts.
- c) Die Arten der Beamten.
- d) Begriff des Vorgesetzten.
- e) Entstehung und Beendigung des Beamtenverhältnisses.
- f) NSDAP. und Beamtenrecht.

3 Std.

2. Die Pflichten der Beamten.

2 Std.

3. Die Folgen der Nichterfüllung von Pflichten.

2 Std.

Die Dienststrafordnung.

7 Std.

G. Einführung in die neue deutsche Wirtschaftsordnung.

Anmerkung: Zum Wissen über das politische und staatliche Leben gehört auch die Kenntnis des nat.-soz. Wirtschaftsaufbaues, seines herrschenden Gedankengutes und seines gestaltenden Willens. Auch im Rahmen des WKP.-Lehrganges kann daher auf diesen Unterricht, der vor allem die wirtschaftsrechtliche Seite beleuchten soll, nicht verzichtet werden. In den wenigen dafür zur Verfügung stehenden Stunden können dagegen nur die allerwichtigsten äußeren Umrisse und inneren Zusammenhänge der neuen deutschen Wirtschaftsordnung dargestellt werden. Dieses Lehrstoffgebiet ist daher nicht Prüfungsfach.

1. Das Wesen der Wirtschaft.

Freie Wirtschaft. Planwirtschaft.

2. Wirtschaftsführung.

Wirtschaftliche Eigenverwaltung.
Staatliche Wirtschaftsverwaltung.
Die DAF.

3. Die öffentliche Lenkung des Güterstroms.

(Erzeugung im Betrieb. Markt- und Wettbewerbsordnung. Rohstoffbewirtschaftung, Verbrauchsregelung. Ordnung des Verkehrswesens.)

3 Std.

4. Raumforschung und Raumordnung.

1 Std.

5. Geld und Währung.

1 Std.

6. Die wehrpolitische Aufgabe der Wirtschaft.

Strategie des Ernährungskrieges.

2 Std.

7. Öffentliches Haushaltswesen.

a) Grundbegriffe.

- (1) Finanzplan und Haushaltsplan.
- (2) Wesen, Zweck, allgemeine Erfordernisse des Haushaltsplanes.
- (3) Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt. Haushaltskontrolle.
- (4) Haushaltsrecht im Reich, in den Ländern und Gemeinden.

1 Std.

b) Haushaltsführung des Reiches.

(1) Entstehung und Gliederung des Planes.

- (2) Die Durchführung. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel; Kassen- und Rechnungswesen; Rechnungslegung.
- (3) Rechnungsprüfung.

1 Std.

9 Std.

H. Grundbegriffe des Zivilrechts.

(Unter Berücksichtigung der Rechtssphäre des jungen Menschen und der Frau.)

Vorbemerkung: Der polizeiliche Dienst kommt ohne Kenntnis des Zivilrechts nicht aus. Daher erscheint eine Wiederholung der wichtigsten Gebiete unerlässlich. Gleichwohl ist das Zivilrecht aber zu umfangreich, als daß im Rahmen des Lehrganges eine Beherrschung, sei es auch nur von Teilen des Zivilrechts, angestrebt werden könnte. Der Lehrplan begnügt sich daher mit einer Stundenzahl, durch die ein wiederholender Überblick gegeben und ein allgemeines Zurechtfinden ermöglicht werden kann. Als Prüfungsgebiet scheidet das Zivilrecht demnach aus.

1. Das Recht der Person.

- a) Geburt und Tod als Beginn und Ende der „Person“. Begriff der Rechtsfähigkeit und der Geschäftsfähigkeit. Sonstige rechtliche erhebliche Eigenschaften der Person (Lebensalter, Geschlechtszugehörigkeit, Rasse- und Staatsangehörigkeit, Reichsbürgerschaft, Wohnsitz).

1 Std.

- b) Die eigene Rechtssphäre des jungen Menschen.

2 Std.

2. Personenvereinigungen.

- a) Gesellschaften, Vereine.
- b) Juristische Personen.
- c) Die Handelsgesellschaften.

1 Std.

3. Rechtsgeschäfte, insbesondere der Vertrag.

Begriff, Wesen, Entstehung, Inhalt.

1 Std.

4. Einzelne Vertragsarten.

- a) Kauf — Tausch.
- b) Miete — Pacht — Leihe.
- c) Darlehen — Verwahrung.
- d) Auslobung.
- e) Bürgschaft.
- f) Dienstvertrag — Werkvertrag.

1 Std.

5. Begriff der „unerlaubten Handlung“.

1 Std.

6. Sachenrecht I (bewegliche Sachen).

- a) Das Verhältnis von Schuldrecht und Sachenrecht. Die dinglichen Rechte.
- b) Besitz und Eigentum.
- c) Die Möglichkeiten des Eigentumserwerbs.
- d) Der „Gutgläubenschutz“.
- e) Fundrecht.
- f) Das Pfandrecht.

1 Std.

1 Std.

1 Std.

7. Sachenrecht II (Bodenrecht).

- a) Die Rechte an Grundstücken und ihre Veränderung.
- b) Das Grundbuch.
- c) Dienstbarkeiten.
- d) Das Pfandrecht an Grundstücken. Hypothek — Grundschuld — Rentenschuld.

8. Familienrecht.	
a) Verlöbnis — Eheschließung — Ehehindernisse — Eheverbote.	
b) Wirkungen der Ehe. Eheliches Güterrecht.	
c) Ehescheidung.	2 Std.
d) Verwandtschaft — Schwägerschaft.	1 Std.
e) Das Recht des ehelichen und des unehelichen Kindes.	3 Std.
f) Vormundschaft — Pflegschaft.	2 Std.
9. Erbrecht.	
a) Begriff des Erbfalls, Erblassers, Erbens.	
b) Erbschaft. Vermächtnis.	
c) Berufung der Erben.	
(1) Gesetzliche Erbfolge.	
(2) Verfügungen von Todes wegen (Testament — Erbvertrag).	2 Std.
10. Einführung in das Recht der Wertpapiere.	
a) Begriff und Arten der Wertpapiere.	
(1) Die Anweisungen.	
(2) Die Schuldverschreibung auf den Inhaber und deren Nebenzettel (Zins- und Gewinnanteilscheine — Erneuerungsscheine).	
(3) Inhaber- und Legitimationspapiere.	
(4) Die Aktien.	
b) Der Wechsel.	
c) Der Scheck.	2 Std.
11. Einführung in das Verfahrensrecht.	
(GVG. und ZPO.)	
a) Begriff des Zivilprozessrechts.	
b) Die Gerichte.	
(1) Ordentliche Gerichte (Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht, Reichsgericht).	
(2) Sondergerichte (Arbeitsgericht, Reichswirtschaftsgericht usw.).	
c) Allgemeiner Verlauf des Zivilprozesses. Grundprinzipien.	1 Std.
d) Das Versäumnisverfahren.	
e) Rechtsmittel (Berufung, Revision, Beschwerde).	
f) Das Mahnverfahren.	
g) Der Urkunden- und Wechselprozeß.	1 Std.
h) Die Zwangsvollstreckung (Offenbarungseid, Haft, Arrest und einstweilige Verfügung).	1 Std.
12. Vergleichsordnung und Konkursordnung.	
a) Konkursordnung.	
(1) Das Wesen des Konkurses.	
(2) Kurze Darstellung der Begriffe Konkursöffnung, K.-Gläubiger, Gemeinschuldner — Konkursmasse. K.-Organe (K.-Verwaltung, K.-Gerichte, Gläubigerversammlung und Gläubigerausschuß), Verteilung der Masse, Beendigung des K. (Einstellung mangels Masse, Konkursverzicht, Zwangsvergleich).	
(3) Soziale Schäden des Konkurses.	
b) Vergleichsordnung.	
(1) Ziel des Vergleichs.	
(2) Verfahren.	1 Std.
13. Freiwillige Gerichtsbarkeit, unter Berücksichtigung der Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts.	2 Std.
	<u>30 Std.</u>
J. Strafrecht.	
Abschn. 1 Allgemeiner Teil.	
1. Das Wesen und die Aufgaben des Strafrechts.	
a) Begriff des Strafrechts. Der formelle Verbrechensbegriff.	
b) Das StGB. von 1871 als Ausdruck des liberalen und individuellen Denkens des 19. Jahrhunderts. „Kein Verbrechen ohne Gesetz. Keine Strafe ohne Gesetz.“ Der Standpunkt des Nationalsozialismus: „Kein Verbrechen ohne Strafe.“	
c) Das völkische Strafrecht als Willensstrafrecht. Ziel und Zweck des Strafrechts.	
d) Die Rechtsquellen.	2 Std.
2. Persönliche, räumliche und zeitliche Geltung des Strafrechts.	1 Std.
3. Die strafbare Handlung.	
a) Handlung — Tun oder Unterlassen.	1 Std.
b) Die Tatbestandsmäßigkeit. Die entsprechende Anwendung von Strafgesetzen.	2 Std.
4. Die Rechtswidrigkeit. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe.	2 Std.
5. Die Schuld.	
a) Der Schuldbegriff.	1 Std.
b) Die Zurechnungsfähigkeit (Schuldfähigkeit).	2 Std.
c) Vorsatz — Irrtum.	2 Std.
d) Fahrlässigkeit.	
e) Entschuldigungsgründe.	1 Std.
6. Bedingungen der Strafbarkeit.	
7. Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe.	1 Std.
8. Bedingungen der Strafverfolgbarkeit. Der Strafantrag.	1 Std.
9. Die Formen der Tatbegehung.	
a) Vorbereitung — Versuch, einschl. Rücktritt. Vollendete Handlung.	2 Std.
b) Täterschaft und Teilnahme.	2 Std.
c) Konkurrenzen.	2 Std.
10. Die Strafe und die Maßregeln der Sicherung und Besserung.	3 Std.
	<u>25 Std.</u>
Abschn. 2 Besonderer Teil des Strafrechts.	
Hochverrat (§§ 80—87 StGB.).	2 Std.
Landesverrat (§§ 88—93a StGB.).	2 Std.

Die Sondertatbestände der Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17. 8. 1938 (RGBl. I 1939 S. 1455) und die §§ 94 bis 109 StGB.	1 Std.
Widerstand gegen die Staatsgewalt i. w. S. (§§ 110—122 b StGB.).	1 Std.
Delikte wider die öffentl. Ordnung I. (§§ 123—135 StGB.) ferner das Heimtücke-gesetz vom 20. 12. 1934.	1 Std.
Delikte wider die öffentl. Ordnung II. (§§ 136—145a StGB.).	1 Std.
Die Bestimmungen über	
a) Kriegsschädliches Verhalten (Kriegswirtschafts-VO. v. 4. 9. 1939 und Verbrauchsregelungsstraf-VO. vom 6. 4. 1941).	
b) Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. 9. 1939.	
c) VO. gegen Volksschädlinge vom 5. 5. 1939.	
d) VO. gegen Gewaltverbrecher v. 5. 12. 1939.	2 Std.
Münzdelikte.	1 Std.
Eidesverletzung (§§ 153—163 StGB.).	
Falsche Verdächtigung (§ 164 StGB.).	1 Std.
Religions- und Personenstandsdelikte (§§ 165—170 StGB.).	
Tierquälerei (Tierschutzgesetz v. 24. 11. 1933).	1 Std.
Sittendelikte I (§§ 171—175b StGB.).	1 Std.
Ehrenkränkung (§§ 185—200 StGB.).	1 Std.
Tötungsdelikte (§§ 201—216 StGB.).	
Kindestötung (§ 217 StGB.).	3 Std.
Abtreibung (§§ 218—220 StGB.).	2 Std.
Angriffe auf die Rasseinheit und Erbgesundheit (Blutschutzgesetz vom 15. 9. 1935, Ehegesundheitsgesetz vom 18. 10. 1935).	1 Std.
Aussetzung.	
Körperverschulung (§§ 221—233 StGB.).	2 Std.
Delikte gegen die Freiheit (§§ 234—241 StGB.).	1 Std.
Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 bis 248a StGB.) und Nebengesetze (Entziehung elektr. Arbeit, unbefugter Gebrauch von Kraftfahrzeugen usw.).	3 Std.
Raub — Erpressung (§§ 249—256 StGB.).	1 Std.
Begünstigung — Hehlerei (§§ 257—262 StGB.).	1 Std.
Betrug — Untreue (§§ 263—266 StGB.).	3 Std.
Urkundenfälschung (§§ 267—280 StGB.).	2 Std.
Bankrott.	1 Std.
Glücksspiel (§§ 284—286 StGB.).	
Rennwett- und Lotteriegesezt.	1 Std.
Sonstiger strafbarer Eigennutz (§§ 288 bis 298 StGB.).	1 Std.
Geheimnisverletzung (§§ 299, 300 StGB. und diesbezügliche Nebengesetze).	1 Std.
Ausbeutung und Wucher, Sachbeschädigung (§§ 301—305 StGB.).	2 Std.
Gemeingefährliche Delikte (§ 306 ff. StGB.), insbesondere die Brandstiftung.	3 Std.
Die Delikte (§§ 330a—330c StGB.).	
Das Opiumgesetz.	
Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.	1 Std.
Amtsverbrechen (§§ 331—359 StGB.).	2 Std.
	48 Std.

Abschn. 3 Strafverfahrensrecht.

1. Begriff und Aufgaben des Strafverfahrens.	
Die drei Teile des formellen Strafrechts: GVG., StPO. und Strafvollstreckungsrecht. Quellen des Strafverfahrensrechts.	
2. Überblick über den allgemeinen Verlauf des Strafverfahrens.	
(Vorverfahren, Zwischenverfahren, Hauptverfahren.)	
Die Prinzipien des Strafverfahrens.	1 Std.
3. Die Gerichtsbarkeit in Strafsachen.	
a) Ordentliche Gerichte, besondere Gerichte. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden.	
b) Besetzungen der Gerichte. Instanzenzug.	1 Std.
c) Sachliche Zuständigkeit, Gerichtsstand. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen.	1 Std.
4. Die Staatsanwaltschaft.	1 Std.
5. Der Beschuldigte.	
Vernehmung.	
Verteidigung.	1 Std.
6. Das Verfahren im allgemeinen.	
a) Richterliche Entscheidungen.	
— Urteile, Beschlüsse, Verfügungen.	
— Gerichtliche und richterliche Entscheidungen.	1 Std.
b) Das Beweisrecht.	
— Begriff des Beweises.	
— Beweiserhebliche Tatsachen. (Haupttatsachen, Indizien, Hilfstatsachen, Erfahrungssätze.)	
— Die einzelnen Beweismittel: Persönliche Beweismittel (Zeugen, Sachverständige, Beschuldigte). Sachliche Beweismittel (Augenscheinobjekte, Urkunden).	2 Std.
7. Die Zwangsmittel zur Durchführung des Prozesses.	
a) Durchsuchung.	1 Std.
b) Beschlagnahme.	
c) Freiheitsentziehung (vorläufige Festnahme, Verhaftung, einstweilige Unterbringung).	1 Std.
8. Das Verfahren in erster Instanz.	
a) Das Vorverfahren.	
(1) Vorbereitendes Verfahren der Staatsanwaltschaft.	
(2) Gerichtl. Voruntersuchung.	1 Std.
b) Das Zwischenverfahren.	
c) Das Hauptverfahren.	
(1) Vorbereitung der Hauptverhandlung.	
(2) Hauptverhandlung.	1 Std.
9. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe gegen rechtskräftige Urteile.	1 Std.

1. Raum und Politik	
Grundfragen der Geopolitik.	
Lebensraum und Kolonien.	4 Std.

2. Der Sinn des gegenwärtigen Krieges
als Kampf zweier Welten.
Deutschlands Kampf um die Neuordnung Europas und Gewinnung deutschen Lebensraumes im Osten. 4 Std.
 3. Die weltpolitischen Ziele der anderen Achsenmächte. 4 Std.
 4. Grundzüge der deutschen Außenpolitik. 6 Std.
 5. Aufgaben, Aufbau, Taktik und Technik des Auslandsnachrichtendienstes. 2 Std.
- 20 Std.

Lehrfach V: Verbrechensbekämpfung.

Abschn. I Die Lehre vom Verbrechen und vom Verbrecher.

1. Die Kriminalwissenschaft allgemein.
 - a) Begriff und Wesen des Verbrechens.
 - b) Einteilungen und Begriffsbestimmungen auf dem Gebiet der Kriminalwissenschaft.
 - c) Die Geschichte der Kriminalwissenschaft. 2 Std.
2. Das Verbrechen im Leben des Volkes.
 - a) Rasse, Volkscharakter und Verbrechen.
 - b) Umwelt des Volkes und Verbrechen. 8 Std.
3. Die verbrecherische Persönlichkeit.
 - a) Das Werden der verbrecherischen Persönlichkeit in Abhängigkeit von Anlage und Umwelt.
 - (1) Anlage, Umwelt und Persönlichkeit allgemein.
 - (2) Das Verbrechen als Ausdruck der biologischen Persönlichkeit des Täters.
 - Allgemeines über Kriminalbiologie.
 - Versuche, die seelische Eigenart vom Verbrecher an gewisse Körperbildungen zu knüpfen.
 - Die psychologischen Grundlagen und Komponenten der Persönlichkeit und ihre Beziehung zum Verbrechen.
 - Triebleben, Temperament, Verstand, Charakter und Verbrechen.
 - Ausdrucksprägungen, Ausdrucksbewegungen und Verbrechen.
 - Abnorme Persönlichkeiten und Verbrechen.
 - Erbanlage und Verbrechen.
 - Geschlecht und Verbrechen.
 - Lebensalter und Verbrechen.
 - Krankheit und Verbrechen.
 - Die Organisation des kriminalbiologischen Dienstes. 10 Std.
 - (3) Die Umwelt des Verbrechers.
 - Die Umwelt als persönlchkeitsgestaltende Kraft.
 - Erziehungs- und Lebensgemeinschaften (Exner). 7 Std.

- (4) Kriminalstatistik.
Wesen und Forschungsziel der Kriminalstatistik sowie ihre Technik und Nutzbarmachung im Deutschen Reich. 2 Std.
- b) Versuche von Einteilungen der Verbrecher. 1 Std.
- c) Allgemeine Lebensformen der Verbrecher.
 - Der Lebenslauf des Verbrechers.
 - Allgemeine Gepflogenheiten.
 - Verbrechergemeinschaften, Verbrecherlokale und Schlupfwinkel.
 - Tätowierungen.
 - Verständigungsmittel (Verbrechersprache, Gaunerzinken).
 - Verbrecheraberglaube. 6 Std.

4. Die Verbrechensbegehung.

- a) Persönlichkeit und Tat.
 - Das Werden der Tat.
 - Die allgemeine Arbeitsweise der Verbrecher.
 - Fingierte Verbrechen.
 - Das Verhalten des Verbrechers nach der Tat. 4 Std.
- b) Die Erscheinungsformen der einzelnen Verbrechen.
 - Über die Methodik der Behandlung der einzelnen Verbrechen. Wesen, Vorgeschichte, Objekte des Verbrechens (Opfer, Geschädigter).
 - Der Täter, sein Erscheinungsbild, seine Umwelt.
 - Die Tatausführung.
 - Besonderheiten des Tatorts und der Tatzeit.
 - Beweggründe des Täters.
 - Die einschlägige Rechtslage.
 - Die Besonderheiten der kriminalistischen Bearbeitung u. Vorbeugung. 1 Std.
 - Die wichtigsten kriminalpolizeilich bedeutsamen Sachverhalte (unter besonderer Berücksichtigung der von Kindern, Jugendl. u. Frauen oder vor bzw. mit denselben begangenen Delikte).
- (1) Todesermittlung. 4 Std.
- (2) Vermißte und unbekannte Tote. 1 Std.
- (3) Selbstmord und Selbstmordversuche. 2 Std.
- (4) Abtreibung. 2 Std.
- (5) Kindestötung. 1 Std.
- (6) Körperverletzung, insbes. Kindesmißhandlung, Vernachlässigung von Kindern usw.
- (7) Gewissenlose Gefährdung der Arbeitskraft von Kindern oder Jugendlichen durch Überanstrengung.
- (8) Aussetzung. 3 Std.
- (9) Brandstiftung. 3 Std.
- (10) Raub und räuberische Erpressung 1 Std.
- (11) Diebstahl.
 - Grundsätzliches 2 Std.
 - einfacher Diebstahl 2 Std.
 - Einbruch. 1 Std.
- (12) Hehlerei.

(13) Betrug (Fälschung).	
— Grundsätzliches.	
— Betrug allgemein.	2 Std.
— Betrug in der Wirtschaft, insbesondere die Erscheinungsformen der Kriegswirtschaftsdelikte.	1 Std.
— Korruption an und bei Behörden.	1 Std.
— Wette und Spiel.	1 Std.
— Kunstfälschungen.	1 Std.
— Geld- und Wertpapierfälschungen.	1 Std.
— Kurpfuscherei.	2 Std.
(14) Rauschgiftdelikte.	2 Std.
(15) Sitte und Sexualdelikte.	
— Begriffe. Grundsätzliches.	
— Das Prostitutionsproblem. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.	6 Std.
— Zuhälterei.	1 Std.
— Gleichgeschlechtliche Handlungen.	
— Homosexuelle Jugendverführer.	2 Std.
— Mädchenhandel.	1 Std.
— Unzüchtige Bilder, Schriften, Gegenstände.	2 Std.
— Exhibitionismus.	
— Verbotener Geschlechtsverkehr mit engen Verwandten.	
— Rassenschande.	2 Std.
(16) Falsche Anschuldigung.	
(17) Schreiber anonymer Briefe.	1 Std.
(18) Ehrenkränkung.	1 Std.
(19) Das Zigeunerproblem.	1 Std.
5. Jugendgefährdung und Jugendkriminalität.	
a) Vorbegriffe.	
b) Ursachen der Jugendgefährdung.	
(Mit ärztlichen Sondervorträgen in Verbindung mit Lehrfach VII.)	
(1) In der Persönlichkeit liegende Schäden	
— Anlageschäden (Schwachsinn, Abartung, Entartung, psychopathische Persönlichkeiten),	
— später auftretende Neigung zur Verwahrlosung; Pubertät und Jugendgefährdung.	6 Std.
(2) Umweltschäden	
— Uneheliche Geburt, Verwaisung, Kindesaussetzung usw.	
— Wohnungselend.	
— Erziehungs- und Lebensgemeinschaften (vgl. auch Abschn. 1 Ziff. 3).	
(3) Schädigende Einflüsse des Krieges.	5 Std.
c) Verwahrlosungserscheinungen	
— Grundsätzliches.	2 Std.
— Swingjugend, Cliquesbildung, Nacktkulturpropaganda usw.	1 Std.
d) Jugendkriminalität im Spiegel der Statistik.	
— Entwicklung der Gesamtkriminalität der Jugend.	
— Kriminalitätsbelastung der Geschlechter.	
— Anteil der Altersstufen.	
— Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Delikte, insbesondere der schweren Delikte und Sittlichkeitsdelikte.	2 Std.
	<u>107 Std.</u>

Abschn. 2 Die Verbrechensbekämpfung (i. e. S.).

Teil 1 Allgemeines.

Die Ziele und Träger der Verbrechensbekämpfung, insbesondere die Aufgaben der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung.

1 Std.

Teil 2 Die Verbrechensverfolgung.

I. Die Aufklärung des begangenen Verbrechens, die Verfolgung und Behandlung des Täters.

A. Entwicklung, Aufgaben und Aufbau und Dienstverkehr der Reichskriminalpolizei.

1. Entwicklung der Kriminalpolizei.

2. Aufgaben und Aufbau der Reichskriminalpolizei.

3 Std.

3. Dienstverkehr der Kriminalpolizei.

a) Geschäftsgang und Geschäftsführung.

3 Std.

b) Verkehr mit dem Publikum.

c) Entsendung von Beamten nach auswärts.

1 Std.

d) Verkehr mit anderen Sparten der Polizei,

— anderen Behörden,

— Privateinrichtungen,

— dem Ausland.

2 Std.

e) Aktengestaltung und Berichtstechnik.

2 Std.

B. Das taktische Vorgehen bei der Verbrechensaufklärung.

Das allgemeine taktische Vorgehen muß als bekannt vorausgesetzt werden. Auf die spezielle Kriminaltaktik ist bei der Besprechung der einzelnen Delikte (s. Abschnitt 1 „Verbrechensbegehung“) einzugehen.

Zu wiederholen ist:

1. Die Vernehmung (von Kindern, Jugendlichen und Frauen siehe unter WKP.).

2 Std.

2. Die Personenfeststellung.

1 Std.

3. Der KP-Meldedienst.

1 Std.

4. Das KP-Karteiwesen.

2 Std.

5. KP-Strafakten. Die Polizeiliche Liste. Das Strafregister der Strafjustiz.

2 Std.

6. Die Fahndungsmittel.

3 Std.

C. Überblick über den neuesten Stand der Kriminaltechnik.

1. Begriff, Wesen und Aufgaben der Kriminaltechnik. Empirische und wissenschaftliche Gutachtertätigkeit.

Das Kriminaltechnische Institut der Sicherheitspolizei und die KTU.-Stellen. (Mit Besichtigungen.)	2 Std.	b) Gelegenheit zur zweiseitigen Selbstschutz der Bevölkerung	
2. Das Fingerabdruckwesen.	2 Std.	— Allgemeine Aufklärung und Belehrung.	
3. Schußverbrechen und ihre kriminaltechnische Aufklärung.	2 Std.	— Warnung vor auftretenden Spezialistenverbrechern.	
4. Die Chemie im Dienste der Kriminalistik.	1 Std.	— Technische Sicherungen.	2 Std.
5. Die Anwendung der verschiedenen Strahlenarten in der Kriminalistik. Die UV-Lampe.	1 Std.	— Beratungsstellen.	
6. Die Biologie als Helferin der Kriminalistik (Schmutz, Staub, Haare, Federn, Fasern usw.).	1 Std.	4. Besondere kriminalpolizeiliche Vorbeugung.	
7. Urkunden- u. Schriftuntersuchung. Die Abnahme von Vergleichsschriftproben.	2 Std.	a) Der gleichzeitig vorbeugende Charakter der allgemeinen kriminalpolizeilichen Verbrechenverfolgung.	
8. Gerichtliche Medizin und Psychiatrie:		b) Vorbeugungsmaßnahmen gegen Einzelpersonen.	
a) Leichenerscheinungen.	2 Std.	— Lose Überwachung.	
b) Abtreibung und Kindestötung vom forensischen Standpunkt.	2 Std.	— Polizeiliche planmäßige Überwachung.	
c) Psychopathische Persönlichkeiten. Krankhaftes Seelenleben.	5 Std.	— Polizeiliche Vorbeugungshaft.	
II. Die strafrechtliche Verfolgung des begangenen Verbrechens.		c) Mitarbeit auf dem Gebiet der Kriminalpolitik.	3 Std.
1. Das dogmatische Straf- und Strafverfahrensrecht (siehe Volk, Staat, Recht).		d) Der Entwurf eines Gemeinschaftsrechtsverstoßgesetzes (seine Auswirkung auf Jugendliche siehe unten Teil 5 Ziff. 7).	2 Std.
2. Die Strafe und ihre Wirkungen (siehe Strafrecht unter Volk, Staat, Recht). Spezialthema: Pädagogische Probleme im Jugendstrafvollzug. Mit Besichtigungen.	3 Std.	Teil 4 Schutz der Jugend.	
3. Strafrechtspolitik. Spezialthema: Straftatensanktionenfürsorge.	2 Std.	1. Elternhaus, Schule und HJ. als Erziehungssträger.	
Teil 3 Die Verbrechensvorbeugung.		a) Jugend und Elternhaus.	
Allgemein.		b) Jugend und Schule. Der Erziehungsauftrag der Schule und HJ.	
1. Die Entwicklung des Vorbeugungsgedankens. Die Abgrenzung der unmittelbaren Verbrechensvorbeugung von den mittelbar ebenfalls verbrechensvorbeugend wirkenden staatlichen Aufgaben der Sozialpolitik, Wohlfahrtspflege usw.		c) Das Jugendverfassungsrecht.	
2. Die Vorbeugung auf strafrechtlicher Grundlage.	1 Std.	(1) Die HJ., ihre Rechtsstellung und Rechtsnatur. Der Erziehungsauftrag der HJ.	
3. Die Verringerung der tatauslösenden Umweltreize.		(2) Der Reichsjugendführer und Jugendführer des Deutschen Reiches; der Reichsleiter für Jugend-erziehung.	
a) Vorbeugung im Rechts- und Wirtschaftsleben (insbesondere gegen Fälschung, Diebstahl und Gewalttaten).		(3) Die Jugenddienstpflicht.	
— Formvorschriften.		(4) Ehren- und Disziplinarrecht der HJ. Die Disziplinarmittel der HJ., insbesondere der Jugenddienstarrest.	
— sonstige Maßnahmen.		(5) Die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Erziehungsgewalt der HJ. Der HJ-Streifendienst. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung.	4 Std.
		2. Jugendförderung. Die staatlich gepflegte Jugend-erziehung außerhalb der Schule.	1 Std.
		3. Jugendarbeitsrecht, insbesondere das Jugendschutzgesetz vom 30. 4. 1938.	2 Std.
		4. Jugendhilfe.	
		a) Allgemein. Begriffe. Rechtsgrundlagen.	
		b) Die Träger der Jugendhilfe und deren Aufgaben.	

Teil 5

Lehrfach
Anm
vorzug
ist es
einen F
geben
zu ver
Verstär
esse ei

(1) Die öffentliche Jugendhilfe: Jugendämter (Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9. 7. 1922).

(2) Die freie Jugendhilfe, insbesondere die NSV.-Jugendhilfe.

c) Die Maßnahmen der Jugendhilfe, unter zusätzlicher Berücksichtigung dereugenischen, ärztlichen und heilpädagogischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendgefährdung.

5. Polizeirechtlicher Schutz der Jugend.

a) Die Polizei-VO. zum Schutz der Jugend v. 9. 3. 1940 (RGBl. I S. 499) und der Durchführungsbestimmung, RdErl. des RFH vom 18. 3. 1940 (MBliV. S. 591).

b) Polizei-VO. über Fernhaltung der Jugend von öffentl. Schieß- u. Spieleinrichtungen v. 24. 10. 1939 (RGBl. I S. 2116).

c) Polizei-VO. über die Fernhaltung der Jugend von öffentl. Tanzlustbarkeiten vom 29. 11. 1939 (RGBl. I S. 2374).

d) Die sich auf die Jugendlichen beziehenden Bestimmungen des Gaststättengesetzes vom 8. 3. 1936 und des Lichtspielgesetzes vom 16. 2. 1936.

6. Der Entwurf eines Gemeinschafts-fremdengesetzes in seiner Anwendung auf Jugendliche und Kinder (vgl. Teil 3 Ziff. 4d).

Teil 5 Die Tätigkeit der Weiblichen Kriminalpolizei.

1. Geschichtliche Entwicklung und Aufgaben der Weibl. Krim.-Polizei.

2. Rechtsgrundlagen und Dienstvorschriften für die Arbeit der WKP. Zuständigkeit.

3. Rechtsgrundlagen und technische Handhabung des Außendienstes der WKP.

4. Die Behandlung der Kinder und Jugendlichen bei der WKP.

5. Die Reichszentrale zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.

6. Jugendschutzlager.

6 Std.

6 Std.

2 Std.

6 Std.

8 Std.

6 Std.

6 Std.

8 Std.

111 Std.

Lehrfach VI: Gegnerbekämpfung.

Anmerkung: Obwohl das Tätigkeitsfeld der WKP. vorzugsweise auf rein kriminalpolizeilichem Gebiete liegt, ist es notwendig, den WKP.-KK.-Anwärterinnen auch einen Einblick in den staatspolizeilichen Aufgabenkreis zu geben und eine Einfühlung in staatspolizeiliches Denken zu vermitteln. Ziel dieses Unterrichts ist das Wecken des Verständnisses für die staatspolizeiliche Arbeit im Interesse einer guten Zusammenarbeit, zumal die WKP. auf

Anfordern auch für die Geh. Staatspolizei tätig werden kann. (RdErl. des RFH v. 24. 11. 37 — S. Kr. 1 Nr. 1890/37 - 2001 - 7 —)

A. Die Geschichte der Geh. Staatspolizei.

1. Der Begriff der politischen Polizei und seine Wandlungen in der Geschichte.

2. Die Entwicklung und die Aufgaben der Geh. Staatspolizei.

3. Der Aufbau der Geh. Staatspolizei.

2 Std.

2 Std.

B. Die staatspolizeiliche Bearbeitung der innerpolitischen Angelegenheiten.

1. Der Kommunismus.

a) Die Organisation der Komintern.

b) Die KPD. und ihre Taktik.

c) Organisation und Methoden des kommunistischen Kampfes.

4 Std.

2. Die Bekämpfung der politischen Kirche.

2 Std.

3. Die staatsfeindliche Betätigung von Ausländern in Deutschland. Die staatspolizeiliche Behandlung fremden Volkstums.

2 Std.

4. Formen und Mittel der Feindpropaganda und Zersetzungstätigkeit (Illegale Druckschriften, Flüsterpropaganda, ausländische Sender usw.).

2 Std.

5. Die Bekämpfung der Sabotage.

2 Std.

6. Die Bekämpfung des politischen Attentats. — Schutzdienst —.

1 Std.

7. Abwehr.

2 Std.

8. Die staatspolizeiliche Behandlung der Fremdenlegionäre, Refraktäre, Deserteure und Prestatäre.

1 Std.

C. Die Arbeitsweise, Einrichtungen und Hilfsmittel der Geh. Staatspolizei.

1. Die Quellen zur Erlangung der Kenntnis von staatspolizeilich interessierenden Vorgängen.

Die Zusammenarbeit mit V-Leuten.

1 Std.

2. Die allgemeinen Richtpunkte für die Erkennung und Erfassung gegnerischer Bestrebungen.

— Völliges Erfassen des Gegners in seinem geistigen Grundelement.

— Totales Erkennen des Gegners und der Bedeutung seiner Angriffs- und Zerstörungsabsichten.

— Kriminalistisches Ermitteln seiner Arbeitsweise und Taktik.

(Äußeres Erscheinungsbild, angebliche Ziele, Tarnung der wirklichen Ziele, Stärke, Anhängerkreis, Finanzierung, Verbindungen, Organisation, Betätigungsart, Kampfmethoden und -mittel, Nachrichtenquellen, Kurierdienst, Anlaufstellen, akute Ziele usw.).

3. Der Begriff des politischen Verbrechens.

1 Std.

4. Geheimsachen — Verschlussanweisung.

1 Std.

5. Staatspolizeiliches Fahndungswesen.

1 Std.

6. Das Karteiwesen der Geh. Staatspolizei.

1 Std.

7. Besonderheiten der staatspolizeilichen Freiheitsentziehung:

a) Grundsätzliches.

- b) Die staatspolizeiliche vorläufige Festnahme.
- c) Die Schutzhaft.
- d) Die Einweisung in ein Arbeitslager. 2 Std.
- 8. Überwachungen. 1 Std.
- 9. Die staatspolizeiliche Vernehmung. 1 Std.
- 10. Staatspolizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen.
- a) Erteilung von Auflagen.
- b) Die staatspolizeiliche Warnung.
- c) Das staatspolizeiliche Sicherungsgeld. 1 Std.

30 Std.

Lehrfach VII: Grundzüge der Menschenkenntnis, Menschenbeurteilung und Menschenführung.

1. Lebensaufbau, Persönlichkeit und Charakter als Grundlagen für die praktische Menschenkenntnis unter besonderer Berücksichtigung d. Frauenpsyche.
 - a) Die allgemeine Seelenkunde
(— Sinneswahrnehmung, Gestaltungsfähigkeit, Aussage, Gedächtnis, Urteilsfähigkeit.
— Gefühl.
— Der Wille. Der Entschluß.
— Unbewußtes Seelenleben.
— Krankhaftes Seelenleben.)
wird als bekannt vorausgesetzt.
 - b) Lebensaufbau, Persönlichkeit, Grundlagen der Charakterkunde.
 - c) Ausdruckslehre und Charakterkunde.
 - d) Psychologie der Handschrift.
 - e) Die Gesamtbeurteilung eines Menschen.
Wert und Unwert der Psychotechnik. 24 Std.
2. Lehr- und Lerntechnik. 8 Std.
3. Politische Psychologie.
 - a) Die seelischen Grundbedingungen der Gesinnung.
 - b) Der Anteil der Rasse an der Gestaltung des Völkercharakters.
 - c) Die Stimmungs- und öffentliche Meinungsbildung.
Die Macht einer einheitlichen Weltanschauung und ihr Einfluß auf die Gesinnung.
Krieg und Gesinnung. 3 Std.
4. Führererziehung.
 - a) Von der Bedeutung einer psychologischen Ausbildung für die Menschenführung.
 - b) Das Wesen der Disziplin.
Die Erziehung zur Disziplin.
Der Weg zum Befehlen über das Gehorchen.

- c) Verantwortung und Initiative.
Persönlicher Entschluß und gemeinsame Leistung.
Charakterverwandtschaft zwischen Führenden und Geführten.
- d) Befehlsgebung.
Die hauptsächlichsten Führungsfehler und ihre Ursachen.
- e) Die großen Führungs- und Erziehungssysteme der Weltgeschichte.

10 Std.

45 Std.

Besichtigungen.

1. Die Einrichtungen des Reichskriminalpolizeiamtes.
2. Das Kriminaltechnische Institut der Sicherheitspolizei.
3. Die Einrichtungen des Geheimen Staatspolizeiamtes.
4. Die Zentralkartei und Zentralaktenhaltung des SD.
5. Teilnahme an einer Sitzung des Volksgerichtshofes.
6. Frauengefängnis.
7. Frauenkonzentrationslager.
8. Jugendschutzlager (Uckermark).
9. Jugendarrestanstalt.
10. Leichenschauhaus und Lehrmittelsammlung des Gerichtsärztlichen Instituts. Vorführung einer Obduktion.
11. Einrichtungen der Reichsfrauenführung.
12. Mütterdienst.
13. Bräuteschule (Schwanenwerder).
14. Institut für Erbbiologie beim Gesundheitsamt.
15. Heil- und Pflegeanstalt.
16. Einrichtungen der DAF., insbesondere die Ausstellung des Reichsheimstättenamtes der DAF.
17. Einrichtungen des Reichsarbeitsdienstes.
18. Einrichtungen der NSV.
19. Einrichtungen der Reichsjugendführung.
20. Lager ausländischer Arbeiter(innen).
21. Statistisches Reichsamt.
22. Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (RWU.) des Reichserziehungsministeriums.
23. Filmunternehmen insbesondere die Lehrschau der Ufa in Babelsberg.
24. Zeitungsunternehmen.
25. Staatliche Porzellanmanufaktur.
26. Arbeitsschutzmuseum.

Die Besichtigungen finden teils halbtägig an freien Nachmittagen, teils ganztägig an den hierfür im Lehrplan offen gelassenen Tagen statt. Ferner Besuche von Theatern, Ausstellungen und Museen.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 311.

Nur

Num

Sicher
ange
fach
der
tung
f. d
RF/
fung
zwe
begl
weis
bew

(1)
Pol. O
(MBli
Dienst
nd d
Die fü
Ausna
auch
NSDA
u. Um
1941
1941 N

(2)
den V
Chefs
über
die St
mäßig
stellen

1) A
geordn
nehmig
dazu ol
u. 5
polizeis
treter i
nChdDt
Befehls

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preussische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 49

Berlin, den 31. Oktober 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 16. 9. 42 Dienstreiseangelegenheiten. S. 325. — RdErl. 5. 10. 42 Vereinfachung der Verwaltung; hier: Diensthundwesen der Sich.Pol. S. 325. — RdErl. 16. 10. 42 Errichtung u. Aufgaben der Dienststelle „Der Beauftragte f. d. Diensthundwesen beim Persönl. Stabe des RFH“. S. 326. — RdErl. 14. 10. 42 Beschaffung von Petroleum für Leucht- u. Reinigungszwecke. S. 327. — RdErl. 20. 10. 42 Abschriftenbeglaubigung von Urkunden f. d. Abstammungsnachweis der H. S. 327. — RdErl. 20. 10. 42 Devisenbewirtschaftung. Grenzwechselstellen u. Reichs-

kreditkassen. S. 327. — RdErl. 20. 10. 42 Vereinfachung der Verwaltung; hier: Zahlung des pauschalen Bewegungsgeldes an die Krim.Angestellten. S. 327. — RdErl. 23. 10. 42 Grenzübergang durch Fahrzeuge. S. 327. — RdErl. 24. 10. 42 Unfallfürsorge f. d. nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder dSPudSD. S. 328.

Verschiedenes. RdErl. 26. 10. 42 Erinnerung. S. 328. — Berichtigung. S. 328.

Personalmitteilungen. S. 328.

Sicherheitspolizei und SD

Dienstreiseangelegenheiten.

RdErl. des RSHA. vom 16. 9. 1942
— II A 1 Nr. 153/42-151 —

(1) Durch RdErl. des RMdI. vom 3. 9. 1941 — Pol. O-VuR. Org. 1978/41 u. S II C 2 Nr. 1279/41-297 — (MBliV. S. 1588) ist eine umfassende Regelung der Dienstreiseangelegenheiten für die gesamte Polizei und damit auch für die Sich.Pol. getroffen worden. Die für die Sich.Pol. getroffene Regelung gilt — mit Ausnahme der Ziff. 6 des RdErlasses — sinngemäß auch für den SD bis andere Bestimmungen für die NSDAP. auf Grund des Artikels 2 Abs. 3 der Reise- u. Umzugskostenverordnung der NSDAP. vom 1. 12. 1941 (Besoldungs- u. Versorgungsblatt der NSDAP. 1941 Nr. 9) erlassen werden.

(2) Soweit Dienstreiseanträge nach den bestehenden Vorschriften der persönlichen Genehmigung des Chefs der Sich.Pol. u. des SD bedürfen¹⁾ sind sie über das RSHA., Ref. I A 1, vorzulegen, welches dazu die Stellungnahme der jeweils personell, sachgebietsmäßig und verwaltungsmäßig zuständigen Dienststellen des RSHA. einholt.

¹⁾ Auslandsdienstreisen, Dienstreisen der Leiter der nachgeordneten Dienststellen von Sich.Pol. u. SD über die nicht genehmigungspflichtige Zeit von 3 bzw. 7 Tagen hinaus (siehe dazu obenbezeichneten RdErl. des RMdI. vom 3. 9. 1941 Ziff. 3 u. 5 — MBliV. S. 1588). Dienstreisen der Inspektoren, Staatspolizeistellenleiter und SD-Abschnittsführer sowie ihrer Vertreter in die besetzten Gebiete (siehe dazu RdErl. des RFH- u. ChdDtPol. i. RMdI. vom 9. 9. 1941 — S I A 1 a Nr. 141/41 — Befehlsbl. S. 161).

(3) Im übrigen wird noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Dienstreisen nur dann ausgeführt werden dürfen, wenn der Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden kann. Schon die durch die Kriegsanforderungen übermäßige Belastung der Reichsbahn macht es notwendig, jede nicht dringliche Dienstreise auf der Eisenbahn zu unterlassen. Der die sachliche Richtigkeit bescheinigende Beamte hat darauf zu achten, daß jedes Dienstgeschäft nur auf die unbedingt notwendige Zeit beschränkt und mit dem niedrigsten Kostenaufwand durchgeführt wurde.

(4) Alle früheren in dieser Angelegenheit ergangenen entgegenstehenden Anordnungen werden aufgehoben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 325.

Vereinfachung der Verwaltung; hier: Diensthundwesen der Sicherheitspol.

RdErl. d. RFH u. ChdDtPol. im RMdI. vom 5. 10. 1942
— S V C 2 Nr. 1227/42 u. O-Kdo II Vet 8 c Nr. 7/42 —
(abgedruckt im MBliV. S. 1970)

Zur Geschäftsvereinfachung und zur einheitlichen Ausrichtung des Diensthundwesens der Sich.Pol. ordne ich an:

1. Die Federführung auf dem Gebiet des Diensthundwesens der Sich.Pol. wird mit sofortiger Wirkung dem Reichssicherheitshauptamt — Amt V (Reichskrim.Pol.Amt) — übertragen. Das RSHA. hat alle das Diensthundwesen betreffenden Angelegen-

heiten im Benehmen mit dem Beauftragten f. d. Diensthundwesen beim Persönl. Stabe des RFH (Befehle v. 15. 5. und 11. 9. 1942, Befehlsblatt S. 326) zu regeln.

2. Gleichzeitig übernimmt das Reichskrim.Pol.Amt die bisher von der Krim.Pol.Leitstelle Berlin wahrgenommenen zentralfachlichen Aufgaben. Hierzu gehören die Beschaffung von Hunden und Ausrüstungsgegenständen, die Abhaltung von Lehrgängen und Ausbildung von Diensthundführern in Sonderfällen, die unmittelbare Auswertung der von den Krim.Pol.-Leitstellen zu erstattenden Berichte, die karteimäßige Erfassung aller Diensthundführer und Diensthunde sowie die Ausmusterung von Diensthunden.

3. Die Ausmusterung von Diensthunden der staatl. Krim.Pol. geschieht unter Beteiligung des Hauptamtes Ordnungspol.

4. Die gemäß RdErl. des RSHA. v. 26. 9. 1937 u. 5. 1. 1939 — S Kr 1 Nr. 1573/37 — (beide nicht veröffentlicht.) über Neuordnung des Diensthundwesens bei der Krim.Pol. sowie nach dem RdErl. v. 8. 12. 1941 (MBIV. S. 2212) über Ausmusterung von reicheigenen Pol.-Diensthunden an die Krim.Pol.-Leitstelle Berlin zu erstattenden Berichte und Anträge sind daher in Zukunft an das RSHA. — Amt V (RKPA.) — zu richten. Ebenso sind Anträge auf Zuweisung von Diensthunden für die Geh. Staatspol. künftig dem RSHA. — Amt V (RKPA.) — vorzulegen.

5. Der Diensthundzwinger der Reichskrim.Pol. in Berlin-Rahnsdorf erhält die Bezeichnung „Diensthundschule der Sicherheitspolizei“. Die tierärztliche Betreuung übernimmt der H-Veterinär-Führer der Lehr- u. Versuchskompanie Oranienburg.

6. In haushaltmäßiger Beziehung ändert sich vorerst nichts. Die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung der Diensthunde sind nach wie vor bei der Kriminalpol. bei Kap. 14 und bei der Geh. Staatspol. bei Kap. 14 a zu buchen.

An die staatl. Pol.-Behörden.

Nachrichtlich an den Beauftragten für Diensthundwesen beim Persönlichen Stab RFH, den H-Veterinär-Führer der Lehr- und Versuchskompanie Oranienburg durch Abdruck.

— Befehlsblatt S. 325.

Errichtung und Aufgaben der Dienststelle „Der Beauftragte für das Diensthundwesen beim Persönlichen Stabe des Reichsführers-“.

RdErl. des RSHA. vom 16. 10. 1942
— V C 2 Nr. 1133/42-2097-19 —

(1) Als Anlagen A und B werden zwei Befehle des Reichsführers- bekanntgegeben.

(2) Etwaige Vorlagen oder Berichte, die für die Dienststelle „Der Beauftragte für das Diensthundwesen beim Persönlichen Stabe des RFH“ bestimmt sind, sind unter Beifügung einer Durchschrift über das RSHA. — Amt V — zu leiten.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 326.

Anlage A:

Der Reichsführer- und Chef der Deutschen Polizei

Führer-Hauptquartier, den 15. 5. 1942.

Betrifft: Regelung des Diensthundwesens der H und Polizei.

1. Zur Regelung des Diensthundwesens der H und Polizei wird beim Persönlichen Stab des Reichsführers- die Dienststelle

„Der Beauftragte des Diensthundwesens beim Reichsführer-“

errichtet.

Mit der Führung beauftrage ich den H-Standardenführer Mueller.

2. Dem Beauftragten des Diensthundwesens beim Reichsführer- unterstehen:

- a) die Dienststelle des Diensthundwesens beim Hauptamt Ordnungspolizei,
- b) die Dienststelle für Kriminalhundwesen beim Reichssicherheitshauptamt,
- c) die Dienststelle des Hundewesens der H im H-Führungshauptamt,
- d) die Dienststelle für Schutz- und Wachhundwesen sowie Zucht beim H-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt — Amtsgruppe D — Konzentrationslager —,
- e) der Reichsbund für Hundewesen,
- f) das Institut für Hundeforschung in Stuttgart.

Vorteiler:

1. H-Hauptamt,
2. Reichssicherheitshauptamt,
3. Rasse- und Siedlungshauptamt,
4. Hauptamt Ordnungspolizei,
5. Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft,
6. Hauptamt Persönlicher Stab RFH,
7. H-Personalhauptamt,
8. Hauptamt H-Gericht,
9. H-Führungshauptamt,
10. Dienststelle H-Obergruppenführer Heilmeyer,
11. Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Stabshauptamt,
12. Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Volksdeutsche Mittelstelle.

Anlage B:

Der Reichsführer- und

Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Feld-Kommandostelle, den 11. 9. 1942.

Befehl.

Im Nachgang zu meinem Befehl vom 15. 5. 1942 über die Regelung des Diensthundwesens der H und Polizei bestimme ich, daß der Beauftragte für das Diensthundwesen in meinem Persönlichen Stabe im einzelnen folgende Aufgaben hat:

1. Federführende Bearbeitung des gesamten Hundewesens der H und Polizei sowie der unterstellten Verbände und Organisationen.
2. Gesamtorganisation des Diensthundwesens der gesamten H und Polizei (Planung und Etatisierung).
3. Fachliche Dienstaufsicht über die unterstellten Dienststellen, Verbände und Organisationen des Hundewesens beim
Hauptamt Ordnungspolizei,
Reichssicherheitshauptamt,
H-Führungshauptamt,
H-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt,
Reichsverband für Hundewesen,
Institut für Hundeforschung.
4. Ausbildung im Diensthundwesen.
5. Bearbeitung des Vorschriftenwesens.
6. Führung der unmittelbar unterstellten Lehr- und Versuchskompanie, Beschaffung des Lehrmaterials, Festlegung der Versuche, Entwicklung und Erprobung der notwendigen Geräte.
7. Bearbeitung der Zucht- und Futterfragen (H-eigene Zucht, zivile Zucht, Futterversorgung).

8. Tierärztliche Versorgung im Benehmen mit den zuständigen Veterinärämtern.
9. Führerstellenbesetzung im Diensthundewesen mit den zuständigen Personalämtern.
10. Zusammenarbeit mit den anderen Reichsbehörden, Fachverbänden und wissenschaftlichen Fachkreisen.

Verteiler:

1. Hauptamt Ordnungspolizei,
2. Reichssicherheitshauptamt,
3. ~~FF~~-Führungshauptamt,
4. ~~FF~~-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt,
5. Reichsverband für Hundewesen e. V.
6. Institut für Hundeforschung,
7. K. L.-Inspektion,
- 8.beauftragter für das Diensthundewesen.

Beschaffung von Petroleum für Leucht- und Reinigungszwecke.

RdErl. des RSHA. vom 14. 10. 1942
— II D 3 a (4) Nr. 1993/42 —

(1) Der im MBliV. 1942, S. 1783, veröffentlichte RdErl. des RF~~FF~~uChdDtPol. im RMdI. vom 3. 9. 1942 — O-VuR U Allg 108 b Nr. 128/42 — ist vom Hauptamt Ordnungspolizei herausgegeben und für die Sicherheitspolizei nicht in Anwendung zu bringen.

(2) Die Zuteilung von Kontingentscheinen zum Bezüge von Petroleum für die Dienststellen der Sich.Pol. erfolgt künftig vom RSHA. gleichzeitig mit der regelmäßig monatlich erfolgenden Zuteilung von Kontingentscheinen für Vergaserkraftstoffe bzw. Dieselmotoröl.

(3) Die Dienststellen melden bis zum 5. 11. 1942 dem RSHA. — II D 3 a — ihren durchschnittlichen Monatsbedarf an Petroleum.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 327.

Abschriftenbeglaubigung von Urkunden für den Abstammungsnachweis der ~~FF~~.

RdErl. des RSHA. vom 20. 10. 1942
— II A 1 Nr. 601/42-151 —

(1) Auf Anordnung des Rasse- u. Siedlungshauptamtes müssen Urkunden für den Abstammungsnachweis der ~~FF~~-Bewerber im Original oder in beglaubigter Abschrift vorgelegt werden. Soweit ~~FF~~-Bewerber oder sonstige ~~FF~~-Angehörige der Sich.Pol. u. des SD derartige beglaubigte Abschriften benötigen, kann die Beglaubigung auch durch einen den Personaldienststellen der Sich.Pol. angehörenden und zur Siegelführung berechtigten Beamten unter Beidrücken eines Polizeisiegels erfolgen. Der Beglaubigung ist folgender Vermerk hinzuzusetzen: „Nur zur Vorlage bei einer ~~FF~~-Dienststelle.“

(2) Die Beglaubigung ist gebührenfrei.

Zusatz f. d. Insp. d.SPudSD. in Wien: Auf den Bericht vom 10. 7. 1942 — I A 1364/42 —.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 327.

Devisenbewirtschaftung.

Grenzwechselstellen und Reichskreditkassen.

RdErl. des RSHA. vom 20. 10. 1942
— II C 2'/Dev.St. Nr. 6135/42-290b-1 —

(1) Nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen ist ab 1. 10. 1942 in Woroschilowsk (Kaukasus) eine Reichskreditkasse eröffnet worden.

(2) Das mit RdErl. vom 5. 8. 1942 — II C 2'/Dev.-St. Nr. 4508/42-290b-1 — (Befehlsbl. S. 228) mitgeteilte Verzeichnis ist entsprechend zu ergänzen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 327.

Vereinfachung der Verwaltung; hier Zahlung des pauschalen Bewegungsgeldes an die Kriminalangestellten.

RdErl. des RF~~FF~~uChdDtPol. i. RMdI. vom 20. 10. 1942
— S II C 3 Nr. 7477/42-294.1 —
(Abgedruckt im MBliV. S. 2040).

(1) Das pauschale Bewegungsgeld ist an die Kriminalangestellten ab 1. 1. 1943 in Abänderung des Erl. vom 30. 10. 1937 — S V 2 Nr. 4556/37 — (nicht veröffentl.) zum gleichen Zeitpunkt wie die Vergütung (am 15. des Monats für den lfd. Monat) zu zahlen.

(2) Die Zahlungstermine für die Übergangszeit sind somit 1. 12. 1942 und 15. 1. 1943.

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 327.

Grenzübergang durch Fahrzeuge.

RdErl. des RSHA. vom 23. 10. 1942
— II B 1 Nr. 4574/42-485 —

Der Reichsminister u. Chef der Reichskanzlei hat zu der Frage des Grenzübergangs mit Fahrzeugen den nachstehenden Erlaß an die Obersten Reichsbehörden und die dem Führer unmittelbar unterstehenden Dienststellen gerichtet. Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche gleichfalls um Beachtung.

Zusatz für die Dienststellen mit Sichtvermerkgrenze:

Die Grenzdienststellen sind mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Falls im Einzelfall Schwierigkeiten auftauchen, ist dem Generalgrenzinspekteur (Referat IVE 1 a) zu berichten.

— Befehlsblatt S. 327.

Anlage.

Der Reichsminister und Chef

der Reichskanzlei

Rk. 724 B g

Berlin W 8, den 1. Okt. 1942
Voßstraße 6

An

die Obersten Reichsbehörden

die dem Führer unmittelbar unterstehenden
Dienststellen.

Betrifft: Grenzübergang durch Fahrzeuge.

Nach einer Mitteilung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht überfahren vielfach Dienstfahrzeuge die Landesgrenzen, ohne anzuhalten. Abgesehen davon, daß dieses Verfahren gegen die Grenzübertretungsbestimmungen der befreundeten Länder verstößt, bestehen auch abwehrmäßig erhebliche Bedenken dagegen. Das Oberkommando der Wehrmacht hat deshalb für seinen Bereich angeordnet, daß alle Fahrzeuge der Wehrmacht beim Überschreiten der Reichsgrenze oder der Grenze befreundeter Staaten an den Grenzkontrollstellen zu halten haben. In Übereinstimmung mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht halte ich es für geboten, daß die Fahrzeuge der Dienststellen außer der Wehrmacht ebenso verfahren, und darf bitten, für Ihren Geschäftsbereich das Erforderliche zu veranlassen.

gez.: Dr. Lammers.

Unfallfürsorge für die nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 24. 10. 1942
— II C 1 Nr. 3247/42-291-11 —

(1) Durch das 6. Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 9. 3. 1942 (RGBl. I S. 107) sind nunmehr alle auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses Beschäftigten gegen Arbeitsunfall versichert. Darunter fallen auch die Sportunfälle der Büro- und Kanzleiangestellten bei Ausübung der dienstlichen Körperschulung.

(2) Hiernach sind die Ziff. 5—7 meines RdErl. vom 2. 8. 1941 (Befehlsbl. S. 158) gegenstandslos geworden. Die an die Sportgemeinschaft // angeschlossene Kollektivversicherung gegen Unfälle der Büro- und Kanzleiangestellten bei der dienstlichen Körperschulung läuft am 1. 11. 1942 ab.

(3) Die Sportunfälle aller nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder sind mit Wirkung vom 1. 11. 1942 nach Ziff. 4 des Erlasses aaO. zu behandeln.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 328.

Verschiedenes

Erlaß des RSHA. vom 25. 8. 1942 — II A 1 Nr. 2132/42-172 — geheim.

RdErl. des RSHA. vom 26. 10. 1942
— II A 1 Nr. 2132/42-172 —

An die Berichterstattung in dieser Angelegenheit wird erinnert.

An

die Befh. dSPudSD.

in Straßburg, Metz, Krakau u. Prag,

alle SD-(Leit)Abschnitte einschl.

der suspendierten.

— Befehlsblatt S. 328.

Berichtigung.

Die Nr. 48 des Befehlsblattes ist am 26. Okt. 1942 erschienen. Soweit einzelne Druckstücke im Kopf ein anderes Datum tragen, ist dieses entspr. zu berichtigen.

(II A 1 Bef.Bl.)

— Befehlsblatt 1942 S. 328.

Personalmittelungen

Dem //Obersturmführer u. Kriminaldirektor

Wilhelm Boening,

RSHA.-V (RKPA.), z. Zt. Major und Kommandeur eines Pionierbataillons im Osten, wurde am 21. 9. 1942 das „Deutsche Kreuz in Gold“ verliehen.

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Pol.Inspector: die //Untersturmführer Reg.Sekr. Hein u. Pol.Sekr. Kowal;
zum techn. Inspector: //Obersturmführer techn. Ob.Sekr. Barkmann.

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: die Krim.Räte //Sturmbannführer Heisig (Hohensalza) n. Karlsbad, //Hauptsturmführer Paul Weber (Karlsbad) n. Salzburg.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Rat Margardt (Weimar).

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Reg. u. Krim.Rat: Krim.Rat Dr. Wittlich (Berlin-RKPA.);

zum Krim.Rat: //Hauptsturmführer Krim.Komm. Siedentopf (Schwerin) u. //Mann Krim.Komm. Tiemer (Leslau);

zur Krim.Kommissarin: Krim.Ob.Sekretärin Dr. Brauneck (KPLSt. Berlin);

zum Krim.Inspector: Krim.Ob.Sekr. Treutlein (Nürnberg/Fürth).

Abgeordnet: Krim.Insp. Specht (Rostock) nach Warschau.

Versetzt: //Bewerber Reg. u. Krim.Rat Dr. Willas (Wien) n. Stuttgart als Vertr. d. Leiters;

die Krim.Räte Kleyer (Lublin) z. Kdr. Lemberg, Spruch (Warschau) z. Kdr. Radom, v. Dorowski (Radom) z. Kdr. Lublin, Bahr (Posen) n. Hamburg;

Krim.Insp. Wersche (Darmstadt) n. Jena.

In den Ruhestand versetzt: Ob.Reg. u. -krim.Rat Dr. Schäringer (Linz) u. Krim.Insp. Hohloch (Stuttgart).

SD.

Versetzt: die //Hauptsturmführer Reg.Ass. Kurt Achterberg zum RSHA.-ID u. Hans-Heinrich Möller zum Kdr. Bialystok;

die //Obersturmführer Dr. Robert Lehmann zum RSHA.-IB u. Gerhard Günnel zur Zentr. f. jüd. Auswanderung, Prag;

//Untersturmführer Paul Hell zum SD-LA. Josen.

Kommandiert: //Hauptsturmführer Kurt Eggers zum Höh. // u. Pol.-Führer Nordsee;

//Obersturmführer Walter Griesse zum SD-LA. Hamburg (Rückkommandierung);

//Untersturmführer Dr. Harry Sturm zum RSHA.-III (Rückkommandierung).

Ernannt: die //Obersturmführer Hans Münch zum Untersuchungs- u. Ger.Off. b. Insp. München, Helmut Döhler zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag; Werner Henssgen zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag, Paul Müller zum Sachbearb. beim SD-LA. Prag;

die //Untersturmführer Eugen Arend zum Geschäfts- einer SD-Ast. beim Kdr. Krakau, Franz Rainer zum Mitarb. beim SD-LA. Prag.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Inspector: Krim.Ob.Sekr. Ludwig Krämer (Kr.Abtlg. Waldshut).

— Befehlsblatt 1942 S. 328.